

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 wochentlich 28 Pf., frei ins Haus,
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Voll-
 abonnement: 1.10 M. pro Monat.
 Eingetragen in die Volt-Zensur-
 Preislister. Unter Ausschluss der
 Preussland und Oesterreich-Ungarn
 4 Mark pro Monat, Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Kaimarburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheial täglich.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berührungsberechtigten 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das Zeitungsblatt
 20 Pf., (täglich 2 Zeitungsblätter
 30 Pf.), jedes weitere Blatt 10 Pf.,
 Stellenanzeigen und Schulstellenan-
 zeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes
 weitere Blatt 5 Pf., Werte über 15 Mark
 werden abgesetzt für zwei Wochen. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 8. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Verfassungskämpfe in Russland.

Als Zar Nikolaus „von Gottes Gnaden“ seinen früheren Ministerpräsidenten Kozlowez am 12. Februar d. J. unerwartet in die Wüste schickte und den senilen Bureaucraten Gorenzkin mit der Leitung der Regierungsgeschäfte betraute, schrieben wir, daß dies ein neuer Vorstoß des reaktionären Draufgängerturns sei, das die völlige Wiederherstellung der zaristischen Autokratie anstrebte, um den schwankenden Boden unter seinen Füßen durch eine Rückwärtsbewegung der Verfassung zu befestigen. Die Wirklichkeit hat uns nur allzu schnell recht gegeben und die auch aus diesem Anlaß laut gewordene Hoffnungsduferei der liberalen Presse zerschanden. Nach einigen Kollaterallen mit der Duma ging Gorenzkin mit der Arroganz eines alten Höfflings, der sich der Unterstützung der „höchsten Stelle“ bewußt ist, zu immer stärkeren Brüllereien der Duma über. So weigerte er sich noch vor Ojzen, zur Beantwortung einer Interpellation in der Duma zu erscheinen und ließ bei einem anderen Anlaß durch den Vertreter des Vollverordnungsministeriums, Baron Taube, in der Duma erklären, die Regierung erkenne das Recht der Duma zur Einbringung eigener Gesetzesvorlagen nicht an, wenn die Regierung selbst ein Gesetz in derselben Frage einbringen wolle. Nach diesem Vorpostenläufer, das schon an und für sich bedeutungslos war, hat Gorenzkin nun, getrieben von den reaktionären Draufgängern, zu einem verächtlichen Schläge gegen die kümmerlichen Reste der russischen Verfassung ausgeholt, indem er ein Attentat auf die Redefreiheit und Immunität der Dumaabgeordneten ausübte.

Es entspricht vollkommen der jetzigen politischen Lage in Russland, daß die Reaktion in ihrem Kampfe gegen die Verfassung, die konsequenteste Vertreterin der Demokratie, die sozialdemokratische Dumafraktion, zum unmittelbaren Objekt ihres Attentats auswählt hat. Die vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllte russische Arbeiterbewegung der letzten Jahre hat es in kurzer Zeit vermocht, die Mauern des großen Gefängnisses, Rußland genannt, wieder ins Wanken zu bringen und das notdürftig hergestellte labile Gleichgewicht der Reiterrevolution zu zerstören. Es genügt, daß der junge Riese, das russische Proletariat, sich nach wenigen Jahren der Depression wieder zu dehnen und zu strecken begann, es genügt, daß das durch die rapide kapitalistische Entwicklung gestärkte Proletariat unter Führung der Sozialdemokratie seinen Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Knechtschaft wieder aufnahm, um in den Mittelpunkt der politischen Kämpfe in Rußland zu treten und auf neue alle Angriffe der herrschenden Klassen auf sich zu lenken. Schon seit Monaten wütet die reaktionäre Presse gegen das Bestehen der immer einflussreicher werdenden legalen sozialdemokratischen Presse, schon seit Monaten verlangt sie ein energisches Einschreiten gegen die Avantgarde des kämpfenden Proletariats, gegen die sozialdemokratische Dumafraktion. Getreu diesen Weisungen der um ihre Macht besorgten Reaktion hat Herr Gorenzkin nun diesen beiden wichtigsten Erzeugnissen der russischen Arbeiterbewegung einen Kampf angefangen, dessen unverhülltes Ziel es ist, die Arbeiterklasse Rußlands gewaltiam vom politischen Kampfplatze zu vertreiben.

Sollte sechs Wochen hat es gedauert, bis die Regierung sich entschloß, die heiläufige Erwähnung der republikanischen Staatsform in einer sozialdemokratischen Rede als Vorwand für ihr Attentat auf die Immunität der Dumaabgeordneten zu erwählen. Am 24. März hielt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Dumafraktion, Genosse Tschaidse, anlässlich der Erörterung der Regierungsvorlage über die Errichtung von „Arbeitshäusern“ für arbeitslose Arbeiter eine Rede, in der er die ihm jetzt zur Last gelegte Verhöhnung tat. Aber erst jetzt veranlaßte die Regierung die Einleitung eines Verfahrens gegen den Genossen Tschaidse, trotzdem dieser, wie selbst rechtsprechende Senatoren und Abgeordnete erklären, durchaus im Rahmen des Art. 14 des Dumaabkommens geblieben war, welcher feststellt, daß „Mitglieder der Reichsduma die volle Freiheit des Urteils und der Meinungen besitzen, die sich auf die der Kompetenz der Duma unterstehenden Dinge beziehen.“ Demgegenüber erklärt aber die „Kosowo Wremja“ als Sprachrohr der russischen Regierung, der Ministerrat stehe auf dem Standpunkt, daß der Art. 14 keineswegs eine absolute Redefreiheit verleihe, sondern bloß „im Rahmen des bestehenden Gesetzes“. Der Ministerrat habe anerkannt, „daß ein Abgeordneter, der in seiner Rede ein für jede andere Person strafbares Vergehen begangen habe, gleichfalls zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden müsse“. Und die „Semschtschina“, das Organ des allmächtigen Krausintertums, ergänzte diese eigenartige Theorie dahin, daß die Abgeordneten zwar nicht von ihren Wählern abhängig seien, aber „verantwortlich sind vor der Regierung“.

Es ist durchaus begreiflich, daß die mit einer solchen Begründung verfehene Anklage gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten in

den Kreisen der bürgerlichen Abgeordneten die größte Erregung hervorrief. Genosse Tschaidse erklärte zwar seelenruhig, er habe nichts dagegen, daß auf seinem Rücken die Aktion geübt werde, wenn diese beitragen würde, die noch bestehenden Illusionen zu zerstören. Aber die liberalen Abgeordneten, die bisher bei den Anklagen gegen sozialdemokratische Abgeordnete recht zahm gewesen sind, fühlten die Situation anders auf. Sie sahen plötzlich das Damoklesschwert der gerichtlichen Anklage auch über ihren Häuptern schweben, sie sahen in dem Attentat gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten — was auch wirklich den Tatsachen entspricht — ein Attentat gegen die Redefreiheit und Immunität der ganzen Duma! Wie gering das Solidaritätsgefühl der bürgerlichen Opposition mit der äußersten Linken auch ist, in diesem Falle schmiedete die Regierung auch die lendenlahmen Progressisten und die diplomatisierenden Kadetten an das Schicksal der verhafteten Sozialdemokraten. Vergebens versuchte die Regierungspresse, die Bedenken der Liberalen durch den Hinweis zu zerstreuen, daß die Regierung ja nur gegen die „Auswüchse der Redefreiheit“ einschreiten wolle. Die durch Schaffung eines solchen Präzedenzfalles entstandene Rechtslage ist für die gesamte Opposition so bedrohlich, daß auch die gemäßigten Elemente der Opposition, ja selbst Elemente aus der Oktoberfraktion, gegen das Vorgehen der Regierung Stellung nehmen mußten. Die russischen bürgerlichen Parteien wären aber nicht jene charakterlosen, molluskenhaften politischen Gebilde, die sie wirklich sind, wenn sie nicht unter dem Keil des brüllenden Löwen sofort das Gefellohr ihrer feigen Bestimmung hervortreten lassen würden. Während in den Kreisen der Progressisten und Kadetten als Antwort auf die Provokation der Regierung die Ablehnung aller oder einiger Kredite erwogen wird, nimmt das Projekt immer greifbarere Formen an, einen Konflikt mit der Regierung und damit die Auflösung der Duma dadurch zu vermeiden, daß in der Duma selbst eine Art „Bolschewikkomitee“ gebildet wird, das an Stelle der Regierung die Funktion der fortgesetzten Eröffnung der Redefreiheit übernimmt. Schon lassen die Regierungsvorläufer durchblicken, daß sie von schrofferen Maßnahmen Abstand nehmen würden, wenn die Duma selbst eine Institution schaffe, die kraft ihrer Disziplinargewalt die Abgeordneten bestrafen, ja sogar ihrer Mandate verlustig

erklären würde, wenn die Grenzen der von der Regierung gewährleisteten Redefreiheit überschritten werden sollten. Es ist anzunehmen, daß dieses Projekt von der Mehrheit der Duma angenommen und auf diese Weise die „Affäre Tschaidse“ in einer für die Regierung erwünschten Weise erledigt wird. Welche Konsequenzen die bürgerliche Opposition aus dieser Selbstverleugung der Duma ziehen wird, steht noch dahin. Jedenfalls berechtigt die Vergangenheit des russischen Liberalismus nicht zu der Erwartung, daß er seine heftigen oppositionellen Worte auch in Taten umsetzen wird.

Wie dem aber auch sei, wir können schon heute mit aller Entschiedenheit erklären, daß die russischen Verfassungskämpfe in ein neues entscheidendes Stadium eingetreten sind. Kossale sagt in einem seiner Vorträge über Verfassungswesen: „Die geschriebene Verfassung kann nach rechts hin abgeändert werden, indem die Regierung die Aenderung vornimmt, um die geschriebene Verfassung in Uebereinstimmung mit den tatsächlichen Machtverhältnissen der organisierten Macht der Gesellschaft zu setzen. Aber aber es tritt die unorganisierte Macht der Gesellschaft auf und beweist von neuem, daß sie größer ist als die organisierte. In diesem Falle wird die Verfassung wieder ebenso weit nach links hin abgeändert und aufgehoben, wie vorher nach rechts. Aber verloren ist sie in jedem Falle.“ Von der russischen Verfassung kann man das letztere mit aller Bestimmtheit behaupten. Die Regierung unternimmt den selbstmörderischen Versuch, diese Verfassung nach rechts hin abzuändern. Hoffen wir, daß die unorganisierte Macht der Gesellschaft sich auch hier als größer erweist, wie die „organisierte“. Hoffen wir, daß die Trägerin dieser Macht, die heldenhafte Arbeiterklasse Rußlands, in den bevorstehenden Verfassungskämpfen die Kraft und die Stärke findet, die erforderlich sind, um das Ungeheuer „russische Reaktion“ endlich zu vernichten.

Die Antwort des Proletariats.

Peteröburg, 7. Mai. Gestern Abend ist als Ausdruck der Sympathie für die aus der Reichsduma ausgeschlossenen Abgeordneten ein Streik ausgebrochen. Heute vormittag umsofte der Streik 78 Betriebe mit etwa fünfzigtausend Arbeitern. Versuche, in den Arbeitervierteln Kundgebungen zu veranstalten, wurden von der Polizei unterdrückt.

Die Gewerkschaften gegen Polizeischikanen.

Die neueste mißbräuchliche Anwendung des Reichsvereinsgesetzes durch die Polizei: Die Erklärung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden zu politischen Vereinen führte die Vertreter der Berliner Gewerkschaften am Mittwochabend zu einem gewaltigen Massenprotest im großen Saale der „Neuen Welt“ zusammen. Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte die Versammlung veranstaltet. Nur die Funktionäre der Gewerkschaften waren eingeladen, nur sie erhielten Zutritt, und doch füllte sich der riesige Saal samt den Galerien bis auf den letzten Platz und bis in die äußersten Winkel drängten sich die Massen. Dabei war das keine Volksversammlung, zu der jeder Zutritt hatte, sondern eine Versammlung geladener Gewerkschaftsfunktionäre, etwa 5000 an der Zahl. Durchweg gereifte Männer, auch einzelne Frauen, die Repräsentanten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins, einer Macht, die willens und in stande ist, allen Polizeischikanen zum Trotz die Rechte der Arbeiterschaft zu verteidigen.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Körsten, die Versammlung eröffnet hatte, erteilte er dem Referenten, Genossen Wolfgang Brinc,

das Wort, der im wesentlichen ausführte: Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist im Deutschen Reich noch niemals frei gewesen. Vor 1869 hatten die Arbeiter überhaupt kein Koalitionsrecht, und als es im Jahre 1869 eingeführt wurde, begegnete es der bleichen Furcht des Bürgertums, das vor jeder Erweiterung der Rechte der Arbeiter bangte. Bürgerliche Abgeordnete, vor allem der Heros des Liberalismus, Lascher, war es, der es durchsetzte, daß wir neben dem Koalitionsrecht den § 153 der Gewerbeordnung bekamen, der die Ausübung dieses Rechts in gewissen Fällen unter Strafe stellt. Dadurch haben wir den ungerechten Zustand, daß das, was anderen Staatsbürgern in Ausübung ihrer Rechte erlaubt ist, den Arbeitern verboten wird. Wie dieses lächerliche und schandwürdige Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter angewandt wird, das wissen Sie und haben es alle kennen gelernt. Der § 153 ist dadurch, daß er nur gegen Arbeiter, aber nicht gegen Arbeitgeber angewandt wird, ein Ausnahmengesetz der schlimmsten und gebührendsten Art. Das ist das Koalitionsrecht, welches der Arbeiter in Deutschland hat. Aber selbst das so verkümmerte Recht ist später noch weiter beschränkt worden. Vor zehn Jahren kamen erleuchtete Juristen auf den Gedanken, daß es eine Drohung im Sinne des § 153 sei, wenn Arbeiter dem Unternehmer den Streik androhen. Diese Auffassung machte sich das Reichsgericht zu eigen. Damit war das ganze Koalitionsrecht vernichtet. Dieses Unrecht würde noch heute gelten, wenn sich nicht auch Arbeitgeber in die Schlingen der reichsgerichtlichen Auslegung

gefangen hätten. In Breslau drohte ein Unternehmer die Ausperrung an. Er hätte also nach dem Standpunkt des Reichsgerichts bestraft werden müssen. Aber kein Staatsanwalt wollte Anklage erheben. Als dann infolge einer Beschwerde doch Anklage erhoben werden mußte, stellte sich das Schöffengericht auf den Standpunkt, der vor dem Reichsgerichtsurteil galt und sprach den angeklagten Unternehmer frei, und der Staatsanwalt legte keine Berufung ein. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, der wegen dieser Angelegenheit im Reichstage von uns interpelliert wurde, erklärte diese Rechtsprechung für verfehlt, das Reichsgericht hat denn auch seinen Standpunkt später verlassen, und es herrscht wieder die alte und richtige Auffassung, daß nur Drohungen von Arbeitern gegen Arbeiter und von Unternehmern gegen Unternehmer unter den § 153 fallen. — Der Breslauer Fall gibt uns einen Fingerzeig, wie wir es bei dem jetzigen verfahrenen Vorgehen gegen die Gewerkschaften zu machen haben. Rücksichtslos müssen wir alle Verstöße, die von anderer Seite gegen das Gesetz, wie es jetzt ausgelegt wird, begangen werden, zur Anzeige bringen. In seinen eigenen Sätlingen müssen wir den Kapitalismus und seine Verfechter fangen. (Beifall.)

Sie wissen, daß neben dem § 153 noch zahlreiche Quälereien gegen das Koalitionsrecht ausgeübt werden. — Das Sozialistengesetz trat mit der Lage in die Welt, daß es nicht gegen die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter angewandt werden sollte. Kaum war das Gesetz bewilligt, so erfolgte die Auflösung der Gewerkschaften. Nach dem Sozialistengesetz begann eine neue Ära von Verfolgung der Gewerkschaften unter dem gemeinen Recht, genau so gebührend, wie man sie vordem unter dem Ausnahmengesetz betrieben hatte. Das gemeine Recht kam durch solche Handhabung zu einem schlimmeren Ausnahmengesetz werden als ein Gesetz, welches sich offen als Ausnahmengesetz gibt. — Das nur für politische Vereine geltende Verbot des alten dreißigjährigen Vereinsgesetzes, miteinander in Verbindung zu treten, wurde auf die Gewerkschaften angewandt. Prozesse, Inhaftierungen und Unterdrückungsmaßnahmen anderer Art waren die Folge davon. Doch schließlich war man gezwungen, vor dem Typhus und der Ueberzeugungstreue der Arbeiter die Waffen zu strecken. Scharfmacher, Polizei und Staat erlitten eine vollkommene Niederlage. (Zuruf: Die wird Jagow auch erleben!) Den Anstoß dazu gab unser Hinweis auf gegnerische Organisationen, vor allen den damals gegründeten Bund der Landwirte, die, obwohl sie ausgesprochen politisch sind, offen gegen das Verbindungsverbot verstießen. Da man diesen Organisationen die Freiheit, in Verbindung zu treten, nicht nehmen wollte, war es unumgänglich, das Verbindungsverbot den Gewerkschaften gegenüber bestehen zu lassen. — Es wird

auch heute nicht möglich sein, die Schifanen gegen die Gewerkschaften durchzuführen, ohne daß sich ihre Gegner ins eigene Fleisch schneiden.

Am 1. Januar 1900 fiel das Verbindungsverbot. Dann aber machte sich ein härteres Vorgehen gegen die Gewerkschaften auf Grund des allgemeinen Strafrechts bemerkbar. Anklagen wegen Beleidigung, Nötigung und Erpressung wurden erhoben gegen Arbeiter, die in Ausübung des Koalitionsrechts handelten. Arbeitgeber, welche die gleichen Handlungen begingen, wurden weder mit Anklagen noch mit Strafen bedacht. — Beleidigungen wurden am schwersten bestraft, wenn sie gegen Seine Majestät den Streikbrecher begangen waren. Äußerungen in dem Sinne, daß man mit jemandem nicht verkehren werde, würden als „Nötigung“ bestraft. Das schlimmste in der Rechtsprechung ist die Anwendung des Erpressungsparagrafen auf Arbeiter, die unter Androhung des Streiks eine Lohnerhöhung fordern. Auch in solchen Fällen, wo einem Unorganisierten der Abbruch des Verkehres angedroht wird, falls er nicht der Organisation beiträgt, sind Arbeiter wegen Erpressung bestraft worden. Obgleich seit 15 Jahren über diese Rechtsprechung geklagt wird, ist es noch nicht möglich gewesen, eine Änderung herbeizuführen.

In aller Erinnerung ist noch die Vorlage des Justizhausgesetzes, durch das den Gewerkschaften neue Fesseln angelegt werden sollten. Der Reichstag hat ja dies Gesetz feinerzeit einmütig abgelehnt. Doch das ist nicht der schönen Reden der Abgeordneten zu danken, sondern der Entschlossenheit, mit der die organisierten Arbeiter ohne Unterschied der politischen und religiösen Richtung gegen das Gesetz protestierten. Es genügt nicht, daß man im Reichstage Reden hält. Aus der Arbeiterschaft muß der Protest gegen die Unterdrückung ihrer Rechte kommen.

Neben der Anwendung der strafrechtlichen Bestimmungen ging die Verhinderung des Streikpostenstehens durch die Polizei. Ungefähr im Jahre 1900 entdeckte die Polizei, daß die Streikposten den Verkehr hindern, auch wenn die Strafe noch so breit und menschenleer ist. Weiter entdeckte die Polizei, daß auch die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch Streikposten gefährdet werden könnte und wies die Streikposten fort. Anfangs verneinten die Gerichte eine Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit durch die bloße Anwesenheit von Streikposten, denn sie meinten, jeder habe das Recht, auf der Straße zu verkehren. Das war noch die gute alte Zeit. (Weiterleit.) Da war der Vorstand der Juristen noch nicht durch das Kammergericht geschärft, welches sich später auf den Standpunkt stellte: Nicht der Richter, sondern der Schutzmännchen habe zu entscheiden, ob ein Streikposten die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährde. Das bedeutet die Kapitulation des Gerichts vor der Majestät des Schutzmännchens. (Beifall.) Die Streikpostenverordnung, die der Minister Dallwitz den Konservativen zu Gefallen angekündigt hat, haben wir also schon lange. Wir sehen daraus, daß der Arbeiter auf Gerechtigkeit nicht zu rechnen hat. Man geht gegen ihn vor, wenn er sein Recht ausübt. (Zustimmung.)

1908 bekamen wir das Reichsvereinsgesetz. Angeblich sollte es die Fesseln lösen, die den Arbeitern im wirtschaftlichen Kampfe durch die Gesetze der Einzelstaaten angelegt waren. Alle unsere Versuche, ein wirklich freies Vereinsrecht zu schaffen, wurden abgelehnt. Eingetroffen ist aber unsere Voraussetzung, daß das Reichsvereinsgesetz zu den schlimmsten Schifanen gegen die Arbeiterbewegung benutzt werden würde. Der Mißbrauch des Gesetzes begann damit, daß man das Ueberwachungsrecht, das sich nur auf öffentliche politische Versammlungen erstrecken sollte, ausgedehnt hat auf alle öffentlichen Versammlungen, auch wenn sie nicht politisch sind. Dann erklärte man auch geschlossene Versammlungen für öffentliche. Sogar Werkstättenversammlungen dieser Art. Ferner kam die Handhabung des Sprechensparagrafen. Allen bei der Beratung des Gesetzes gegebenen Versprechungen zum Trotz wird in Westfalen, wo die Industrie so viele Polen hingezogen hat, der Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen verboten.

Wenn man jetzt die Gewerkschaften generell als politische Vereine erklärt, so widerspricht auch das allen Versicherungen, die uns im Reichstage gegeben worden sind. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der als Staatssekretär die Vorlage des Vereinsgesetzes zu vertreten hatte, sagte, wir sollten doch Vertrauen zur Regierung haben, jede Nabelstidpolitik läge ihr fern. Ich habe dem Staatssekretär damals erwidert, er könne sein Versprechen nicht halten, die Ausführung des Gesetzes sei Sache der Landesbehörden, und deren Verhalten ich besser als der Staatssekretär. — Jetzt sehen wir, wie berechtigt diese Ansicht ist. Wenn wir uns jetzt im Reichstage über die ungeseliche Handhabung des Vereinsrechts beklagen, dann antwortet uns der Staatssekretär, das seien nur vereinzelte Uebergriffe der Landesbehörden, die müßten wir im Landtage vorbringen.

Man erklärt jetzt die Gewerkschaften für politisch. Das ist juristisch falsch, denn nach dem Gesetz sind nur solche Vereine politisch, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten bezwecken. Das trifft auf die Gewerkschaften nicht zu, auch wenn sie, was ja ganz natürlich ist, in ihren Versammlungen und Preschorganen gelegentlich Stellung zu sozialen oder sie sonst nahe berührenden Gesetzen nehmen. Die Anlegungskunst geht so weit, daß man sagt: Wenn ein Verein beweisen will, daß er nicht politisch ist, dann treibt er Politik. — Unden man die Gewerkschaften für politisch erklärt, will man die Polizei in die Lage setzen, den Vorstand kennen zu lernen. Das hat in großen Städten wenig zu bedeuten. Aber in kleinen Städten wird durch die Polizei auch der Unternehmer erfahren, wer dem Vorstände der Gewerkschaft angehört, und er wird ihn entlassen. Der weitere Zweck der Politikerkklärung ist der, daß man den Gewerkschaften den Nachwuchs abschneiden will. Von allen politischen Niederträchtigkeiten der letzten Jahrzehnte ist keine so groß als der Jugendparagraf des Vereinsgesetzes. Er ist durch ein abgefärbtes Spiel zwischen den Konservativen und den Liberalen in das Gesetz gekommen. Deshalb ist die Niederträchtigkeit um so größer. — Unsere Gegner organisieren die Jugend ohne Rücksicht auf das Vereinsgesetz. Im Jungdeutschlandbund werden politische Reden gehalten und in seinen Blättern wird politische Scherarbeit im Interesse der konservativen Staatsauffassung getrieben. Aber niemand kümmert sich darum. Neue Vereine erhalten sogar pekuniäre Unterstützung von den Bundesstaaten. Wenn dagegen die Arbeiter den Nachwuchs für ihre gewerkschaftlichen Interessen heranziehen wollen, dann soll ihnen das verboten werden. Das ist deutsche Gerechtigkeit. — Auch die gelben Vereine, die ebenfalls staatlich unterstützt werden, nehmen Mitglieder von 14 Jahren an auf

und bringen in ihren Zeitungen politische Reden, die in den Versammlungen der Jugendlichen gehalten worden sind. Ebenso machen es die Zentrumsvereine. Obwohl sie sich christlich nennen, vertreten sie nur die Interessen der Zentrumsparthei und verraten die Interessen der Arbeiter, wo sie nur können. Sie machen auch gar kein Hehl daraus, daß sie politisch sind. Aber denen wird kein Haar gekrümmt. Sie haben ihre Jugendvereine, keiner hindert sie daran. Sie gehören eben auch zu den wertvollen, für den Staat nützlichen Elementen, solange sie der Arbeiterschaft gegenüber die Judasrolle spielen. — Wenn es sich um Organisationen der Unternehmer handelt, fragt erst recht keiner, ob sie politisch sind.

So liegen die Sachen in Deutschland. Für den Arbeiter Verfolgung und Beeinträchtigung seiner Rechte, für den Unternehmer und seine Hilfsstruppen Bevorzugung, keine Anwendung beengender Gesetzesbestimmungen. Das gilt vom Massenstaat, weil er niemals in den Händen ist, Arbeiter und Unternehmer mit gleichem Maße zu messen. Das gilt von unserem Staat besonders, weil er alles haßt, was aufrecht steht. — Hinsichtlich der Handhabung des Vereinsgesetzes wird schwerlich ein anderer Geist an den maßgebenden Stellen zum Durchbruch zu bringen sein. Wir müssen also den Kleinkampf führen. Durch planmäßiges Vorgehen gegen die Organisationen unserer Gegner müssen wir die Behörden ins Unrecht setzen. Also, Parteigenossen, geht überall vor gegen Gelbe und Christliche. Leist Euren Beratern alles mit, was Ihr an Verlesungen des Vereinsgesetzes auf jener Seite erfahrt. Rücksichtslos wollen wir unsere Gegner bloßstellen und sehen, ob es uns nicht wieder gelingen sollte, dem Grundsatze: Gleiches Recht für alle — Geltung zu verschaffen. — Im übrigen gibt es auf den Schlag, der den Gewerkschaften verheißt wird, nur einen Gegenschlag: Verdoppelung der Mitgliederzahl. Je stärker die Organisation, um so größer ist ihre Macht. Trotz Angriffe und Verfolgungen sind die Gewerkschaften groß geworden. Antworten Sie auf diesen Angriff, indem sie noch größer werden, und der Sieg ist Ihnen gewiß. (Lebhafter Beifall.)

Zur Diskussion meldete sich niemand. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 6. Mai 1914 in der „Neuen Welt“ versammelten Funktionäre der Zentralgewerkschaften Berlin erheben Protest gegen die Vergewaltigung der für ihre wirtschaftlichen Rechte kämpfenden Arbeiterschaft durch verkehrte und ungerechte Anwendung der Geseze und fordern die gesamte Öffentlichkeit auf, ihnen im Kampfe um Recht und Wahrheit beizustehen.

Die Versammelten protestieren auf das energischste gegen die polizeilichen Maßnahmen, die Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären. Sie ersuchen die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die nötigen Schritte zu einer planmäßigen Abwehr dieser Unterdrückung und zum Angriffskampf für die freie gewerkschaftliche Betätigung der organisierten Arbeiterschaft zu tun.

Vorsitzender Körster: Wir sind am Schluß der Versammlung. Jeder, der hier anwesend ist, war eingeladen, mit Ausnahme der Polizei. Die ist ohne Einladung erschienen. Ich nehme an, der überwachende Beamte wird dem Polizeipräsidenten v. Jagow mitteilen, daß hier 5000 Funktionäre der Gewerkschaften gegen seine Maßnahmen, die zum Nachteil für die Gewerkschaften ins Werk gesetzt werden, protestieren. Wir sind trotz Polizeischikanen groß geworden und werden auch der neuesten Verfolgung zu begegnen wissen. In diesem Sinne schließen wir unsere Rundgebung mit dem Rufe: Die moderne Arbeiterbewegung lebe hoch! Die Versammlung fällt donnernd in das Hoch ein.

Der Rest ist — Stottern.

Der Reichstag nahm gestern die Besoldungsnovelle nach den Beschlüssen der Kommission in zweiter Lesung einstimmig an. Die Regierung ließ durch Herrn Kühn erklären, daß sie unentwegt bei ihrem: „Unannehmbar“ stehen bleiben wird, so daß die Beamten wenigstens wissen, wenn sie die Schuld zuschreiben haben, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt werden. Freilich, die Frage ist, ob die Mehrheit der bürgerlichen Parteien nicht zuguterletzt, wie üblich, insafallen wird. Dertel von den Konservativen und Schulz von der Reichspartei drehten ihr Schiffelein schon bei, und es wäre nicht das erste Mal, daß zwischen Abend und Morgen, will sagen zwischen zweiter und dritter Lesung, sich ein totaler Umschwung der Situation vollzieht.

Dann ging's in der Beratung des Militäretats weiter. Sie wurde begonnen durch eine klägliche Rückzugsanrede des Kriegsministers. Wie tapfer konnte er am Mittwoch gegen die Jugendorganisationen anreiten. Efel und Abscheu gegen das Militär in ihr grohzuziehen, das sei auf der Stuttgarter Jugendkonferenz von 1907 als ihr Hauptziel hingestellt worden. Jetzt müßte der vorlaute Herr zugestehen, daß er das Protokoll dieser Verhandlung nicht zur Hand gehabt habe, als er seine Behauptungen aufstellte. Daß er sich jetzt jedoch dieses Protokolls verschafft und gesehen habe, daß von diesen Redewendungen kein Wort drin stehe. Als später, in einer persönlichen Bemerkung, Genosse Liebknecht den Kriegsminister fragte, aus welcher Quelle er denn seine Weisheit bezogen habe, wies er eine Nummer der „Täglichen Rundschau“ vom Jahre 1914 vor! So sieht das Material aus, mit dem der Kriegsminister die Sozialdemokratie bewirft. Wer Dreck ansagt, behudelt sich, ist ein altes Sprichwort, und der Kriegsminister wird begreifen, daß der Schmutz, den er aus den Schlammkanälen des Reichsverbandes geholt hat, nicht die Sozialdemokratie trifft, sondern an seinen eigenen Händen hängen bleibt.

Nach diesem stimmungslosen Auftakt nahm Genosse Stücken zu einer außerordentlich frischen Rede das Wort, die die glückliche Mischung von Humor und Ernst enthielt, die eine Rede genießbar macht. Der Insaf, der mit dem Begriff der Kommandogewalt getrieben, und der immer mehr unsere Militärverwaltung der Kontrolle durch den Reichstag entzieht, die Soldatensindereien, die damit in engstem Zusammenhange stehenden Soldatenselbstmorde, die Pensionierungsmethode der Militärverwaltung und ihre berühmte „Spartrieb“ — alles fand eine höchst glückliche Kritik. Sein Wort: Der Weg zum Sparen führt bei der Militärverwaltung durch die Viktoriasstraße, fand im Hause eine verständnisvolle Heterkeit. Wir haben jetzt bereits in Preußen 35 kommandierende Generale zu je 10000 M., 230 Generalleutnants zu 13000 M., 640 Generalmajore zu je 9000 M.; im ganzen 906 pensionierte Generale, die allein schon einen Kriegerverein bilden könnten; dazu kommen 870 Regimentskommandeure, 9700 Stabsoffiziere, die zum größten Teil zu früh pensioniert sind; das sei die preußische Sparsamkeit.

Ein besonderes Gewicht legte Genosse Stücken auf die Soldatenselbstmorde. Und sie allein schon sind in ihrer entsetzlichen Häufigkeit eine vernichtende Anklage gegen den Militarismus. Zum Militär werden nur die körperlich tüchtigsten Leute eingezogen, sie stehen in einem Lebensalter, das unter normalen Verhältnissen den Höhepunkt der körperlichen Leistungsfähigkeit und Lebensfreudigkeit bezeichnet. Und trotzdem sind in den 40 Jahren von 1870—1910 10 439 Selbstmorde vorgekommen, dazu noch 2358 Selbstmordversuche, die ihr Ziel nicht erreichten, also 12 791 Lebensmüde in den kräftigsten Jahren.

Der Kriegsminister fühlte selber die niederschmetternde Macht dieser Blutzahl und in einer sofortigen „Zurückweisung“ der Stüdenschen Ausführungen suchte er den Eindruck dieser Zahlen abzuschwächen. Da er die Selbstmörder nicht wieder lebendig machen und ihre Zahl nicht bestreiten konnte, so suchte er sich eine andere Berechnungsmethode heraus. Und siehe da, es ging: pro Tille sind es „nur“ 0,34 Selbstmörder beim Militär. Kann man es bescheidenere Zahl aufbringen? Die 10 439 Leiden haben sich im Handumdrehen in 0,34 pro Tille verwandelt. Das ist die Methode, wie man unbequeme Tatsachen aus der Welt dividiert.

Es war ein schlechter Tag für den Preisfechter des preussischen Militarismus, dem die konservative Presse wegen vorgezogenen Parzellens schon den Vorberfranz um die Schläfe windet. Der Rest war Stottern, Verlegenheitsstottern. Die Bravoreden zweier Kommissarier vom Zentrum und den Konservativen konnten den Korren nicht wieder ins Gleis bringen. Sie war elend steden geblieben.

Vertagung der Leuchtöl-Kommission.

Gestern hat mit ihrer 30. Sitzung die Leuchtöl-Kommission ihre Beratungen vorläufig vertagt. Denn gleichviel ob der Reichstag jetzt auch vertagt oder geschlossen wird, es bleibt nicht genug Zeit, um bis zum Ende der Session die dritte Lesung in der Kommission zu Ende zu führen. Dazu ist die Materie an sich schon zu schwierig, und die Freunde des Rodefellertruis geben sich alle Mühe, sie noch schwieriger zu gestalten. Die in der zweiten Lesung der Kommission geschaffene Grundlage für ein Leuchtöl-Monopol hatte zwar das von der Regierung vorgeschlagene Monopol der Deutschen Bank beiseite und an deren Stelle eine unter Reichsaufsicht stehende Aktien-gesellschaft gebracht, aber diese neue Konstruktion bot doch nicht genügend Sicherheit dafür, daß ausschließlich im Interesse der deutschen Konsumenten der Leuchtöl-Ein- und Verkauf sich vollziehen würde. Deshalb hatten unsere Kommissionsmitglieder darauf hingewirkt, daß eine andere, bessere Grundlage für ein Leuchtöl-Monopol gesucht wird. Die vom Abgeordneten Schulze-Gävernitz gestellten Anträge, die zur dritten Lesung eingebracht wurden, bieten eine solche Grundlage, die unsere Kommissionsmitglieder auszubauen bereit waren, ebenso auch die freisinnigen und nationalliberalen Kommissionsmitglieder. Die Vertriebsgesellschaft wird nach diesem Anträge unter Kontrolle des Reichs und des Reichstages gestellt. Fürsorge für niedrige Preise des Leuchtöls war vorgesehen, der Bezug von Leuchtöls durch Lieferanten, die nicht zum Rodefeller-Truis gehören, ermöglicht.

Dadurch wird also die Macht des Rodefeller-Truis über Deutschland gefährdet — und deswegen suchen dessen Freunde, nachdem es ihnen nicht gelungen war, ihm die unumkehrliche Macht zu erhalten, wenigstens den größten Teil dieser Ausbeutungsmöglichkeit Deutschlands dem Rodefeller-Truis zu erhalten.

Das Zentrum hat nämlich einen Antrag eingebracht, der den Bezug des Leuchtöls durch Reichsgesetz an bestimmte Lieferanten verteilen will, und zwar an Rodefeller — und an die Deutsche Bank und an die Diskonto-Bank, während jeder andere Lieferant, also die amerikanischen Duffier, die noch nicht dem Rodefeller sich unterworfen haben, ausgeschlossen ist. Der Raub wird geteilt — und die beiden bisherigen Gegner des Rodefeller-Monopols, Deutsche und Diskonto-Bank, die untereinander feindlichen Brüder, werden vom Zentrum freundlich eingeladen, sich untereinander und mit Rodefeller zu vertragen — letzteres würde ja der Diskonto-Bank gar nicht schwer fallen, da die von ihr abhängige Dea (Deutsche Erdöl-Aktien-gesellschaft) ja nichts als eine Filiale Rodelfellers ist. Wenn bei Schluß der Session der Monopulentwurf endgültig im Papierkorb verschwindet, würde auch das Zentrumprojekt des neuen gesetzlich patentierten Dreilumbes — Rodefeller-Gewinner-Plöcken-dorf — nicht zur Durchführung kommen und Rodefeller als Triumphtor ungehindert den deutschen Markt und dann bald auch den Weltmarkt beherrschen. Deshalb ist anzunehmen, daß das Reichsmonopolprojekt in irgendeiner Gestalt wieder auftauchen muß, wenn nicht die deutschen Petroleumverbraucher ausgeplündert werden sollen.

Politische Uebersicht.

Volksschulfragen.

Das Abgeordnetenhause hat am Donnerstag zunächst die Debatte über den Volksschulstellenausgleich beendet und den von uns bereits mitgeteilten Antrag der Budgetkommission, der die Regierung zur gelegentlichen Regelung dieser Frage auffordert, angenommen. Abg. Cassel (fortschritt. Sp.) trat für höhere Staatsbeiträge und für die Aufrechterhaltung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden ein, wobei er sich auch in einigen Ansätzen gegen die sozialdemokratischen Schulforderungen erging. Diese Bemerkungen, vor allem aber seine Lobhudelei des Kultusministers, den er mit Anerkennung darüber, daß er sich im Rahmen der bestehenden Gesetze bewege, förmlich überhäufte, veranlaßten den Redner der Sozialdemokratie, den Genossen Hirsch, zu einer Polemik gegen den Führer der Fortschrittler. Genosse Hirsch gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, wie gerade von fortschrittlicher Seite angefaßt der fortgeschrittenen Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden dem Minister ein derartiges Lob gesendet werden konnte. Noch mehr aber war er erstaunt darüber, daß ein Fortschrittler in der ganz selbstverständlichen Befolgung der Gesetze durch den Minister schon etwas besonderes erblicke. Des geige, wozu man allmählich in Preußen gekommen sei. Uebrigens sei es für den Minister ein Leichtes, sich an die bestehenden Gesetze zu halten, nachdem die Mehrheit des Landtags alle Schulgesetze in reaktionärem Sinne abgeändert habe. Im weiteren Verlauf seiner sachkundigen Rede vertrot Genosse Hirsch energisch den sozialdemokratischen Standpunkt auf Uebernahme der Volksschulstellen auf den Staat, wobei er aber ausdrücklich betonte, daß die Verwaltung der Gemeinden bleiben und daß die Schulen kommunale Einrichtungen sein müßten. Mit dem Antrage erklärte er sich namens seiner Freunde einverstanden, behält sich aber völlige Freiheit der Entschlüsse nach Einbringung des Gesetzentwurfes vor. Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Schmitt vom Zentrum, der dem Verlangen

seiner Freunde auf konfessionelle Gestaltung der Volksschule und auch der Mittelschule Ausdruck gab, wurde die Debatte geschlossen. Die weitere Debatte drehte sich um einen nationalliberalen Antrag, der wünscht, daß Einrichtungen getroffen werden, um den Volksschullehrern eine vollwertige akademische Ausbildung zu ermöglichen, hierzu die Seminare auszugestalten, aus den so vorbereiteten Lehrern die Schulaufsichtsbeamten und Seminarlehrer zu nehmen, sowie auf dieser Grundlage eine organische Verbindung zwischen der Volksschule und den anderen Schularten zur Erreichung eines einheitlichen nationalen Bildungswesens anzustreben. In Verbindung damit wurde ein auf das gleiche Ziel gerichteter Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei und ein ähnlicher Antrag der Freikonservativen beraten. Das Resultat war die Ueberweisung aller dieser Anträge an die Unterrichtscommission.

Am Freitag beginnt die allgemeine Besprechung des Kapitels „Elementarunterrichtswesen“.

Preussische Gesetzeslücke an der Arbeit.

In der Unterrichtscommission des preussischen Landtages stand wieder einmal ein Antrag auf der Tagesordnung, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, in dem die religiöse Erziehung der Kinder aus kirchlichen anders als im preussischen Landrecht und der neuen Auslegung durch das Kammergericht geregelt, sowie auf die ganze preussische Monarchie ausgedehnt werde. Interessant war bei der Debatte, daß alle Parteien darin einig waren, daß diese Materie nicht nur sehr schwierig sei, sondern auch darin, daß man eigentlich mit den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts und der verschiedensten Auslegung durch das höchste Gericht nichts mehr anfangen könne, ja daß in manchen Familien die heillossten Verwirrungen angerichtet werden. Eine ganze königstreue Familie sei deshalb schon landesflüchtig geworden und lasse ihre Kinder in der Schweiz erziehen, wo sie ruhig zusehen müsse, daß die Kinder wohl im Sinne der Eltern religiös erzogen werden, aber auch republikanisch! Trotzdem warnen die Vertreter der Regierung, diese Dinge zu sehr anzugreifen, denn — dann kämen von allen Seiten die Abänderungsanträge und dann sei „keinhalten mehr.“

Schließlich wurde die Sache vertagt, um den Versuch zu machen, einen passenden Mitten auf das Loch zu finden, das durch eine der letzten Kammergerichtsentscheidungen gerissen ist.

Der Vorschlag, gründliche Arbeit zu machen, indem man durch Befreiung des Religionsunterrichts in der Schule und Schaffung eines Reichsgesetzes Wandel schafft, fand natürlich seinen Anklang — es wird weiter — geflickt.

Die überführten Gelben.

Der Vorsitzende des gelben Förderungs Ausschusses, General a. D. von Loebell, ist diesmal schnell bei der Hand, um die Behauptungen des „Deutschen Kuriers“ über die guten Beziehungen der Gelben zu entkräften, aber leider hilft diese Fügigkeit sehr wenig, denn je mehr er „berichtigt“, um so mehr muß er gestehen.

Die beiden Konferenzen, von denen der Gewährsmann des „Deutschen Kuriers“ zu erzählen wußte, sollen allerdings nicht stattgefunden haben, und Herr v. Loebell möchte annehmen, daß hier versehentlich auf Sitzungen des Landesökonomikkollegiums angespielt werde, in denen aber auch von einer finanziellen Unterstützung der „Wirtschaftsfriedlichen“ nicht die Rede gewesen sei.

Nun, darüber wird sich ja wohl der Mitarbeiter des national-liberalen Blattes noch äußern. Einseitig nehmen wir jedenfalls an, daß seine Behauptungen nicht aus der Luft gegriffen waren. Das um so mehr, als seine Auslage in dem wichtigsten Punkte nicht widerlegt, sondern direkt bestätigt wird. Es ist richtig, daß der Hauptausfluß der Gelben vom Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten eine Unterstützung von 15 000 M. bezieht. Herr v. Loebell versucht allerdings diese Zuwendung als durchaus harmlos hinzustellen. Er sagt, die Summe sei lediglich ein Ersatz der Kosten, die dem Hauptausfluß durch die ihm vertraglich obliegenden Verpflichtungen zur Organisation der öffentlichen Volksversicherung in der nationalen Arbeiterschaft erwachsen. Dieser Unkostenbeitrag entspreche durchaus den Zahlungen, die andere Lebensversicherungsgesellschaften an Verbände für Mitwirkung an der Ausbreitung ihrer Versicherung gewähren.

Sehr wohl dürfte es dem Freund der Gelben bei diesem Rechtfertigungsversuch selber nicht sein. Zunächst wäre wohl zu fragen, ob der Hauptausfluß der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten über die Verwendung der 15 000 M. für Zwecke der Versicherungspropaganda in einzelnen Rechnungen legt. Aber auch wenn das geschieht, so bleibt die Unterstützung der wirtschaftsfriedlichen Bewegung aus öffentlichen Mitteln Tatsache, und es ist ein gar zu billiger Einwand, den sich der Vorsitzende des Förderungskomitees leistet, wenn er sagt, daß die Gelder der Lebensversicherungsanstalten doch nicht als „Regierungsgelder“ anzusprechen seien.

Nicht minder bleibt die Tatsache bestehen, daß der Geh. Oberregierungsrat Kapp, der geistige Leiter der öffentlich rechtlichen Lebensversicherungsanstalten, der Volkspflege fälschlicherweise das zum Vorwurf gemacht hat, dessen gerade die von ihm geleitete Institution schuldig war. Er warf aus dem Glashaus mit Steinen, aber er brachte nichts zu fürchten, denn der Landwirtschaftsminister wechelte mit seinem breiten Schilde die Geschosse seiner Gegner ab.

„Ich werde von Papas Grundstücken leben!“

Der Dualadenschrift der Kolonialverwaltung haben wir schon Erwähnung, aber ein paar Stellen des Dokuments verdienen doch noch besonders zitiert zu werden. So ein Satz aus den Betrachtungen über die niederträchtige Speculationswut der Schwarzen. Da heißt es:

Sie (die Eingeborenen) hatten sich gedacht, die Nieten, die Europäer ihnen für ihre Grundstücke zahlten, von Zeit zu Zeit zu erhöhen und im Notfall ab und an ein Stück Land jedesmal zu einem höheren Preise zu verkaufen.

Kann man sich eine größere Gemeinheit vorstellen? Diese abgefeimten Heiden hatten sich das feine Plänchen zurechtgelegt, die Nieten von Zeit zu Zeit zu erhöhen. Wo in aller Welt kommt derartiges sonst noch vor? Es war wirklich die höchste Zeit, daß die deutsche Kolonialverwaltung hier mit fester Hand zugriff.

Aber das schlimmste steht noch aus. Wie weit die Verworfenheit der Quaka geht, wird an dem Beispiel des Kpundu Awa gezeigt, der als sogenannter „König“ viele Jahre in Deutschland gelebt und dort sein Geld vertan hat. Als er im Jahre 1911 ohne jegliche Mittel in Kamerun wieder eintraf, fragte der Gouverneur ihn, was er denn nun in Kamerun beginnen wolle. Das Scherzmal antwortete: „Ich werde von Papas Grundstücken leben.“

Das ist der Gipfel sittlicher Verkommenheit. Durch nichts kann die Notwendigkeit, deutsche Kultur nach Afrika zu tragen, besser illustriert werden als durch diese Antwort des Häuptlingssohnes. Wo gibt es in Deutschland jemanden, der es wagen würde, von Papas Grundstücken leben zu wollen? Wo ist der Häuptlingssohn, der, um mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu reden, den von anderen geschaffenen Mehrwert in seine Tasche stecken könnte? Mit solchen Kerls sollte bei uns nett umgesprungen werden. Nicht wahr, Herr Kolp?

Die Drohung der Regierung.

Eine mandamental offiziös benutzte Korrespondenz behauptet, daß beim Scheitern der Befoldungsnotelle die Regierung auch auf die Vorlage über die Reichsbefehlshilfen für Altpensionäre und Althinterbliebene verzichten will. Das heißt also: kommt der Reichstag in der Befoldungsvorlage der Regierung nicht entgegen, so daß diese Vorlage zum Scheitern kommt, dann sollen die Altpensionäre dafür büßen.

Das geht selbst der „Deutschen Tageszeitung“ zu weit, die hierzu bemerkt:

Diese Meldung muß doch wohl mit einigen großen Fragezeichen versehen werden. Auf die Befoldungsnotelle selber wollen wir heute nicht näher eingehen. Wir haben aber bereits betont und können nur wiederholen, daß die Vorlage über Reichsbefehlshilfen an Altpensionäre mit der Befoldungsnotelle weder sachlich noch formell irgendwas zu tun hat und organisch mit ihr in keiner Weise zusammenhängt. Es wäre deshalb nicht nur ein völlig unbegründetes, sondern auch ein wenig kluges Vorgehen, wenn die Regierung, die an dem unglücklichen Gange der Verhandlungen über die Befoldungsnotelle keineswegs schuldlos ist, nun noch ohne jeden Grund die Altpensionäre darunter leiden lassen und die berechtigten Mißbilligung und Verbitterung dieser Kreise noch bewahrt und absichtlich verschärfen wollte. Wie man vollends dazu kommen könnte, auch noch das Neuwahlgesetz, das seitlich die Mittel für die Altpensionäre liefert, aber in erster Linie doch erheblichen und anerkannten sachlichen Missetänden abheben soll, die mit irgendwelchen Beamten- und Befoldungsfragen entfernt nichts zu tun haben, der Befoldungsvorlage in den Orkus nachzuwerfen, ist ganz unerschöpflich. „Politik“ würde ein solches Vorgehen jedenfalls überhaupt nicht mehr genannt werden können. Daß schließlich die Regierung schon jetzt die Absicht haben sollte, auch im kommenden Winter von der Einbringung der unstrittigen Vorlagen abzusehen, kann wohl als ausgeschlossen gelten. Zum guten Teile wird man deshalb die eingangs wiedererlebte Meldung als einen von einer nachgeordneten Stelle unternommenen Versuch zur Einschüchterung des Reichstages betrachten können, dem man aber nicht einmal das für solche Versuche unter allen Umständen erwünschte Mindestmaß an Ueberzeugungskraft und Bescheidenheit nachrücken kann.

„Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes...“

Der in den nächsten Tagen zusammentretenden Landesinnode des Fürstentums Lippe wird eine Vorlage über die Erhöhung der Pfarrergehälter unterbreitet werden. Die vorgeschlagene und mit der fortschreitenden Teuerung aller Lebensverhältnisse begründete Erhöhung beträgt im Durchschnitt etwa 25 Proz. Dabei ist die letzte Aufbesserung erst im Jahre 1907 erfolgt. Die notwendigen Mittel sollen durch eine Erhöhung der Einkommensteuer aufgebracht werden, zu der alle Landesangehörigen beitragen müssen, einerlei, ob sie Christen, Juden oder Heiden sind. Ein Austrittsgesetz gibt es nicht.

Der Konflikt an der Handelshochschule.

Die Kerketten der Kaufmannschaft haben beschlossen, während der Fortdauer des Studentenstreiks von weiteren Verhandlungen mit den Dozenten abzusehen, unbeschadet ihrer Bereitschaft, nach Einstellung des Streiks auf der Basis der Forderungen, die die Dozenten aufgestellt haben, die Verhandlungen wieder zu eröffnen. Die Studenten erklären dagegen, daß sie den Streik fortzusetzen entschlossen sind, bis eine Einigung mit den Dozenten erzielt ist.

Er mordung eines Weißen in Südwestafrika?

Aus Deutsch-Südwestafrika meldet der Gouverneur auf Grund einer Mitteilung der Ambo-Wission, daß ein Weißer, der von Tiumeb aus ohne behördliche Erlaubnis das AmboLand betrat, in Ondonga von Iluanjama-Beuten ermordet worden sei. Der Name und die Nationalität des Ermordeten sind nicht bekannt. Der Ondonga-Häuptling hat die Mörder vorläufig festgenommen und hält sie zur Auslieferung an das Bezirksamt bereit.

Das Seebeuterecht.

In der Mittwochabend Sitzung des englischen Unterhauses brachte der Liberale Morrell eine Resolution ein, die die Regierung zu Verhandlungen auffordert, um eine Revision des Seebeuterechts zu erzielen und die Unverletzlichkeit alles Privateigentums zu sichern mit Ausnahme der Fälle, in denen die Schiffe Kriegsmaterial führen oder die Blockade brechen. In einer längeren Erklärung formulierte Staatssekretär Grey die Bedingungen, unter welchen die Regierung solche Vorschläge in Erwägung ziehen könnte. Grey deutete zunächst an, daß die Haltung der englischen Regierung in dieser Frage jetzt entgegenkommender sein würde und fuhr dann fort:

„Es pflegt angenommen zu werden, daß die anderen Nationen des Kontinents nur auf ein Wort von uns in dieser Frage warten, um Flottenausgaben herabzusetzen. Dies pflegt insbesondere in bezug auf Deutschland angenommen zu werden. Während die gegenwärtige Regierung im Amt ist, hat sie niemals die geringste Andeutung von irgendeiner kontinentalen Macht und sicherlich nicht von der deutschen Regierung erhalten, daß ihre Flottenausgaben in irgendeiner Weise vermindert seien mit der Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See. Kein anderes Land ist zu uns gekommen, um zu sagen: „Wenn ihr dem zustimmt, so wird es uns in die Lage setzen, die Flottenausgaben zu verringern.“ Wenn es diesen Erfolg gehabt hätte, hätten wir ohne Zweifel Andeutungen bekommen. Meine eigene Ansicht geht dahin, daß tatsächlich nichts, was wir durch eine Aenderung der Gesetze oder der diesbezüglichen Bestimmungen tun können, wirklich einen sehr wesentlichen Erfolg haben wird, was die Ausschüpfung eines Krieges oder die Küstungsausgaben betrifft, eines ausgenommen, das ist, der zunehmende Glaube bei den großen Nationen, daß sie von guten Absichten gegen einander besetzt sind.“

Grey betonte dann nochmals das Recht der Blockade, weil dies das einzige Mittel für England sei, auf das andere Land einen Druck auszuüben. Dagegen liege kein Grund vor, daß England als Haupthindernis für die Befreiung des Seebeuterechts bei der nächsten Haager Konferenz erscheinen solle. Notwendig wäre nur, daß einmal sehr strenge Bestimmungen hinsichtlich der Kontenhande getroffen würden, und ferner ein Abkommen, daß die Handelschiffe nicht in bewaffnete Schiffe verwandelt werden dürfen. Wünschenswert wäre auch ein Abkommen über die Minen.

Es ist nicht zu verkennen, daß diese Erklärung des englischen Ministers nicht mehr an der starren Aufrechterhaltung des Seebeuterechts festhält. Die Sozialdemokratie hat längst die Befreiung dieses barbarischen Mittels der Kriegsführung gefordert. Ein internationales Uebereinkommen in dieser Frage würde zugleich auch ein Abkommen über die Einschränkung der Flottenrüstungen erleichtern. Es ist bezeichnend, daß die deutsche Regierung bisher überhaupt noch nicht den Versuch gemacht hat, mit England darüber in Verhandlungen einzutreten. Die Ausführungen Greys enthalten zwischen den Zeilen eine deutliche Aufforderung zu solchen Besprechungen. Die Antwort der deutschen Regierung wird man ja wohl schon in den nächsten Tagen bei der Beratung der auswärtigen Politik zu hören Gelegenheit haben.

Die Kämpfe in Mexiko.

New York, 7. Mai. Der Korrespondent der „Associated Press“ hat an Bord des amerikanischen Kriegsschiffes „California“ vor Mazatlan drastisch gemeldet, daß durch Explosion einer Bombe, welche von einem Flugzeug der Rebellen in die Straßen der Stadt geworfen wurde, vier Personen getötet und acht verletzt wurden. Das Feuer zwischen den Befestigungen der Rebellen und den Bundesstruppen dauere an. Die Belagerer schienen im Vorteil zu sein.

Die Haltung Carranzas.

Washington, 7. Mai. Carranzas Abneigung, einen Waffenstillstand anzunehmen, erklärt sich durch die von ihm berichteten Erfolge gegen Huertaz Truppen, die etwa folgendermaßen zusammengefaßt werden können: Niederlage von 3500 Mann Bundesstruppen in Venazcos bei San Luis Potosi, wobei 1500 Mann gefangen genommen und eine Menge Waffen und Munition erbeutet wurden; 1700 Gefangene bei Acaponeta und Tepic mit weiteren Mengen von Waffen und Munition; Wegnahme von Feldgeschützen und Artilleriemunition bei dem Angriff auf eine aus Monterrey stammende fliegende Kolonne. Die Vertreter der Konstitutionalisten in Washington prognostizieren ganz bestimmt die Einschließung der Stadt Mexiko binnen Monatsfrist, wenn die Erfolge in dieser Art andauern.

Albanien.

Die Kämpfe in Epirus.

Durazzo, 6. Mai. Nach Telegrammen, die der Regierung zugegangen sind, dringen griechische Banden mit Geschützen und Maschinengewehren unaufhaltbar über Giasa und Kicol vor und befinden sich bereits fünf Stunden von Berat entfernt. Von Süden her dringt ebenfalls eine Kolonne gegen Berat vor. Die albanische Gendarmerie ist nach Süden abgedrängt. Die Bevölkerung flieht, von Panik ergriffen. Falls Berat besetzt wird, stehen die Wege nach Valona und Durazzo offen. Die starken Banden bestehen größtenteils aus organisierten Bestandteilen der griechischen Armee und werden von griechischen Offizieren befehligt.

Internationale Vermittlung.

Athen, 7. Mai. Die Mitglieder der internationalen Kontrollkommission für Albanien haben an Jographos, den Führer der Epiroten, eine dringende Depesche geschickt, worin sie mitteilen, daß die internationale Kontrollkommission auf Ersuchen der albanischen Regierung übernommen habe, Jographos den Vorläuf von Konzessionen mitzuteilen, unter der unbedingten Voraussetzung der sofortigen Einstellung aller Feindseligkeiten und des Vormarsches. Die Kommission werde dann ebenso bezüglich der albanischen Streitkräfte vorgehen.

Jographos antwortete, daß der Befehl ergangen sei, die Feindseligkeiten und den Vormarsch vom Mittag des 7. Mai ab einzustellen, in der Erwartung, daß gleiche Befehle an die albanischen Streitkräfte erteilt werden.

Polizeiweisheit.

Das Hien so manches Polizeibeamten muß doch wohl sonderbar arbeiten. Wenn wir uns die Gründe ansehen, die herhalten müssen, um Versammlungen als politisch zu erklären, die sich mit ganz unschuldigen Dingen, wie z. B. die Jucht und Pflege der Seidenraupe, befaßt wollen, dann möchten wir schon in Gedanken eine große Fragezeichen. Die Polizei ist aber in der Lage, sich fortgesetzt von neuem zu übertreffen, sie schlägt immer von neuem wieder ihre eigenen Rekorde.

Gestern abend fand in den „Bruchlösen des Westens“ in Charlottenburg eine unpolitische Jugendversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Erdmann und Wally Repler über das Thema: „Jugend heraus!“ sprechen sollten. Die Referate konnten auch ohne polizeiliche Störung erledigt werden. In der Diskussion erlaubte sich aber ein junger Mann den Scherz, die Versammlungsbefucher mit einer Art Sonntagsnachmittagspredigt zu belustigen, wobei er auch einmal in seinen Zitatesatz griff und seine Rede mit hebräischen Redebildern verzierte. Das konnte der überwachende Polizeileutnant nicht dulden. Er erhob sich, erklärte jetzt die Versammlung für politisch und forderte die Entfernung der Jugendlichen. Als Erläuterung seiner Amtshandlung fügte er noch hinzu, daß aus der Versammlung heraus: „Choi!“ gerufen worden sei. Um der Auflösung vorzubeugen, wurden die Jugendlichen von dem Versammlungsleiter gebeten, den Saal zu räumen. Sie begannen sich denn auch, etwa 100 Mann stark, nach dem Volkshaus. Die zurückgebliebenen Erwachsenen nahmen dann noch mit regem Beifall eine Rede des Genossen Dr. Breitscheid auf, der der Polizei wegen ihrer jüngsten Hebelthaten ganz gehörig den Text las. Ein Polizeibeamter glaubte hier auch noch einen guten Fang zu tun, als er einen jugendlich aussehenden Teilnehmer stellte, doch mußte er unter lautem Hohngelächter von ihm ablassen, da der „Jugendliche“ bereits über 18 Jahre alt war.

Wir fragen nun aber: Was macht diese Versammlung zu einer „politischen“? Waren es die fremden hebräischen Laute oder das Choi! eines polizeiwidrig temperamentvollen Versammlungsbefuchers. Und ist der Höchstbefehl an Auflösungsgründen nun erreicht?

Letzte Nachrichten.

Günstige Stadtverordnetenwahlen in Mainz.

Mainz, 7. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden für die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei zusammen 6719 Stimmen abgegeben. Der bürgerliche Block erhielt nur 5579 Stimmen.

Die Demonstrationen in Prag.

Prag, 7. Mai. Die Demonstrationen der tschechischen Handelsakademiker, welche durch den Selbstmord des Handelschülers Hajek veranlaßt waren, haben sich heute in verstärktem Maße wiederholt. An dem Demonstrationstzuge beteiligten sich über achthundert Schüler und Schülerinnen. Tausende von Menschen bildeten in den Straßen Spalier. Die Polizei hatte umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen. Professor Liebkeim, dem die Schuld an dem Vorkommnis zugeschoben wird, hat seine Lehrtätigkeit eingestellt.

Die Ausstandsbewegung in der spanischen Handelsmarine.

Madrid, 7. Mai. Der gestern an der kalabrischen Küste ausgebrochene Ausstand der Offiziere der Handelsmarine nimmt einen unerwarteten Umfang an. In Bilbao liegen 33 Dampfer, in Gijon 21. In den übrigen Häfen sind diese Zahlen entsprechend geringer. Die Kapitäne und Offiziere in Barcelona, Valencia und anderen Mittelmeerhäfen scheiden sich an, die Bewegung aus Gemeingefühl mitzumachen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 10. Mai 1914, vormittags 9 1/2 Uhr:

Gruppen-Versammlung der Werkzeugschleifer

im Lokal von Riedel, Süsslenstraße 40.

Tagesordnung:

1. Gruppenangelegenheiten. Verschiedenes.

Montag, den 11. Mai 1914:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden:** Pharnussäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Genossen R. Breitscheid.
- Norden:** Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr. — Vortrag des Kollegen W. Siering.
- Norden:** Hallschmieders Festsäle, Sabür. 16, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit:** Prachtsäle Nordwest, Dielestr. 21, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Reichstagsabgeordneten Brey.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Reichenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Genossen Dr. Borchardt über „Nadium und andere Strahlungen“.
- Tegel:** Müllers Festsäle, Berliner Str. 81, abends 6 Uhr.
- Westen und Schöneberg:** Vereinshaus, Schöneberg, Hauptstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Kollegen Max Horn.
- Osten:** Comeniusäle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag über „Feuerbestattung“.
- Lichtenberg:** Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Gustav Scharf.
- Stralau-Rummelsburg:** Café Bellevue, Hauptstraße 3, abends 8 Uhr. — Vortrag des Genossen Alfred John: „Technische Umwälzungen“.
- Weißensee:** Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
- Südenbezirke:** Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4), abends 8 1/2 Uhr. — Vortrag des Genossen Erwin Neumann über „Die Maschine im Wirtschaftslieben“.
- Neukölln:** Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz:** Schellhases Festsäle, Ahornstr. 15a, abds. 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen:** Restaurant Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74, abends 8 1/2 Uhr. — Vortrag des Genossen Tarnow: „Die Geschichte der Koalitionsverfolgungen“.
- Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.:** Restaurant George, Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 44a, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Kollegen Felts Carl.
- Spandau:** Restaurant Dertz, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

117/19 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung! Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter!

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß am

Montag, den 11. Mai d. J., abends 6 1/2 Uhr, in den „Kammerfäden“, Zeltower Str. 1,

die Ersahwahlen zum Gesellenausschuß

und die

Neuwahlen zum Innungs-Schiedsgericht
der Berliner Innung: Bund der Bau-,
Maurer- und Zimmermeister

stattfinden.

Wählen zum Gesellenausschuß kann jeder Maurer und Zimmerer im Alter von 21 Jahren, zum Innungs-Schiedsgericht jeder Geselle und Arbeiter im Alter von 25 Jahren, der zurzeit bei einem Mitglied der Innung beschäftigt ist.

Als Wahllegitimation dient eine vom Meister ausgestellte Bescheinigung über die Beschäftigung bei demselben, wozu die Mitglieder der Innung von dieser selbst Formulare geliefert bekommen. Lasse sich daher jeder eine dergleichen Bescheinigung ausstellen, und verfaume niemand die Wahl.

Für Mitglieder der Ersttraktantenliste genügt das mit dem Firmenstempel abgestempelte Traktantenbuch.

Da von den Berliner Baufirmen rund 300 Mitglieder der Innung sind, darunter die größten Geschäfte, und bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in solchen Fällen nicht das Gemeinwohl, sondern das Innungs-Schiedsgericht zuständig ist, ist es besonders auch Pflicht der Bau-, ja an der Wahl zu beteiligen.

Die Vorstände der Verbände der Bauarbeiter und Zimmerer.

Arbeiter-Samariterbund :: Kolonne Groß-Berlin

Wahlvereine, Gewerkschaften und Vereine!

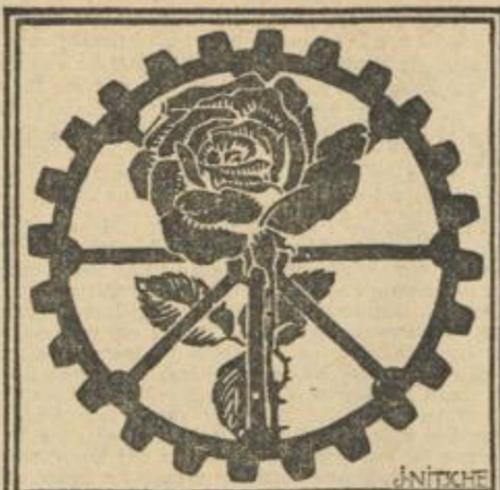
Alle Bestellungen von Samaritern sind nur an den 2. Vorsitzenden

A. Fischer, Neukölln, Emser Str. 125

zu richten. — Anfragen und Bestellungen an den 1. Vorsitzenden

R. Pilzecker, Berlin NO 55, Immanuelkirchstr. 20.

Bewerter, Adressat: Alfred Dielepp, Neukölln, Inveratenteil von...



DEUTSCHE
WERKBUND-AUSSTELLUNG
COLO 1914
KUNST IN HANDWERK INDUSTRIE & HANDEL
ARCHITEKTUR
THEATER-KONZERT-SPORT-VERGNÜGUNGS-PARK
355000 qm AUSSTELLUNGSGELANDE
AM RHEINUFER GELEGEN
MAY-OCTOBER

Kompl. Küche von 48-180 M.

Wohnzimmer von 180 M an

Eig. Schlafzimm. von 295 M. an

Speisezimmer von 320 M. an

Garnituren 100-350 Mark

Umbausofa von 52 Mark an

Wohnungs-Einrichtung schon von 230 M. an

Teilzahlg. jedem Kein Kredithaus

Teilzahlg. ohne Preisaufschlag

5% Extra-Rabatt auf kompl. Zimmer

Brantleuten Vorzugslokalen

Otto Plehl Möbel-Magazin **Brunnenstrasse 120**



Angenehmer, weicher und elastischer Gang
Keine Erschütterung • Keine Ermüdung
Ungemein dauerhaft!

Verlangen Sie von Ihrem
Schuhmacher ausdrücklich

Absätze Continental

ORIGINAL SINGER
„66“
die Nähmaschine des
20. Jahrhunderts.
Neue Spezial-Apparate für
den Hausgebrauch.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

In einer Hand vereinigt

sind die 3 untenstehenden

Kredit-Häuser



10

Wenn Sie dieses Inserat mitbringen, gewähre bis 15. Mai auf Möbel und Wohnungs-Einrichtungen

Proz. Ermäßigung

Anzahlung **3** Mark auf einen Kleiderschrank

1 Bettstelle
1 Matratze
1 Kleiderschrank
1 Tisch
3 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl

Wochenrate M. 1.50

Anzahlung **10** Mark

Anzahlung **3** Mark auf ein Vertiko

1 Bettstelle
1 Matratze
1 Kleiderschrank
4 Stühle
1 Tisch
1 Spiegel
1 Konsole
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
2 Küchenstühle
1 Rahmen

Wochenrate M. 2.00

Anzahlung **15** Mark

Anzahlung **3** Mark auf eine Bettstelle

1 Kleiderschrank
1 Vertiko
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Tisch
4 Stühle
1 Spiegel
1 Konsole
1 Küchenschrank
1 Tisch
2 Stühle
1 Rahmen
Handtuchhalter
Kohlenkasten

Wochenrate M. 2.50

Anzahlung **20** Mark

Anzahlung **3** Mark auf ein Trumeau und Sofatisch

1 Sofa
1 Sofatisch
1 Trumeau
4 Stühle
1 Vertiko
1 Kleiderschrank
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Waschtisch
1 komplette Küche

in allen Farben
Wochenrate M. 3.00

Anzahlung **30** Mark

Anzahlung **3** Mark auf ein Küchenbüfett

1 Sofa, 2 Bessel
1 Salontisch
1 Trumeau
4 Stühle, 2 Stul.
1 Teppich
2 Fensterportieren
1 Vertiko
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Waschtisch
1 Nachttisch
1 Schrankspieg.
1 komplette farbige Küche

Wochenrate M. 4.00

Anzahlung **45** Mark

10

Prozent Ermäßigung

gewähre bis 15. Mai auf Möbel und Wohnungs-Einrichtung, wenn Sie dieses Inserat mitbringen.



Gebrüder Lieber
Alexanderstraße 16



M. Glogau
Alte Jakobstraße 73
Ecke Dresdener Str.



Tannenzapf Nachf.
Blumenstr. 2
Ecke Wallnertheaterstr.

Gewerkschaftliches.

Die Zehngewaltigen gegen die Maifeier.

Im Ruhrgebiet gewinnt der Gedanke der Arbeitsruhe am 1. Mai von Jahr zu Jahr an Boden. Dem Zehngewaltigen...

Berlin und Umgegend.

Der Kampf der Steinarbeiter.

In zwei getrennten Versammlungen nahmen die Sektionen der Warm- und Sandsteinarbeiter Stellung zu den Verhandlungs-ergebnissen mit den Unternehmern.

In der ausgiebigen, sehr lebhaften Aussprache wurde das ungünstige der Jugendstimmung scharf kritisiert. Bei der Abstimmung...

Der Streik in der Großbäckerei von Goldacker, sowie in den Bäckereien von Hanke & Co. geht mit ungeschwächten Kräften weiter.

Das scheitern nachgerade auch die jungen Leute einzusehen, die von Goldacker zu Gehilfen gepreßt wurden. Vorigen Dienstag...

Aber geradezu als eine Herausforderung, als eine Provokation muß es für die Streikenden wirken, daß Goldacker auch jetzt noch immer bemüht ist, an Stelle von Gefellen...

Der Streik der Gefellen scheint ihm dabei freilich einen ziemlichen Stich gemacht zu haben, denn jetzt weisen diese jungen Leute das Ansehen, Lehrlinge zu werden, entschieden zurück.

Der Betrieb Goldackers kann nur kümmerlich von den Anstreibern, ein paar Beihilfen und einigen Streikbrechern aufrecht erhalten werden.

Vor Zugang sowohl nach der Bäckerei Goldacker als auch nach den Bäckereien von Hanke u. Co. wird dringend gewarnt.

Die Firma Trendl, Zigarettenfabrik S. m. b. H., Berlin, Schönbauer Allee 34, ist wegen Mahrregelung und Nichtumhaltung der tariflichen Bestimmungen des Tarifes für Zigarettenmaschinenführer gesperrt.

Die Drahtarbeiter der Firma Richard Weise, Drahtwarenindustrie Weihenstephan, Albertinenstr. 25/26 und Sedanstr. 82, stehen seit dem 27. Februar im Streik.

Der Fleischermeister Hartmann, Goethestr. 17, Rummelsburg, hat den Tarifvertrag der Organisation anerkannt.

Die Zimmerer in Raven befinden sich im Ausstand, der die sechste Woche überschritten hat. Da die Zimmererarbeiten keinen Fortschritt nehmen...

Die Einnahmigkeit, mit der die Dortmunder Rutscher und Fuhrleute die Arbeit niedergelegt haben, reizt die Behörden zu der weitgehendsten Unterstützung der tariffeindlichen Fuhrwerksbesitzer auf.

Die Einnahmigkeit, mit der die Dortmunder Rutscher und Fuhrleute die Arbeit niedergelegt haben, reizt die Behörden zu der weitgehendsten Unterstützung der tariffeindlichen Fuhrwerksbesitzer auf.

Deutsches Reich.

Streik der Dortmunder Fuhrleute.

Die Einnahmigkeit, mit der die Dortmunder Rutscher und Fuhrleute die Arbeit niedergelegt haben, reizt die Behörden zu der weitgehendsten Unterstützung der tariffeindlichen Fuhrwerksbesitzer auf.

Bewegung im Hamburger Expeditionsgerwerbe.

In Hamburg stehen die Roll- und Expeditionsfuhrer in einem bedeutungsvollen Abwehrkampf. Am 1. Mai lief der bisher geltende Tarifvertrag ab.

Diese Tariffragen lösten bei den Rutschern die tiefste Erbitterung aus. Bereits am 30. April wollten sie den Streik beschließen.

Der Arbeitgeberverband hat ganz offenbar den Konflikt gewollt, da er den schlechten Geschäftsgang für den Angriff besonders geeignet hält. Hat man erst die Gruppe der Rutscher unter die Fuchel des Unternehmernachweises gebracht...

Die Arbeiter der Oberpfälzischen Glasindustrie befinden sich in einer Bewegung. Verhandlungen vor dem Gewerbeamt zu Raitz haben zu keinem Abschluß geführt.

Kleines Feuilleton.

Die Poesie in Ophelbien. Man soll nicht sagen, daß in den kalten Bezirken der Junker keine Kultur wohnt!

Einen Zweig der Poesie gibt es aber doch, den sie von ihrem roten Standpunkt aus zu schätzen wissen. Sobald irgend jemand das Gewinsel eines geprägten Hundes in Verse überträgt...

Gerade in diesen Tagen hat ein besonders schönes Stück ophelbischer Poesie das Licht der Welt erblickt. Es soll ein „neues Sommerlied“ sein und wird unter der Überschrift „Kunst, Wissenschaft und Literatur“ von der „Sommerischen Tagespost“ veröffentlicht und zugleich lebhaft empfohlen.

Sommer bin ich, Sommer bleib ich allezeit, Ob im Waffenschmucke, ob im Bürgerkleid, Ob mir Schlachtendonner rüttelt Mark und Bein, Treu will ich als Sommer meinem König sein.

Nach dieser ersten Strophe folgen dann noch sehr viele andere, die wir unseren Lesern schenken wollen. Wir haben im allgemeinen mit der Kriegerepoesie nicht viel im Sinn; in diesem Falle hat sie uns aber doch den Glauben an den Humor der Menschheit wiedergegeben.

Der scharfe Beobachter. Bei Absinger in der Friedrichstraße saßen zwei Gäste an einem Tisch. Der eine war dick und kräftig, lieber seiner Weste prägte eine dicke goldene Kette.

„Sie sind wohl Franzose?“ „Wie?“ fragte dieser zurück. „Ja, in dieser Hinsicht beobachte ich scharf. Sie sind Franzose.“ „Aber warum denn gerade Franzose?“ „Ja, ich habe das beobachtet: Die Franzosen essen immer so viel Weißbrot zur Suppe und zum Essen.“

„Sie irren, Herr, ich bin kein Franzose. Aber ich habe viel Hunger und wenig Geld.“

Da verschwand alles Wohlwollen aus dem Gesichte des Dicken und er sagte mit Entrüstung: „Aber dann sind ich es unterschämt, hier alle Reden aufzufressen!“

Tausende von Atmosphären. Durch die hydraulische Presse hat sich der Mensch ein Mittel geschaffen, einen Druck von außerordentlicher Stärke zu erzeugen und zu entprechenden Arbeitsleistungen zu verwenden.

Theater. Charlottenburger Schillertheater: Ueber unsere Kraft von Björnson. Dies Schauspiel und sein viele Jahre später erschienener zweiter Teil ragen aus der Reihe der Björnson'schen Dramen weit empor.

Charlottenburger Schillertheater: Ueber unsere Kraft von Björnson. Dies Schauspiel und sein viele Jahre später erschienener zweiter Teil ragen aus der Reihe der Björnson'schen Dramen weit empor.

eine wie bedeutsame Rolle Probleme des religiösen Denkens in der Entwicklung der beiden großen Norweger gespielt haben. Jbsens Brand erscheint als Typus des zornend brennenden Christentums, das gekommen ist, das Schwert zu bringen.

Herr Baeschke, dessen kräftige, zur Breite weidende Statur dem Bild, das man von Sang hat, so wenig entspricht, bezwang die Hemmungen überraschend glücklich. Eine ganz geschlossene, innig besetzte Gestalt entfaltete sich in dem Spiele.

Notizen.

Antoine und Reinhardt. Antoine hat Reinhardt Anerbieten, in Berlin als Regisseur zu wirken, nun doch mit der Motivierung abgelehnt: Wenn ich, der ehemalige Direktor, das Odeon-Theater aus seiner schwierigen finanziellen Situation durch einen Theaterdirektor in Berlin retten würde, so würde es in ganz Paris nicht Steine genug geben, die man auf mich werfen würde.

Wilhelm Raabes Witwe ist in Dranschnitz im achtzigjährigen Alter gestorben.

Falkes Singen als Einnahmequelle entdeckt ein Aelter Theaterdirektor. Er ließ seine Bühnenmitglieder kräftig Strafe zahlen, wenn sie nach seiner Meinung falsch sangen.

Gorli und Schaljapin. Aus Moskau wird gemeldet, daß der berühmte Opernsänger Schaljapin unter die Schauspieler gehen und in Gorli Theatertruppe eintreten wird.

Mein Terrorismus?

In der jetzigen Zeit, in der von den Feinden der Arbeiterklasse ein Gefährde über Terrorismus der Organisationen bezw. deren Mitglieder erhoben wird, lohnt es sich, immer und immer wieder auf die Handlungsweise der Unternehmerverbände hinzuweisen. Obwohl wir wissen, daß der Satz des Justizministers Schönstedt: „Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe“ gerade auf die Handlungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen angewendet wird.

Die Unternehmerverbände jeglicher Art können nach dem Grundgesetz handeln, den der Herr Geheimrat Kirdorf geprägt hat, es sei die vornehmste Aufgabe der Ringe, Kartelle usw., preissteigernd zu wirken. Hierbei sind aufeinander alle Mittel erlaubt.

Auf Rechnung der Landesversicherungsanstalt Berlin wurde ein neues Arbeitsnachweisgebäude in der Rinderstraße errichtet. Die Kosten hierfür stellten sich auf circa 400 000 Mark; die Arbeiten wurden, wie üblich, durch Submission vergeben. Der Kostenschlag lag für Eisenkonstruktionen (Walzträger, Platten und Anker) den Betrag von 60 150 Mark vor. Die Herstellungs- bzw. Lieferungskosten beliefen sich auf 63 765,74 Mark, also ein Mehrbetrag von 3 615,74 Mark. Der Mehrbetrag ist in Anbetracht des hohen Objektes an und für sich kein hoher zu nennen. Interessant ist aber die Begründung, die die amtliche Bauleitung hierfür gibt: „Die höheren Preise beziehen sich lediglich auf Walzträger, deren Preise durch das Trägerverkaufskontor den hiesigen Firmen bestimmt und vorgeschrieben werden. Diese Art der Preisbestimmung, welcher alle für Berlin in Frage kommenden Eisenkonstruktionsfirmen unterworfen sind, zeitigte im vorliegenden Falle das Verhältnis, daß der Durchschnittspreis für Walzträger höher war, als der Einheitspreis für Eisenkonstruktionen, abgleich diese zu ihrer Herstellung und Montage am Bau erheblich mehr Arbeit und Kosten verursachten.“ Mit anderen Worten, die Träger werden durch die Preisbestimmung des Stahlwerksverbandes erheblich teurer verkauft, als das andere bearbeitete, der Konvention nicht unterworfenen Eisen kostet. Eine Firma, die da wagen wollte, andere billigere Preise, als durch die Unternehmerorganisation vorgeschrieben, zu fordern, wäre existenzunmöglich.

Rückgang der Roheisenzeugung. Die Roheisenproduktion Deutschlands und Luxemburgs sank im April d. J. auf 1,53 Millionen Tonnen gegen 1,60 Millionen Tonnen im März 1914 und 1,59 Millionen Tonnen im April 1913. Auf den Arbeitstag kamen im Berichtsmonat 51 147 Tonnen gegen 51 706 Tonnen im vorigen Monat und gegen 52 957 Tonnen im gleichen Monat des vorigen Jahres. Die Erzeugung in den Monaten Januar bis April 1914 stellte sich auf 6,1 gegen 6,3 Millionen Tonnen im gleichen Zeitabschnitt des vorigen Jahres.

Rußlands Kohlenindustrie. Aus dem wirtschaftlichen Aufschwung Rußlands in den vergangenen beiden Jahren hat in besonderem Maße die Kohlenindustrie Nutzen gezogen. Der Bedarf an Kohle ist stark gewachsen und die Produktion hat wie die Eisenproduktion der so plötzlich gestiegenen Nachfrage nicht Stand halten können.

Für die Kohlenförderung im europäischen Rußland kommt an erster Stelle das Donezbecken in Betracht, wo Steinkohle und Anthrazit gewonnen werden. Das Donezbecken liefert etwa drei Viertel der Gesamtproduktion an Kohle. An zweiter Stelle steht der Dombrowsk-Rajon für Steinkohle und Braunkohle und an dritter der Uralskajon für Steinkohle. Außerdem wird noch im Kossauer Gebiet und im Kaukasus Kohle gefördert.

Die Gesamtförderung an mineralischen Heizstoffen im europäischen Rußland betrug im Jahre 1913 rund 2 Milliarden Kub; davon lieferte das Donezbecken etwa 1,6 Milliarden Kub.

Das Anwachsen des Bedarfs an Kohle in den Jahren 1912 und 1913 erklärt sich durch den Aufschwung der Industrie, die Zunahme der Transporte und des Fernverkehrs auf den Eisenbahnen sowie die Steigerung der Produktion in fast allen sonstigen industriellen Betrieben. Das Anschwellen der Preise für Kohle veranlaßte verschiedene Bahnen und Fabriken zur Kohlenförderung überzugehen. Die Holzheizung ist vielfach durch Kohle ersetzt worden und für neue Bahnen kam nur Mineralheizmaterial in Frage.

Wohl nicht mit Unrecht wird behauptet, daß das russische Kohlen Syndikat „Produgol“, das etwa vier Fünftel der Produktion in Händen hat, an der Kohlennot und den dadurch rapid gestiegenen Preisen Schuld trägt. Das Syndikat „Produgol“ geneigt in bezug auf die Anklage künstlicher Hochhaltung der Preise durch Beschränkung der Förderung einen noch weniger guten Ruf als das Eisen Syndikat „Prodameia“.

Soziales.

Die Leipziger Ärzte künden wieder mal.

Wie wenig wert die Vereinbarungen der Klassen mit den Ärzten ohne Einführung reichsgesetzlicher Behandlungsmaßregeln haben, zeigt wieder das Vorgehen der Ärzte in Leipzig. Die beiden ärztlichen Bezirksvereine von Leipzig-Stadt und Land haben erhebliche Erhöhung ihrer Honorare verlangt und, weil diese Forderung abgelehnt wurde, beschloßen, ihrerseits von dem bis Ende 1916 geltenden allgemeinen Arztvertrag am 1. Juni 1914 auszutreten und die Klassenmitglieder von diesem Zeitpunkt an nur noch nach Einzelantrag nach den Minimalfähren der ärztlichen Gehrentage zu behandeln? Der Klassenvorstand hat darauf beschloßen, Feststellungsfrage dahin zu erheben, daß Vertragsbruch vorliegt.

Gerichtszeitung.

Kritik des Erfurter Schreckensurteils.

Als vor fast einem Jahr ein Schrei der Entrüstung durch das Land hallte, weil das Erfurter Kriegsgericht Strafen bis zu fünf Jahren Zuchthaus über Reservisten verhängt hatte, die am Tage der Kontrollversammlung im Alkoholrausch gelegentlich eines Wirtschaftskreises Ausschreitungen gegen einen Gendarmen begangen hatten, da brachte auch das demokratische Wochenblatt „Das freie Volk“ einen Artikel, welcher das Erfurter Schreckensurteil scharf, aber nicht ungeschicklich kritisierte. Unter dem unmittelbaren Eindruck der das Erfurter Urteil behandelnden Reichstagsverhandlungen hatte der Schriftsteller C. von Ossietzky in Hamburg den Artikel geschrieben, und der Redakteur, Baharst Dr. Glaser, hatte ihn am 5. Juli 1913 in seinem Blatte „Das freie Volk“ veröffentlicht. Beide mußten sich infolge eines vom Kriegsminister gestellten Strafantrages wegen Beleidigung des Erfurter Kriegsgerichts gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I verantworten.

Daß die Kritik, welche nach Befanngabe des Erfurter Urteils gegen daselbe einging, nicht unberechtigt war, erkannte auch der die Anklage vertretende Staatsanwalt Tolk an. Dem Angeklagten aber machte er zum Vorwurf — und das ist der Angelpunkt der ganzen Anklage —, daß sich seine Kritik nicht gegen die drakonischen — inzwischen bekanntlich gemilderten — Strafbestimmungen des Militärrechts, sondern gegen die Richter wendete. Da diese doch nur die damals geltenden Mindeststrafen gegen die Angeklagten verhängt haben, so haben sie, wie der Staatsanwalt meint, ihre Pflicht getan. Im übrigen hält der Staatsanwalt die in dem Artikel ausgeübte Kritik nicht für eine sachliche, sondern für eine von kolossalen Gefühlsregungen strotzende persönliche Beleidigung der

lichen noch zu Recht bestehn. Diese Erklärung gab der Vertreter der Unternehmer während der Verhandlungen ab. Der christliche Aemtarbeiterverband hat sich damit von den Industriellen beständigen lassen, daß er mit seinen kaum 100 Mitgliedern verhinderte, etwas Ersprießliches für die Arbeiter zu schaffen. — Die Forderungen sind den Unternehmern am 29. März durch den Zentralverband der Glasarbeiter gestellt worden. Wenn nun die Herren zur Verhandlung erschienen, ohne mit einer Vollmacht versehen zu sein, so ist dies um so unbegreiflicher, wenn ihr Vorsitzfühler während der Verhandlung noch dazu erklärt, im Interesse der Industrie und der Arbeiter müsse die tariflose Zeit beseitigt werden. Ohne alle Umschweife wurde den Herren durch die Vertreter des Zentralverbandes erklärt, daß die schlechte Geschäftslage nicht als Grund für die Ablehnung der Arbeiterforderungen gelten könne, denn die Herren schügen seit langen Jahren die trübe Zeit als hindernd vor. Die notwendig eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ist, geht aus folgender Lohnaufstellung eines Glaspolierers hervor. Der gesamte Verdienst dieses Polierers betrug während eines Zeitraums von 54 Wochen 1072,07 M. Zeitweise muß er einen Erzymann stellen, für den er die Woche 1,50 M., in 54 Wochen gleich 81 M. zahlte. Nach Abzug dieses Betrages und der Versicherungsbeiträge verblieb ihm ein Nettoverdienst von rund 18 M. bei einer Arbeitszeit von 102 Stunden wöchentlich.

Von den in der gesamten Industrie beschäftigten 1800 Arbeitern gehören dem Zentralverband der Glasarbeiter 400 Arbeiter an, knapp 100 Arbeiter soll der christliche Aemtarbeiterverband zählen, während 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen nicht organisiert sind.

Auf dringendes Ersuchen des Magistratschiffers Schwinnig erklärten die Industriellen sich bereit, von den übrigen Industriellen Vollmacht einholen zu wollen, um eventuelle Zugeständnisse zu machen. Die Verhandlungen wurden darauf bis zum 18. Mai vertagt.

Ausland.

Die Wirkungen eines Boykotts.

Der Chef der größten Schweizer Zigarettenfabrik in Grandson, David Bantier, hat sich im Neuenburger See das Leben genommen wegen finanzieller Schwierigkeiten in seinem Geschäft. Im Jahre 1907 kam es in der Fabrik zum Streit der circa 600 Arbeiterinnen und Arbeiter wegen Ablehnung ihrer Forderungen seitens der Firma. Da der Streit resultatlos abgedrohen werden mußte, verhängte die organisierte Arbeiterschaft über die Firma den Boykott, der so empfindlich wirkte, daß die Firma nachgeben und ihrer Arbeiterschaft entgegenkommen mußte. Nun wird in der bürgerlichen Presse anlässlich des Todesfalls berichtet, daß der damalige Boykott für die Firma verhängnisvoll gewesen sei. Daraus sollten alle Unternehmer etwas lernen und sich den Arbeitern gegenüber vernünftiger verhalten. Immerhin scheinen im vorliegenden Falle auch noch andere Umstände mitgewirkt zu haben, so die Errichtung eines Tochtergeschäfts mit einer Million Frank in Deutschland, das zwar rentieren soll, wodurch aber die Firma finanziell geschwächt wurde. Ferner soll sie durch eine Agentur in China mehrere hunderttausend Frank verloren haben. Der Betrieb ist nun eingestellt. Durch eine finanzielle Rekonstruktion soll der Betrieb wieder flott gemacht werden.

Stadtverordnetenversammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Mai 1914, Nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michales eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die neuverwählten Mitglieder, Fabrikbesitzer Rudolf Conrad, Ologauer Str. 14 (2. Abt., 8. Bezirk) und Direktor Gustav Hill, Rosenhaler Str. 20/21 (1. Abt., 7. Bezirk), werden in der herkömmlichen Weise eingeführt und auf die Städteordnung verpflichtet.

Die Vorlage betr. die Untertunnelung der Straße „Unter den Linden“, Ausgestaltung des städtischen Straßenbahnnetzes und neue Linien der „Großen Berliner Straßenbahn“ ist am Montag in der Ausschussberatung angenommen worden.

Der Gegenstand wird als Nachtrag auf die Tagesordnung gesetzt und seine Beratung vorweggenommen. Referent ist Stadtdr. Stapp (N. 2.). Im Ausschuss habe man sich schnell über die Einzelheiten der Vorlage verständigt.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung die Annahme der Vorlage.

Nach einer Entscheidung des Rentenausschusses für die Angestellten unterliegen die städtischen Fleischbeschaubeamten der Inhabitenversicherung nicht mehr, sobald sie ein Gehalt von mehr als 2000 M. beziehen. Nach der Reichsversicherungsordnung können in der strittigen Annahme der Versicherungspflicht gezahlte Beiträge zurückgefordert werden. Um die daraus dem Personal drohenden Nachteile abzumildern, schlägt der Magistrat vor, daß auf die Erstattung der für das Personalpersonal erteilten gezahlten Arbeitsbeiträge mit der Maßgabe verzichtet werden soll, daß bei etwaiger Gewährung von Ruhegehalt die Hälfte der Inhabitenrente in Abzug kommt, welche sich unter Einrechnung der von der Stadtgemeinde freiwillig gezahlten Arbeitgeberbeiträge ergibt.

Die Versammlung nimmt den Magistratsantrag an.

Die Dampfmaschinenanlage A auf dem Wasserwerk Lichtenberg ist veraltet und durch den 15jährigen Betrieb unzureichend geworden. Die Verwaltung will, anstatt kostspielige Reparaturen vorzunehmen, zwei neue Maschinen mit Saugmaschinen zum Antrieb der neuen Pumpen aufstellen, wodurch an Brennstoffkosten eine erhebliche Ersparnis erzielt wird. Der innere Aufbau der neuen Maschinenanlage soll so erfolgen, daß damit gleichzeitig der für später benötigten Stilllegung des Zwischenwerkes Belforter Straße vorgearbeitet wird. Die Kosten sind auf 470 000 M. veranschlagt.

Die Zustimmung der Versammlung wird ohne Diskussion erteilt.

Der verabschiedete Stadtverordnete Handelsrichter Reife hat der Stadt testamentarisch 50 000 M. mit der Bestimmung überwiesen, daß aus den Zinsrenten an jedem 17. Dezember, dem Geburtstag seiner verstorbenen Ehefrau, an Arme der Stadt Berlin, ohne Berücksichtigung der Konfession, je 10 M. für Weibchen gewährt werden sollen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Annahme des Legats, das von der Armenverwaltung verwaltet werden soll, einverstanden. Dem Veranlassungsbeschluss wegen Vertiefung der Walfendepuration durch weibliche Mitglieder der Magistrat als Rechtsbedenken nicht beigetreten. Einberufungen ist er jedoch mit dem Einverständnis von zwei Frauen als nicht stimmberechtigten Mitgliedern.

Stadtdr. Hlstein (Fr. Fr.) bedauert, daß non placet des Magistrats, daß der Versammlung ohne Gründe mitgeteilt werde, und fordert deren nachträgliche Aufklärung. In absehbarer Zeit werde auch dieser Widerstand des Magistrats sich als unhaltbar erweisen.

Stadtdr. Rosenfeld (Soz.): Auch wir bedauern, daß der Magistrat es nicht für nötig gehalten hat, noch einmal über unsere Beschlüsse in eine Beratung einzutreten. Es handelt sich nicht bloß darum, daß die weiblichen Mitglieder kein Stimmrecht haben sollen, also zu Mitgliedern zweiter Klasse gemacht werden, sondern auch um die Zahl der Frauen, die zugelassen werden sollen. Die Versammlung hat mit großer Mehrheit die Zahl 3 beschlossen. Daß bei der Armenverwaltung nur 2 Mitglieder zugelassen werden, ist mit der Größe der Armenverwaltung begründet worden; dieser Grund trifft aber bei der Walfendepuration nicht zu. Der Magistrat hätte sich doch auch hier über die Gründe seiner Ablehnung äußern sollen. Schließlich ist die Versammlung selbst schuld, wenn der Magistrat ihren Wünschen so wenig Rechnung trägt; als der Magistrat zur Armenverwaltung nur zwei statt drei

Frauen zuließ, hat die Mehrheit geschwiegen und uns in unserem Verlangen nicht unterstützt.

Stadtdr. Rosenfeld (N. 2.) kann einen so großen Wert auf die Zahl nicht legen; hätte es aber gern gesehen, wenn der Magistrat, seine Rechtsbedenken zurückstellend, wenigstens den Versuch gemacht hätte, Frauen als vollberechtigte Mitglieder zuzulassen. Aufhalten ließe sich aber der Gang der Dinge nicht mehr; auch dieses Verlangen würde über kurz oder lang erfüllt werden müssen.

Stadtdr. Löbning: Der Magistrat hat sich, nachdem die Versammlung ihre Beschlüsse gefaßt hatte, nochmals eingehend mit der Frage beschäftigt, und er hat seine Rechtsbedenken nicht preisgeben können. Die Normierung der Zahl auf zwei ist nur konsequent. Der Magistrat ist überzeugt, daß auch auf dem Wege, den er einschlagen will, die erfolgreiche Mitwirkung der Frauen gesichert ist.

Stadtdr. Gaffel (N. 2.) teilt die Rechtsbedenken des Magistrats, bedauert aber seinerseits, daß der Magistrat sich dem Vorstöße, die Walfendepuration zu einem Teile der Armenverwaltung und die Walfendepuration zu einer Abteilung der Armenverwaltung zu machen, um auf diese Weise auch den Frauen das volle Stimmrecht zu sichern, nicht angeschlossen habe. Er hofft, daß schon nach kurzer Zeit der Magistrat zu dieser Aufklärung sich befehren wird. Die Versammlung nimmt von der Magistratsmitteilung Kenntnis.

Auf den Ferien-Außenspielplätzen Buch, Plankensfeld, Plankenswald und Wartenberg sind bauliche Veränderungen und Verbesserungen notwendig geworden. In Buch soll der bisherige Spielplatz, der für den Neubau einer Heilanstalt gebraucht wird, durch die „Lammerwiese“ ersetzt werden. In Plankensfeld will man den Kieselgraben durch einen Drehtzoum für die Kinder absperrern, in Wartenberg soll ein gleicher Zaun das Betreten des Spielplatzes von der angrenzenden Landeshofanlage aus verhindern; im Plankenswald muß die Abortanlage verbessert werden. Ueberall soll hierfür die Müch in abgekochtem Zustand zur Beschaffung kommen. Die Gesamtkosten werden auf etwa 18 340 M. geschätzt, die, um die Bauarbeiten schnelligst in Angriff nehmen und fertigstellen zu können, auf das Dispositionsquantum jetzt „Vorbehaltsmittel“ genannt) angewiesen werden sollen.

Die Versammlung stimmt zu und bewilligt den Betrag.

Die speziellen Entwürfe zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule nebst Hilfschule und Gerätehaus der Parkverwaltung in der Wandelstraße (früher Straße 23b, Abt. XII des Bebauungsplanes), Kostenanschlag 888 000 M., zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule und eines städtischen Dienst- und Wohngebäudes mit Steuerkasse an der Sanzibarstraße (früher Straße 23b, Abt. N.), Kostenanschlag 845 000 M., zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule nebst Parkverwaltungsbau in der Dänziger Straße, Kostenanschlag 910 000 M., und zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule mit Steuerannahmestelle und einer Bezirkswerkstatt für die Parkverwaltung in der Finnländischen Straße, Kostenanschlag 882 000 M., gehen auf Antrag Gremer (N. 2.) an einen Ausschuss.

Das Grundstück Königgräber Straße 70, wovon ein Teil für Verkehrsbedürfnisse (spätere Verlängerung der Lankestraße über den Landwehrkanal zur Königgräber Straße und zum Belle-Alliance-Platz) gebraucht wird, beabsichtigt der Magistrat freihändig für 580 000 M. zu erwerben; es aber gleichzeitig, da bis zur Durchführung der betr. Verkehrsprojekte noch „einige Zeit“ vergehen wird, an die Firma Hermann Ebenstein (Inhaber Ostkar Derris), Rosenstr. 17, zu vermieten. Der Mietpreis soll vom 1. Oktober 1914 auf 6 Jahre jährlich 27 000 M., falls das Grundstück bis 1920 von der Stadt nicht gebraucht wird, bis 1. Oktober 1922, und zwar von 1918 ab 29 000 M. betragen, und für jedes weitere Jahr um 1000 M. steigen. Der Mieter darf das Haus nach dem Projekt des früheren Eigentümers umbauen und erhält zu diesem Zweck das Grundstück schon vor dem 1. Oktober überwiefen.

Stadtdr. Ritter (Fr. Fr.) beantragt, die Vorlage wegen ihrer Komplexität an einen Ausschuss zu überweisen.

Stadtdr. Jürgens (N. 2.) tritt gleichfalls dafür ein, die Vorlage an einen sofort vom Vorstande zu ernennenden Ausschuss geben zu lassen. Die neue Straße könne eventuell so geführt werden, daß sie das fragliche Grundstück überhaupt nicht berühre.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, der sofort vom Vorstand ernannt wird.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 1 1/2 Uhr.

Ist Kinderschutz Kulturarbeit?

Am vergangenen Mittwoch hielt auch der zweite Kreis eine Versammlung für den Kinderschutz ab. Genossin Luise Fiebig bewies in ihrem vortrefflichen Referat, daß Kinderschutz im besten Sinne des Wortes Kulturarbeit ist. Mit großer Sachkenntnis begründete Genossin Fiebig unsere prinzipielle Ablehnung der gewerblichen Kinderarbeit. Deren Folgen sind nicht nur furchtbare körperliche Gefahren wie Herzfehler, Lungenleiden, Blutarmut usw., sondern es drohen ihnen auch sittliche Verwahrlosung (Beweis: die große Zahl jugendlicher Verbrecher), sind vor allem Verächtlich der menschlichen Arbeit. Wie gefährlich die Kinderarbeit auf dem Lande ist, mögen nachstehende Zahlen illustrieren. Im Jahre 1909 zählte man 1792 männliche und 599 weibliche Krüppel unter 16 Jahren, die sich ihre Gebrechen durch landwirtschaftliche Arbeit zugezogen. Fürstbare Anlagen erheben diese Ziffern. Und doch ärgern sich die christlichen Herren Konservativen fromm und gottesfürchtig nur darüber, daß ihren Opfern Unfallrenten gezahlt werden. Als die Referentin die gräßliche Ausbeutung der Kleinen und Kleinsten in der Heimarbeit schilderte, hätte man Tränen der Wut über unsere „so herzlich weit gedachten“ Zustände vergießen mögen.

Die Kinderschutzkommissionen, die von uns gegründet werden mußten, da Vater Staat für den Kinderschutz kein Geld übrig hatte, wollen die Kinder aber auch vor Mißhandlung und Verwahrlosung schützen. Viel Segensreiches ist in dieser Hinsicht schon getan, wenn gleich unsere Leute viel mit der Unwissenheit der Eltern zu kämpfen haben. Die letzteren vertritt man vor allem erzieherisch zu beeinflussen, indem man von Anzeigen möglichst absteht. Der Kinderschutz ist zugleich aber auch eine gute Waffe gegen die Schmutzkonkurrenz der Kinderarbeit. Man bedenke, daß Berliner Durchschnittslöhne für Kinder 3—5 Pf. pro Stunde und 30—50 Pf. pro Tag betragen. Es ergibt sich also, daß beim Kinderschutz neben den rein menschlichen auch die ethische und materielle Pflicht der Arbeiterklasse gegenüber erfüllt wird. Mögen, besonders im zweiten Kreis, sich noch mehr finden, die an dieser Kulturarbeit mitwirken. (Starker Beifall.)

Die sehr interessante Diskussion förderte noch anknüpfendes Material in Hilfe zutage.

Jugendbewegung.

Ungeklärtheiten gegen die Arbeiterjugend.

In Seelm, im schwarzen Rünsterlande, hat sich mit dem Einzug des Bergbaus auch die Arbeiterbewegung und in der Folge die Jugendbewegung entzündet. Die Folge davon ist, daß auch der Kampf der Behörden gegen diese Regungen der Arbeiterklasse einsetzt. Am Montag fand bei zwei Genossen eine Hausdurchsuchung durch zwei Gendarmen statt, bei der alles Erreichbare — Wohnungskennzeichnungen für die „Arbeiterjugend“, Lieberbücher, Befehlsscheine, Flugblätter — mitgenommen wurde. Auch ein Verzeichnis der Annoncen der „Arbeiterzeitung“ und eine Liste der Parteimitglieder verfiel der Beschlagnahme. Die Gendarmen gingen in ungeheurer Weise vor, indem sie keine Zeugen zuzogen. Die betroffenen Genossen selbst waren nicht zu Hause. Wie die Dortmund „Arbeiterzeitung“ mitteilt, sollen auch Verhältnisse aufgeklüht worden sein.

Mitglieder des Kriegsgerichts. Er beantragte, jeden der Angeklagten mit einer Geldstrafe von 300 Mark zu belegen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halver, führte demgegenüber aus: Wenn man einen Kampf gegen Autoritäten führt, so werden sich die Angeklagten trotz größter Sachlichkeit der Kritik leicht beleidigt fühlen. Der Staatsanwalt, der alles Bestehende für unzulänglich hält, wird darüber, ob die Kritik sachlich ist oder nicht, anderer Meinung sein, als die Angeklagten. Diese werden jedenfalls die Ausführungen des Staatsanwalts, der ihnen kolossale Geschäfte vorwarf, nicht für sachlich halten. Der Artikel kritisiert eine Institution, nämlich die Militärgerichtsbarkeit, und läßt eine Absicht, die Richter persönlich zu beleidigen, nicht erkennen. Ein Urteil, welches so allgemeine Erregung hervorgerufen hat, konnte von den Angeklagten natürlich nicht in Form einer akademischen Erörterung kritisiert werden. Sie haben die Angelegenheit vom Standpunkt des Staatsbürgers behandelt, der berechtigt ist, an den staatlichen Institutionen Kritik zu üben, um so mehr, als der Staatsbürger ja als Objekt der Rechtsprechung in Frage kommt. Unter dem frischen Eindruck des Erjarter Urteils, dem ja Tausende, ja Hunderte anderer drakonischer Militärgerichtsentscheidungen vorhergegangen sind, ist der Artikel geschrieben. Er gibt dem Gedanken Ausdruck: Wenn auch das Gesetz so harte Strafen, wie da gefüllt wurden, als Mindestmaß vorgeschreibt, so hätte sich doch unter den Richtern jemand finden sollen, der den Feindernut gehabt hätte, zu sagen: Das mache ich nicht mit, mein Gewissen verbietet mir, in solchem Falle so unerbittlich harte Strafen zu verhängen. Uebrigens ist es nicht richtig, wenn der Staatsanwalt sagt, die Richter konnten nicht anders als die festgesetzten Strafen verhängen. Sie konnten anders, denn sie brauchten den Wirtschaftskreislauf nicht als militärischen Aufbruch zu betrachten. Das ist der Standpunkt des Angeklagten. Es ist ganz natürlich, daß bei auffeherregenden Urteilen die Volkshausung nicht das Gesetz, sondern den Richter für das Urteil verantwortlich macht. Nicht das tote Gesetz, sondern der lebendige Richterspruch ist es, gegen den sich das Volksbewußtsein wendet. Ein Schriftsteller, der an der Hand eines drakonischen Urteils die Sondergerichtsbarkeit des Militärs kritisiert, muß anders beurteilt werden, als es der Staatsanwalt tut. Hier ist die Freisprechung der Angeklagten geboten.

Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu einer Geldstrafe von 300 Mark. Zur Begründung des Urteils jagte der Vorsitzende unter anderem: Der Artikel richtet sich im wesentlichen gegen die Militär Richter und läßt die Absicht der Beleidigung erkennen. Der Artikel verlangt von den Richtern, sie sollten sagen, sie seien nicht in der Lage, mit dem Gesetz zu operieren, und weiter heißt es, die Richter arbeiteten mit der Sicherheit, mit der sie an jedem Romanentwurf ihr Gehalt einstreichen. Dadurch sind die Richter persönlich beleidigt. Zugunsten der Angeklagten spricht, daß sie noch nicht bestraft sind, und daß bei Abfassung des Artikels eine große Erregung über das Urteil herrschte. Erwägend kommt dagegen in Frage, daß den Richtern Mangel an Unparteilichkeit und Sachlichkeit vorgeworfen wird, obgleich sie auf das geschicklich zulässige Mindestmaß erkannt. Wenn von den Richtern verlangt wird, sie hätten ihre Wirkungen an dem Urteil versehen sollen, so ist das etwas Unmögliches, denn es würde eine gröbliche Verletzung ihrer Pflicht sein. Von einer Gefängnisstrafe, die eigentlich in Frage käme, hat das Gericht aus den angeführten Milderungsgründen abgesehen.

Ein Expreß.

Ein gefährlicher Liebhaber, der seine Beziehungen zu einer verheirateten Frau dazu benutzte, um früher Erpressungsversuche zu begehen, mußte sich in der Person des Schlossers Hermann Papöhn aus Neukölln vor der 2. Strafkammer des Landgerichts verantworten. Am 16. März d. J. erhielt eine Frau W. einen anonymen Brief, in welchem sie aufgefordert wurde, binnen drei Tagen nach dem Postamt 3 in der Vestdammstraße in Neukölln die Summe von 100 Mark in Papiergeld zu senden, anderenfalls ihrem Ehemann recht erhebliche Dinge über ihre Auffassung von ehelicher Treue mitgeteilt werden würden. — Nachdem die Empfängerin den Brief der Polizei übergeben hatte, ließ ein zweiter Brief ein, in dem mitgeteilt wurde, daß dem Absender genau bekannt sei, daß sie zu einem gewissen Hermann Papöhn in Beziehungen getreten sei. Das Postamt wurde beobachtet, und als der Expreß verhaftet wurde, entpuppte er sich als der Herr Papöhn selbst, der mit der Frau W. in Beziehungen gestanden hatte. Diese verweigerte vor Gericht auch über diesen Punkt ihre Aussage. — Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten erkannte die Strafkammer nur auf einen Monat Gefängnis.

Aus aller Welt.

Die Hebung des Handwerks.

Dem arg bedrängten Mittelstand ist man in Breslau auf ganz eigenartige Weise beigeprungen. Zur Hebung des Handwerks besteht dort seit längerer Zeit eine Innungsbank, deren Direktor Boockmann vor einiger Zeit verhaftet wurde und dann gegen Stellung einer Kaution von 10 000 M. wieder freigelassen wurde. Wie die Breslauer Innungsbank die Interessen der Handwerksmeister wahrgenommen hat, konnte man in der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Finanzinstituts erfahren. Es wurde festgestellt, daß die Bank durch unglaublich hohe und leichtsinnige Kreditgewährung in große Schwierigkeiten geraten ist; so hat ein Kaufmann Meyer-Rischlein ein mit 660 000 M. zu Buch stehendes Schuldkonto, dessen Schwiegersohn, der Breslauer Staatsanwalt Gayer, mit 190 000 M. engagiert. Der gegen Direktor Boockmann gemachte Vorwurf, Provisionen genommen und falsche Bilanzen aufgestellt zu haben, müsse aufrecht erhalten werden. Die Versammlung beschloß, daß die Aufsichtsrats- und Vorstandsmglieder aus der Zeit des Direktors Boockmann eine Entschädigung von 50 000 M. zu leisten haben. Ferner wurde die Erhöhung der Anteile von 200 auf 400 M. beschlossen, was bei einer Mitgliederzahl von 1600 einer Kapitalvermehrung von 360 000 M. entspricht. Die Bilanz für das Jahr 1913 zeigt einen Verlust von 314 000 M.

Zum Brande des Dampfers „Columbian“.

Bisher ist es noch nicht gelungen, das dritte mit 17 bis 20 Personen besetzte Boot des Dampfers „Columbian“ aufzufinden. In der Nähe der Unglücksstelle sind mehrere Dampfer auf der Suche nach dem vermissten Boot. Es wird befürchtet, daß das Boot gekentert und die Insassen ertrunken sind. Ueber die Katastrophe gibt der Kapitän des Dampfers „Columbian“ folgenden Bericht: Das Feuer ist Sonntag um Mitternacht bei Luze 1 ausgebrochen. Es wurde sofort alarmiert und ein Schlauch gegen die brennende Luze gerichtet. Einige Minuten darauf ereignete sich eine schreckliche Explosion und zerstörte Maschinenraum und Marconiapparat. Die Mannschaft verließ die „Columbian“ um 12 1/2 Uhr in drei kleinen Booten. Das Schiff war in Flammen gebüllt. Der fünfte Maschinist starb im Boot, der zweite wurde bei der ersten Explosion getötet. Ein Hilfsmaschinist ertrank bei dem Versuch, ein Boot zu erreichen. Der Cunarddampfer „Franconia“ ist mit den Ueber-

lebenden des „Columbian“ in Boston angekommen. Sie tragen alle Spuren ihrer Zerknirschung im Boote; viele sind durch Brandwunden entstellt.

Eine folgenschwere militärische Übung.

Bei den militärischen Übungen, die die 4. Batterie des Brandenburgischen Feldartillerieregiments Nr. 3 am Donnerstagvormittag auf dem großen Exercierplatz bei Brandenburg an der Havel unternahm, stürzte beim Durchfahren einer Sandgrube eines der Geschütze um und begrub die beiden darauf sitzenden Bedienungsmannschaften unter sich. Dem Kanonier Hennig aus Berlin wurde der Schädel zerquetscht, so daß die Gehirnmasse herausstrat. Der unglückliche Soldat, der im ersten Jahre diente, war auf der Stelle tot. Der zweite der verunglückten Soldaten wurde lebensgefährlich mit scheinbar schweren Verletzungen in das nahegelegene Vorwerk Silo getragen, wo aus Brandenburg herbeigeholte Militärärzte ihm die erste Hilfe brachten.

Kleine Notizen.

Ein Nord in der Mark. Am Mittwoch mittig wurde im Dorfe Zielau bei Kottbus der 77 Jahre alte Aufgehender Stopper in seiner Behausung mit gespaltenem Schädel tot aufgefunden. Von dem Mörder, der in der Wohnung alles unberührt ließ, hat man bis jetzt keine Spur. Schwere Automobilunfälle. Als Mittwoch abend auf der Chaussee zwischen Ewerhad und Walden (Hessen) ein Automobil eines Fuhrwerks ausweichen wollte, brachste der Führer zu Fall, und das Fahrzeug überschlug sich. Der Eigentümer Redwitz, Baden-Baden, Mitbesitzer der Badischer Zigarettenfabrik, wurde sofort getötet, der Chauffeur erlitt schwere Verletzungen. Zum österreichischen Auswandererandal. Die Hamburger Polizei verhaftete auf Veranlassung der österreichischen Behörde den Auswanderungsagenten Kuppermann, weil er an dem österreichischen Auswandererandal beteiligt ist und Militärpflichtige auf österreichischem Gebiete zur Auswanderung veranlaßt hat. Österreich hat die Auslieferung des Verhafteten erbeten. Bis das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen feststeht, bleibt Kuppermann jedoch in Hamburg in Haft. Die sächsische Polizei im Kampfe gegen den Geburtenrückgang. Die Dresdenener Polizei nahm umfangreiche Hausdurchsuchungen in 42 Gummivareregeschäften nach Probalen und Gummipfeifen vor, wobei viel Probalenmaterial beschlagnahmt wurde.

Spiel und Sport.

Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“. Mitteilungsblatt Berlin. Tourneepan zum Sonntag, den 10. Mai. 1. Abt. Freitag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Rixdortour bei Nappo, Teanowitzer Str. — Sonntag, den 10. Mai, früh 5 Uhr: Chochingen-Oberberg. Nachmittags 1 1/2 Uhr: Bernau (Salzmann). Start: Bahnhofsstr. 58. 2. Abt. Sonnabend, den 9. Mai, abends 7 Uhr: Oberstraße-Kirpe-Simpelkendera-Schleusenanlagen-Uberberg-Freienwalde-Beinhausen. — 10. Mai 1 Uhr: Egerdort (Berendt). Start: Fontane-Promenade. 3. Abt. Sonntag, den 10. Mai, früh 6 Uhr: Neue Röhle (Haldschlägen). Mittags 12 Uhr: Schenkenberg (Wald). Start: Rauscher Platz 12. 4. Abt. Früh 6 Uhr: Ranke (Schloßpark). Nachm. 1 Uhr: Königsplatz (Waldhaus). Start: Müllersplatz. 5. Abt. Sonntag, den 10. Mai, früh 8 Uhr: Brandenburg (Stiftungsplatz). Abends zurück 6 Uhr. Nachmittags 1 Uhr: Rixdortour (Brennd). Start: Behrenstraße, Ecke Remeler Straße. 6. Abt. Früh 6 Uhr: Baldour, Richtung Kauen. Nachmittags 1 Uhr: Jalkenpark-Seegebiet. Start: Oberberger Straße 29 (Zum Deutschen Kasse). 7. Abt. Früh 5 1/2 Uhr: Schmelowsee (Kellermann Palast). Weberstraße 26. Mittags 12 Uhr: Wannsee (Fürstlich). Start: Schulstr. 24. 8. Abt. Früh 5 Uhr: Rudow, Markt, Schwel (Schwitzerhaus). Nachmittags 1 Uhr: Brandmühle bei W. Landberg (Kegel). 9. Abt. Nachm. 1 Uhr: Familien-tour Schwanbe (Wille). Start: Biele, Schillingstr. 2. 11. Abt. Mittwoch, den 13. Mai: Herdebusch. Start früh 9 Uhr Verbandshaus, Ge. Hamburger Str. 18/19. 12. Abt. Motorfahrer früh 9 Uhr: Wandly (Leefung). Start: Prenzlauer Promenade, Ecke Heinersdorfer Straße (Weihen). Gäste willkommen. Bezirk 21 (Niederbarnim) am Sonntag, den 17. Mai: Bezirks-tour Liebenwalde und Demminburg. Sammelstart früh 9 Uhr für den 1., 3., 4. Unterbezirk in Wühlend bei Darsch, für den 2. Unterbezirk früh 9 Uhr bei Wühlend in Wandly. Die Bezirksleitung. Vantow-Niederbarnim am Sonntag, früh 7 Uhr: Ranke, Heßler, Bielehof. Start: Vantow, Mühlstr. 31. Charlottenburg, früh 10 Uhr nach Schenkenberg bei Königs-Wusterhausen (Wald). Start: Volkshaus, Rosenstr. 2. Lichtenberg, 1. und 2. Abt.: Hennisdorf (Wachtelburg) früh 8 Uhr und mittags 1 1/2 Uhr. Start: Pöckerstr. 74. Bernau, Sonntag, den 17. Mai: Bernauwägen. Start: 12 1/2 Uhr mittags, ab Bezirksplatz, Lenzler, Weiler 2. Legel 7 Uhr vorm. Schmelowsee, nachmittags 2 Uhr: Wesselde. Start! Schönberg, Schenkenberg bei Königs-Wusterhausen (Wald). Start 9 Uhr vorm. bei Gen. Adl. Neukölln, Stork (Wägen), Lokal Hoppe, Reichenswalder Straße. Start: früh 4 Uhr Hohenzollernplatz. Nachmittags: Schenkenberg bei Königs-Wusterhausen. Start: 12 Uhr Hohenzollernplatz. Wilhelmsdorf, Sonntag, den 10. Mai, morgens 5 Uhr nach Brandenburg a. d. H. (Bezirksplatz des 25. Bezirks), mittags 1 Uhr nach Saanwinkel. Start: Wilhelmstour am Central. Eberich-Barnim, Mittags 12 Uhr nach Hennisdorf. Start: 14. Schiffer, Siemensstr. 28. Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Groß-Berlin“. Sonntag, den 10. Mai, früh 5 Uhr nach dem Schwansee, 65 Kilometer (Wend. Hieb). Anfahrtsort: Bf. Neukölln. — Nachm. 1 Uhr nach Rüggeheim (Zur großen Kruppe). Anfahrtsort: Bf. Leptow. Turner. Am Sonntag, den 10. Mai, finden folgende Veranstaltungen des Turnvereins „Nichte“ statt: 3. Männer- und 5. Frauen-Abteilung: Familienpartie nach Friedrichshagen-Ravensberger Wäldchen-Gebrüder-Waldhof-Edel (Waldhof). Treffp. 8 Uhr früh Schloß. Bf. 4. Männer-Abteilung: Nach Trebersdorf-Bäcker-Küngersee-Kellerei-Barnagrund-Teufel. Treffp. 1/2 Uhr Schloß. Bf. 10. Männer-Abteilung: Turnfahrt nach Bernau-Weinsee-Bienenthal. Treffp. 6 30 Uhr. Boretzsch. Abm. 6 40 nach Bernau, Gehlendorferweg 6 40. 9. Männer-Abteilung: Nach Gorinsee. Treffp. 1/2 1/2 Uhr am Rietelbühl. Fahrt von Gehlendorferweg nach Buch. Nachm. von Buch bis Gorinsee. Um 12 Uhr Abmarsch der Nordabteilungen nach Bernau. Partie der Nordabteilungen nach Bernau. Die Abteilungen treffen sich pünktlich um 12 Uhr am Gorinsee. Um 1 Uhr Abmarsch nach Bernau. (Gäste herzlich willkommen.) 15. Männer-Abteilung: Treffp. 5 45 Uhr Steiner Bahnhof, Fahrt bis Wehagen. Nachm. nach Schönholz, Rosenkniegel entlang über Bienenfeld nach Spedthausen, Schwärze, Schwärze, Kleiner und Großer Sammel, Hünswitz, Bienenfeld. Oberhörsnauweide. Partie nach Werder. Abmarsch früh 5 Uhr vom Rietelbühl nach Rietelbühl. Abfahrt dort 5 45 Uhr bis Goldham. Frühmahlstafel Rietel-Wilhelm-Str. 33 bei Holzmann. Freie Turnerschaft Neukölln-Grün. Am Sonntag, den 10. Mai, findet eine alljährliche Turnpartie des Vereins statt. Treffpunkt sämtlicher Abteilungen nachm. 4 Uhr in Petershagen, Restaurant zum Alten Dehner. 1. Frauen-Abteilung: Abfahrt 7 Uhr vom Bahnhof, Neukölln nach Schloß, Wehagen, von hier nach Straußberg, am Schloßweg entlang nach Petershagen. Gäste willkommen! 1. Männer-Abteilung: Abfahrt 6 38 Uhr vom Bahnhof, Neukölln nach Trebersdorf. Nachm.: Brandmühle-Epithmühle-Straußberg-Schlammühle-Petershagen. Die Freie Turnerschaft Vohndorf veranstaltet am Sonntag, den 10. Mai, auf dem Spielplatz der Arbeiter-Baugenossenschaft Paradies ihr diesjähriges Anturturn. Beginn 2 Uhr nachm. Zum Austrag kommen:

Rückwärts der Männer-Abteilung, Dreikampf der Damen-Abteilung und Dreikampf der Jugendlichen. Nachdem Spiele. Gäste willkommen!

Fußball.

Wärtische Spiel-Vereinigung, Bezirk Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Reinisdorfer Fußballklub gegen Oberpreze in Reinisdorf, Schillerpromenade. Vorher spielen die 2 Mannschaften. Die Spiele der 2. Klasse beginnen um 5 Uhr. Neuköllner Sportklub „Sperber“ 1912. Zur Einweihung seines neuen Sportplatzes veranstaltet der Neuköllner Sportklub „Sperber“ 1912 I auf seinem Sportplatz in Neukölln, Adamiße Wiese 123, große Fußballwettkämpfe gegen B. F. S. Friedrichshagen I. Vorher treffen sich die zweiten Mannschaften beider Vereine. Spielanfang ist für die erste Mannschaft um 1/2 Uhr, für die zweite Mannschaft 2 1/2 Uhr. Freunde und Gönner des Fußballsports sind hierzu freundlichst eingeladen.

Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 10. Mai, werden folgende Touren unternommen: Ortsgruppe Berlin: Oberswalde, Werbellinsee, Abfahrt Steintiner Fernbahnhof 5 30 Uhr vormittags. Exkursion der wissenschaftlichen Abteilung nach Jüterbog. Abfahrt Lehrter Hauptbahnhof 7 30 Uhr vormittags. Rahnsdorf, Rühensdorf, Straußberg. Abfahrt Schleißer Bahnhof 5 30 vormittags. Potsdam, Pehow, Gündow, Werder. Abfahrt Potsdamer Bahnhof 6 30 Uhr vormittags. Spandauer Stadtwald. Abfahrt Lehrter Hauptbahnhof 1 35 Uhr nachmittags. Rinderlour. Rahnsdorf, Schöneiche, Friedelshagen. Treffpunkt Schleißer Bahnhof (Ecke Prudt- und Wadostraße) 7 Uhr vormittags. Ortsgruppe Neukölln: I. Königsmusterhausen, Arminiensee, Königsmusterhausen. Abfahrt Lehrter Bahnhof 6 10 Uhr vormittags. II. Zehlendorf, Grunewald. Abfahrt Bahnhof Neukölln 6 28 Uhr. Ortsgruppe Steglitz: Rahnitz, Heßler, Kiepnitz, Bernau. Abfahrt Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau 5 06 Uhr vormittags, Steintiner Fernbahnhof 5 30 Uhr vormittags. Am 14. Mai. Monatsversammlung bei Emil Kants, Pflanzstraße 4, Ecke Poststraße, abends 8 Uhr. Gäste stets willkommen. Zu Pfingsten finden drei tägliche mehrtägige Gesellschaftsfahrten nach Rügen und in die Sächsische Schweiz statt. Ausführliche Programme und Teilnehmerlisten sind zu haben bei Heine, Bogenstr. 19; Kruse, Rantzenstraße 11 und Blasenstein, Schillingstr. 17/18. Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin (Mitglied der Zentralkommission für Sport und Körperpflege). Sonntag, den 10. Mai, Wanderungen: 1. Hangelberg, Kauen, Rixdortour. Abfahrt nach Hangelberg Schleißer Bahnhof 5 30. 2. Jüterbog, Treieland, Jüterbog, Bellen. Abfahrt nach Jüterbog Lehrter Hauptbahnhof 6 30. 3. Abteilung Rixdortour. Jüterbog, nördl. Gommengrund, Jalkenberg. Abfahrt nach Rixdortour Lehrter Bahnhof a) Sonnabend abends 8 30, vorher Treffpunkt Heilandsstraße, Kurmstraße, 7/7; b) Sonntag früh 5 30 Belegener Bahnhof 4 1/2. Ortsgruppe Köpenick: Sonntag, den 10. Mai: Wanderung von Hangelberg nach Rayke, Hoppegarten, Neue Röhle, Liebenberg, Hangelberg. Treffpunkt 1 45 Uhr Schloßpark. Pfingsten findet eine mehrtägige Tour durch die Sächsische Schweiz statt. Näheres bis 20. Mai bei B. Ruxner, Landjägerstr. 7.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.

Sonntag, den 10. Mai: I. Wanderfahrt nach Jüterbog-Treieland-Banin-Jüterbog-Wehlard. Abfahrt 6 28 Lehrter Hauptbahnhof. Weglänge 35 Kilometer. Gäste willkommen. II. Oberpreze-Wanderfahrt. Wübbenau-Redde-Reipe-Königl. Erlenwald-Rana Wäldchen-Waldhof-Rühensdorf. Keine Fahrzeugwanderung. Teilnehmerlisten a 5 30 R. für Bahnfahrt 3. Klasse und Rahnfahrt sind in unserer Geschäftsstelle Reich Wäldchen, Stalher Str. 22, und Georg Wehmann, Grünstraße 21, zu haben. III. Rührung. Pfingstfabriken. Unser Verein veranstaltet während der Pfingstfeiertage folgende Wanderfahrten: 1. Dreitägige Wanderfahrt nach der Insel Rügen. 2. Drei wärtische Wandertage. 1. Tag: Gorkow-Janzhammer-Janzahl-Janzhausen-Wübbenau. 2. Tag: Gorkow Wäldchen-Wäldchen-Berlingener See-Beilingen. 3. Tag: Ringenwalde-Deu-neuden-Kerbenbrücke-Die Röhle-Jücker. Gäste und Mitglieder, welche an den Pfingstfabriken teilnehmen wollen, werden gebeten, am Freitag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in unserem Vereinslokal Reich Wäldchen, Stalher Str. 22, zu erscheinen.

Schwimmer.

Schwimmerverein „Vorwärts“ Berlin 1897. Folgende Veranstaltungen finden am Sonntag, den 10. Mai, statt: Abteilung Oberberger Straße: Partie nach Bernau-Kiepnitz. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr am Bahnhof Gehlendorferweg, Eingang Brunnenstraße. — Abteilung Bar Waldstraße: Jugendversammlung, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Herrn Wäldchen, Stalher Str. 22; nachmittags 2 Uhr: Partie Rumb um den Steinhilber. Treffpunkt am Schleißer Bahnhof, Untergommbahn. — Abteilung Rixdortour-Damm: Jugendversammlung, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Herrn Hegert, Neukölln, Weilerstr. 55. — Abteilung Kurmstraße: Jugendversammlung, nachmittags 3 Uhr, bei Herrn H. Weh, Kurm, Ecke Stromstraße. — Sonntag, den 11. Mai, abends 9 Uhr: Damenversammlung bei Herrn Hoppe, Rixdortour Str. 161. — Dreitägige Pfingstpartie nach dem Herz. Teilnehmerversammlung am Sonnabend, den 23. Mai, bei Herrn Bringmann, Kurmstraße 26. Die Leitungswache des Arbeiter-Schwimmerbundes, Kreis I (jetzige Bezirksleitung Arbeiter-Wanderbund) bringt hier zur bequemen Erläuterung des Vereinen und Verbänden bei Veranstaltungen am Wasser in Erinnerung. Die Adresse des Obmanns ist J. Wenzel, Weihen, Wäldchen 12. Arbeiter-Zamariterbund, Kreis Brandenburg. Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Neukölln, 5. Abt. Freitag, den 8. Mai, Weidstr. 6 (Deals-passage). Schönberg, 3. Abt. Donnerstag, den 14. Mai, Boretzsch, 9 bei Gündel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde fällt morgen Sonnabend, den 9. Mai, aus. 7. 1. Der Unterhalt kann in überlebensfähigen Nalen im voraus geordert werden. Aus dem vorhandenen Urteil kann im Falle der Summris Zwangsvollstreckung verlangt werden. Die nichtausgelegten Ansprüche der Frau Könten noch nachträglich angefragt werden. 2. Die Sprechstunden für die einzelnen Abteilungen sind verschieden, sehen Sie im Überblick, 2. Teil, Seite 49 nach. 3. Zur Abklärung der Rechnung sind Sie verpflichtet. Kommen Sie der Anforderung nicht nach, so kann Befragung einleiten für den Fall, daß Sie nach Eclairierung wieder zurückkehren. 7. 2. 73. 1. Rein. 2. Den Betrag müssen Sie sich zum Gehalt kürzen lassen. Im übrigen können Sie das Gehalt verlangen. Geben Sie Klage beim Kaufmannsgericht. — J. S. 30. * Zentrale für Auswanderer Berlin, am Karlsbad 9/10. — J. S. Rein. — G. B. 500. Bringen Sie direkt bei der Igl. Eisenbahndirektion Berlin, Schönberger Ufer 1-4, an.

Witterungsübersicht vom 7. Mai 1914.

Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter
Swinowde	753.8	S	11	wolkenl.	6	756.8	S	11	wolkenl.
Hamburg	753.8	S	10	bedeckt	7	757.8	S	11	bedeckt
Berlin	753.8	S	10	bedeckt	8	758.8	S	11	bedeckt
Frankfurt	753.8	S	10	bedeckt	9	759.8	S	11	bedeckt
München	753.8	S	10	bedeckt	10	760.8	S	11	bedeckt
Wien	753.8	S	10	bedeckt	11	761.8	S	11	bedeckt

Wetterprognose für Freitag, den 8. Mai 1914. Ein wenig kühl, zeitweise aufklarend, aber vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau. Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche Land bis Sonntag mittig: Vorwiegend wolkig mit öfter niederholenden, zum Teil erheblichen Regenschauern. Zeitweise aufklarend. Temperatur im allgemeinen nur wenig verändert.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Frisches Fleisch

Ochsenfleisch
 Roastbeef mit Knochen . . . Pfund 1.00
 Roastbeef ohne Knochen . . . Pfund 1.40
 Filet mit Kopf, im ganzen . . . Pfund 1.10
 Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund 80 Pf.
 Schmorfleisch ohne Knochen . . . Pfund 95 Pf.
 Kamm und Brust . . . Pfund 65 Pf.
 Gehacktes . . . Pfund 60 Pf.
 Roher Talg . . . Pfund 50 Pf.

Kalbsteisch
 Keule im ganzen . . . Pfund 1.00
 Keule geteilt . . . Pfund 1.10
 Kanin u. Bug . . . Pfund 75 Pf.
 Brust . . . Pfund 80 Pf.
 Spitze 3-4 Pfd. . . . Pfund 90 Pf.

Wurstwaren

Zerelat u. Salami . . . Pfund 1.15
 Rollschinken ca. 6 bis 8 Pfd. . . Pfund 1.40
 Mausschinken ca. 2 bis 3 Pfd. . . Pfund 1.20
 Schinkenspeck i. Stücken von 1 1/2-4 Pfd. Pfd. . . 1.10
 Magerer Speck . . . Pfund 85 Pf.
 in halben und ganzen Sollen Pfd. . . 78 Pf.
 Fetter Speck Pfd. 70 Pf., 4 Pfd. 2.60

Aus eigener Wurstfabrik
 Rotwurst . . . Pfund 45, 65 Pf.
 Jagdwurst . . . Pfund 1.00
 Landleberwurst . . . Pfund 85 Pf.
 Pastetenleberwurst Pfund 1.05
 Bauernmettwurst . . Pfund 1.10

Koch-, Backbutter Pfd. 1.00, 1.10
 Tischbutter Pfd. 1.18 1/2 Pfd. 59 Pf.
 Tafelbutter Pfd. 1.25 1/2 Pfd. 63 Pf.
 Tafelschmalz . . . Pfund 62 Pf.
 Schweizer Käse . . . Pfund 78 Pf.
 Tilsiter Käse . . . Pfund 65 Pf.
 Limburger Käse . . . Pfund 35 Pf.
 Camembert . . . 2 Stück 35 Pf.
 Echte Mecklenbg. Land-Kümmelkäse . . . 3 Stück 20 Pf.
 Speisequark Stück 10 Pf.

Suppen-, Brathüh. St. 2.40, 2.80
 Jg. Hühner St. 90 Pf., 1.35, 1.70
 Mast-Hühner . . . Stück 3.20
 Tauben . . . Stück 48, 68, 85 Pf.

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . Pfund 14 Pf.
 Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . Pfund 14 Pf.
 Rotzungen 15, Schellfisch 25 Pf.
 Hornaale Pfund 20 Pf.
 Frisch grün, Heringe Mai 20 Pf.
 Leb. Aale Pfund 80 Pf., 1.00, 1.20
 Lebende Plötzen . . . Pfund 35 Pf.

Räucherwaren

Kieler Bücklinge 3 Stück 10, 20 Pf.
 Ahlbecker Flundern Pfund 35 Pf.
 Kräuter-, Bismarck-, Brat- u. Gelee-Heringe 1 Liter-Dose 43 Pf.

Obst und Gemüse

Hiesiger Spargel Pfund 15, 28 Pf.
 40, 55 Pf., Riesen . . Pfund 68 Pf.
 Erdbeeren 68 Pf. Ananas 58, 68 Pf.

Gurken . . . Stück 18, 20, 25 Pf.
 Junger Spinat . . . 3 Pfund 20 Pf.
 Salat Kopf 5 Pf.
 Rhabarber 6 Bund 10 Pf.
 Radieschen 8 Bund 10 Pf.
 Austral. Aepfel Pfund 38, 45 Pf.
 Kartoffeln Sacke 25 Pf., Pfund 1.95
 Zusendung durch die Packfabrik 40 Pf.

Todes-Anzeigen

Am Mittwoch, den 6. Mai, mittags 1/2 Uhr, nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn und Bruder, der Dreher

Paul Marx
 im Alter von 21 Jahren.
 Die trauernden Eltern und Geschwister.
 Calmstr. 6.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. Mai, um 4 Uhr von der Halle des St. Johannis-Kirchhofes in Blöchersee aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Paul Marx
 Calmstr. 6, am 6. Mai an Lungenerkrankung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in Blöchersee aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 115/1 Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege und Vorstandsmittglied

Paul Vens
 im Alter von 27 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichshagen von der Friedrichshagen-Halle aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 7. Mai, nach unser Mitglied

Albert Neumann.
 Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Montag, den 11. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Schöneberger Friedhof II (Weiße Halle).
 Um rege Beteiligung ersucht
 142/12 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters

Albert Mehlmann
 sagen wir allen Beteiligten, dem Beerdiger, dem Zentralverband der Steinarbeiter und den Patienten von Grabowsee unseren tiefgefühltesten Dank.
 12321
 Ww. Auguste Mehlmann und Kinder.

Dankfagung.
 Für die liebevolle Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter allen Verwandten und Bekannten unseren innigsten Dank.
Armin Freimuth
 nebst Kindern.
 113a

Für die herzliche Teilnahme, die uns beim Tode meiner unversorglichen Frau, unserer guten Mutter **Karoline Bodinka** von allen Seiten übermitteln wurde, auf diesem Wege besten Dank.
 1900b
J. Bodinka und Kinder.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters

Albert Köpke
 sage ich allen Beteiligten meinen aufrichtigsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Minna Köpke geb. Krüger.

Tischler - Verein zu Berlin.
 S. u. G.
 Sonntag, den 10. Mai:
 Herrenpartie nach Fichtenau.

Für Nachzügler: Pferdebusch.
 Abfahrt: früh 7 1/2 Uhr vom Schlesischen Bahnhof.
 Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
 285/4
Der Vorstand.

Magennüß
 Bei Verdauungsstörungen, Appetitmangel, vorzeitigem Magen, Sodbrennen, Blähungen, Magendrücken und -Schwäche, Magenkrampf, Uebelkeit mit Erbrechen, überhaupt Magenbeschwerden sind

Reichel's Magentropfen
 von nachweisl. erprobter Wirkung u. nachweislich wie Balsam auf den trauten Magen.
 Flasche 80 Pf. echt nur mit u. 2 N. Einzig. Marke „Medico“
 Wenn in Drogerien nicht erhältlich, durch **Otto Reichel**, Berlin 42, Eisenbahnstr. 4

Henkel's Bleich-Soda
 für alle Küchengeräte

Schnupfer! achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um Goldfarb echt zu erhalten!



Health snuff tobacco.
 Tabac à priser de santé.
 Tabaka do zazywania dla zdrowia.
 Tabacco da naso alla salute.

Ohne Anzahlung

Besten an jedermann
Möbel auf Kredit
 bei Zahlung eines Monatsrats laut Vereinbarung u. bequem. Anzahl. komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farb. Küchen, Partiar, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung. — Ferner: Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
 Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN, Weinmeisterstr. 9
 Ecke Alte Schützenhaus Str.



PUCK
 Qualitäts
 3 3
 Cigarette

Grosser Pfingst-Verkauf

auf Teilzahlung
15% Rabatt
 erhält Vorzeiger dieses Inserates sofort auf die von ihm gewünschte Anzahlung vergewöhnet ohne Anzahlung
 jedoch liefern ich an Beamte und Kunden, die bei mir oder anderweitig ein entsprechendes Konto besitzen und prompt erledigt haben. Achten Sie auf
blauweisse Schilder
 und auf meine einzig dastehende Firma

KREDIT-FEDER

Zentral: Norden
 1 Brunnenstr. 1
 Eing. Weinbergweg 20
 Filiale: Osten
 Frankfurter Allee 89
 Filiale: Süden
 Hofstr. Dama 103
 Filiale: Westen
 Charlottenbrg.
 Scharrenstr. 5
 In grosser Auswahl

Anzüge Paletots Kostüme Kleider
 Damen-Hüte Stang.-Reiher Feine Wäsche Schuh - Waren Gummimäntel
 Kein Kredithaus Berlins
 unterhält auch nur annähernd eine so grosse Auswahl wie

KREDIT-FEDER

Ziehung 12., 13., 14., 15., 16. Mai Geld-Lotterie

zum Ausbau der Veste COBURG
 360000 Lose, 17553 Geldgewinne — Mk.
360000
100000
50000
10000
5000

Coburger Gold-Lose à 3 Mk.
 Porto und Liste extra 30 Pfg.
Lud. Müller & Co.
 in Berlin W., Werderscher Markt 10.
H. C. Kröger
 in Berlin W., Friedrichstr. 159 a.
 In allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und dem Preuss. Landes-Krieger-Verband, Berlin, Gieselerstr. 2

Abessinier Brunnen
 zum Selbststellen für 3 m Tiefe schon von 12 Mark an. Hofpumpen, Garten- u. Druckpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Ausführliche Preisliste gratis.
Koblanck & Co.
 Pumpenfabrik, Berlin N. Reinickendorfer Straße 95.

Billige Parzellen!

direkt am Bahnhof, westlicher Vorort, zum Bau von Eigenheimen besonders geeignet. Kleine Anzahlung. Geringe jährliche Zahlungen. Guter Boden. Bauvorzelle n. 2000 R. inkl. Straßenpflaster, Prospekt, Pläne etc. kostenlos. Schreiben Sie sofort, da nie wiederkehrende Gelegenheit.
M. F. Buchholz, Berlin NO.
 Kniprodstr. 19. [29138]

Bruchbandagen
 Leibbinden, Geradehalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfohlen

Fabrikant Pollmann,
 jetzt Berlin N., Löhninger Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69.

Sozialdemokrat. Flugchriften:
 20.

Sozialdemokratie und Militärvorlage.
 21.

Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge.

Referat v. Joh. Timm-München erstattet auf dem Parteitage zu Jena 1913.

Der Preis beträgt pro Heft 10 Pfennig. 249/5

Der verhaftete Stadtverordnete.

Ein Bravourstück der Charlottenburger Polizei.

Ein Fall unerhörter Eistierung eines Stadtverordneten in Charlottenburg, von dem wir infolge verspäteter Berichterstattung leider erst heute Mitteilung machen können...

Als dem Magistrat bekannt, daß die Charlottenburger Polizei in der Sophie-Charlotten-Straße ruhig ihres Weges gehende Bürger vom Fleck fort verhaftet und auf der Polizeiwache festhält?

Die Verlesung der Interpellation rief unter einem Teil der bürgerlichen Stadtverordneten Heiterkeit hervor. Das Gelächter löste sich aber sofort, als Genosse Hirsch in der Begründung ausführte...

Eberbürgermeister Dr. Scholz gab die Erklärung ab, daß ihm von den Vorgängen nichts bekannt sei; er sei aber bereit, Erkundigungen einzuziehen und dann die Interpellation zu beantworten.

Diese Erklärung war vorauszusetzen. Auf Antrag Hirsch wurde dann auch einstimmig beschlossen, in einer späteren Sitzung in die Besprechung der Anfrage einzutreten.

Neben dem Vorgang selbst wird uns geschrieben: Seit dem gestrigen Anfall am 1. April ist nun über ein Monat ins Land gegangen — für die Polizei die höchste Zeit, auf neue Heldentaten auszugehen...

Den Höhenamt erreichte der polizeiliche Eifer am Mittwoch, nachmittags. Der Stadtverordnete Genosse Richter passierte zu der Zeit die Sophie-Charlotten-Straße. Er hatte das Pech, einen der Streikenden näher zu kennen...

Der Herr Wachtmeister Kieffo, Fredericistr. 13 wohnhaft, kann es aber nicht ungesühnt lassen, daß jemand mit einem Streikenden anders als in dem jetzt kleinbar üblichen Ton gesprochen hat...

Er hat keine Zeit, darüber nachzudenken, denn schon wird der Herr Wachtmeister ungeduldig. Trotzdem Richter ruhig weitergeht, wird er wiederholt mit der Drohung angeharrt: Ich bringe Sie zur Wache; und als Richter erkannt, fragt: Was wollen Sie denn von mir?

So wurde ein Stadtverordneter in Charlottenburg zur Wache gebracht. Auf seinen energischen Protest ließ man ihn bald freilassen. Auf seinen energischen Protest ließ man ihn bald freilassen...

Parteiangelegenheiten.

Der Kursus der Bibliothekare

beginnt am Montag, den 11. Mai, 1/9 Uhr abends und findet statt im Saal des Gewerkschaftshauses. Wir bitten die Teilnehmer, sehr pünktlich zu erscheinen.

Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin.

Zechster Wahlkreis.

Die ordentliche Kreis-Generalversammlung findet am Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110, statt.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Wahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. 5. Erledigung der gestellten Anträge. 6. Vorschlag der Delegierten zum Internationalen Kongreß. 7. Vorkommende Tagesordnung wird in den am Montag, den 18. Mai, stattfindenden Abteilungsversammlungen beraten.

Die jugendlichen Mitglieder der Gruppe Noabit veranstalten am Sonntag, den 10. Mai, eine Tagespartie nach Bernau, Nehdorf, Prenden, Lanke, Hellsee, Labeburg, Bernau.

Treffpunkt: präzise 7 Uhr Bahnhof Butligstraße. Zahlung 20 Pf. Lieberbücher und Proviant sind mitzubringen. Der Vorstand.

Adlershof. Die Bibliothek des Wahlkreises wird für die Kinder am Sonnabend, den 9. Mai, für Erwachsene und die Jugend am Montag, den 11. Mai, eröffnet. Ausgabzeit regelmäßig Sonnabends von 1/2 bis 7 Uhr, Montags von 1/2 bis 9 Uhr.

Pankow. Am Sonntag früh 8 Uhr: Auswertungsverteilung in den Gruppen 1, 2, 3, 6, 7, 8 und 17. Heute abend 8 Uhr: Auswertung bei Lorenz, Brechmeier, 47/48.

Cranienburg. Heute Freitag: Flugblattverteilung. Gruppe I von Lorenz, Habelstr. 5, II von Großmann, Nühlenstr. 31, und III von Beyhold, Schützenstr. 34, aus.

Berliner Nachrichten.

Mitarbeit in der Wohnungspflege.

Die Wohnungsaufsicht durch die Gemeinde ist endlich auch für Berlin geschaffen worden. Sie ist so organisiert, daß die Tätigkeit des Wohnungsamtes und seiner Beamten durch die Mitarbeit ehrenamtlich hinzugezogener Personen unterstützt wird.

Die Mitarbeit der Frauen ist als nötig und unentbehrlich erkannt worden, aber nach den bisher durch die Stadtverordnetenversammlung vollzogenen Wahlen für die Wohnungskommissionen fehlt noch in mancher dieser Kommissionen eine Frau. Daß die Mitarbeit auch der in der Wohnungspflege tätigen Frauen nützlich wäre, ist die Meinung des Dr. Laporte, Direktors vom Wohnungsamt.

Die Mitarbeit der Frauen ist als nötig und unentbehrlich erkannt worden, aber nach den bisher durch die Stadtverordnetenversammlung vollzogenen Wahlen für die Wohnungskommissionen fehlt noch in mancher dieser Kommissionen eine Frau. Daß die Mitarbeit auch der in der Wohnungspflege tätigen Frauen nützlich wäre, ist die Meinung des Dr. Laporte, Direktors vom Wohnungsamt.

Die Mitarbeit der Frauen ist als nötig und unentbehrlich erkannt worden, aber nach den bisher durch die Stadtverordnetenversammlung vollzogenen Wahlen für die Wohnungskommissionen fehlt noch in mancher dieser Kommissionen eine Frau. Daß die Mitarbeit auch der in der Wohnungspflege tätigen Frauen nützlich wäre, ist die Meinung des Dr. Laporte, Direktors vom Wohnungsamt.

Zur Mitarbeit in der Wohnungspflege mittels der Wohnungskommissionen hält selbstverständlich auch die Hausbesitzerliste sich berufen. Das Recht hierzu werden die Hausbesitzer sich nicht streitig machen lassen, vielmehr werden sie auch in den Wohnungskommissionen für sich und ihre Gattinnen ein vollgerüttelt Maß von Einfluß beanspruchen.

Entscheidungen mehr Ansehen und Gewicht verleihen. Was die Wohnungskommissionen gut heißen, soll — laut Raporte — als ein Wort der öffentlichen Meinung gelten. Wir sind neugierig, wie in diesen Kommissionen die Hausbesitzer und Hausbesitzergattinnen sich mit ihrer Aufgabe, Richter sozusagen in eigener Sache zu sein, abfinden werden.

Volksvorstellung im Deutschen Opernhaus

Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr.

Zur Aufführung gelangt:

„Die lustigen Weiber von Windsor.“

Komisch-phantastische Oper in drei Akten von Rosenkhal nach Shakespeare.

Musik von Otto Nicolai.

Kartenverkauf in folgenden Geschäften: Zigarrengeschäft Vorich, Engelauer 15. Zigarrengeschäft Baumann, Rungestraße 30. Bureau des vierten Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11. Von 9-1 und 5-7 Uhr. Zigarrengeschäft Schneider, Inselstraße 30. Restauration Dieselers, Brunnenstraße 150, im Hof. Bureau des sechsten Wahlkreises, Gerichtstraße 71. Von 9-1 und 5-7 Uhr. Restauration von Paerich, Oldenburger Str. 10.

Preis des Places incl. Garderobe und Zettel 1,30 M. Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung

Wurde gestern mit dem in öffentlicher Sitzung zu erledigenden Teil ihres Pensums sehr rasch fertig. Das Projekt der „Linden“-Untertunnelung ist aus dem Ausschuß, der erst am Montag zusammengetreten war, mit größter Befriedigung zurückgekommen. Im Plenum haben in der ersten Beratung mehrere Redner ihre Bedenken geäußert, gestern aber wurde, nachdem der Ausschuß kurz über seine Verhandlungen berichtet hatte, die Vorlage ohne Debatte angenommen. Zur Kenntnisnahme legte der Magistrat den Stadtverordneten die Mitteilung vor, daß er in der Angelegenheit der Hinzuziehung von Frauen zur Waiseverwaltung die Wünsche der Stadtverordnetenversammlung nicht erfüllen kann. Er will nur zwei Frauen hineinnehmen und hält daran fest, daß ihnen kein Stimmrecht gegeben werden könne. Diese „Lösung“ der Frage wurde von allen Gruppen der Versammlung — durch die freisinnigen Ulstein, Rosenow, Cassel und für die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Rosenfeld — als unzulänglich befragt. Dem Magistrat, dessen Standpunkt der Stadtrat Loehning zu verteidigen hatte, wurde die Erwartung ausgesprochen, daß er sich in nicht zu ferner Zeit doch noch zu einer besseren Einsicht bekehren werde.

Eine Stadtverordnetewahl soll im 14. Gemeindevahlbezirk der 3. Abteilung an Stelle des gewählten Genossen Hejschold stattfinden. Unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung hatten den Antrag gestellt, unseren Genossen als gewählt in sein Amt einzuführen. In der gestrigen geheimen Sitzung hatten sich die Stadtverordneten mit der Sache zu befassen. Von sozialdemokratischer Seite wurde eingehend dargelegt, daß und warum Hejschold einzuführen sei. Der Ansicht des Magistrats, unser Genosse habe infolge des kurzfristigen Bürgerrechts verloren, wurde entgegengestellt, daß das Mandat nur geruht habe. Schließlich wurde mit 54 gegen 40 Stimmen beschlossen, eine Neuwahl anzuordnen.

Agitation in der Fortbildungsschule.

In den Pflicht-Fortbildungsschulen der Stadt Berlin wird Agitation nicht geduldet. Wenn Lehrer unter ihren Schülern für die behördlich protegierten Jugendvereinigungen zu werben suchen oder ihnen die „oben“ gut angeschriebenen Jugendzeitungen empfehlen, so ist das — keine Agitation. Wenn aber Schüler ihre Kameraden auf die eigenen Jugendpflegeeinrichtungen der Arbeiterklasse hinweisen oder sie zur Vertäus der „Arbeiter-Jugend“ anregen — ja, dann ist es doch ganz klar, daß man das als „Agitation“ bezeichnen muß. Solche Agitation gilt als bedenklich und unzulässig, als gefährlich und verdammenstwert — und wer sie in der Fortbildungsschule treibt, der riskiert, bestraft zu werden.

So mußte in der 8. Pflicht-Fortbildungsschule ein Schüler A. sich drei Stunden Arrest andrücken lassen, weil er in der Schule für eine Zeitung agitiert haben sollte. Die Zeitung, für die er eine kraßwüchtige Agitation zu treiben sich erdreistet hatte, ist — wie unsere Leser im voraus erwarten haben werden — die „Arbeiter-Jugend“. A. weiß zwar nichts davon, daß er in der Schule für sie agitiert hätte, aber sein Lehrer Berndt meint das und sagt es — und das genügt. Als Herr Berndt zu Beginn einer Unterrichtsstunde die Klasse besetzt, sah er, wie ein Schüler B. soeben einen Bestellzettel wegstecken wollte. B. war durch A. schon außerhalb der Schule als Abonnent der „Arbeiter-Jugend“ gewonnen worden, und sollte in der Schule nur nochmals einen Bestellzettel (weil der erste verloren war) ausfüllen, doch Herr Berndt, der selber in seinen Unterrichtsstunden immer wieder mit Eifer und Inbrunst für das „Linden“-Feierabend“ agitiert, witterte hier etwas Unerlaubtes und Strafbares. Als er erfuhr, daß B. der Täter sei, nahm er ihn in den Verhör. Von wem denn A. solche Zettel bezog, fragte er, worauf A. ruhig antwortete: „Das kann ich Ihnen nicht sagen.“ Die Weigerung war durchaus berechtigt; denn den Fortbildungsschullehrer ging es nicht das geringste an, wo A. außerhalb der Schule sich die Bestellzettel holte. Herr Berndt, den die Weigerung ärgerte, versprach: „Ich werde Sie vor den Direktor laden lassen.“

Mit dieser Ankündigung hätte der Lehrer, das Weitere dem Direktor überlassend, die Erörterung schliessen können. Aber offenbar fühlte er das Bedürfnis, seine Schüler noch recht eindringlich vor „Agitation“ zu warnen. Wieder sei also, begann er in strengem Ton, eine Aufnahme für die „Arbeiter-Jugend“ gemacht worden. Wer die „Arbeiter-Jugend“ lese, der wisse nicht, was er tue. Ja, wenn das nicht ausginge, von einer Partei, die keinen König haben will. Als hierzu A. eine Erwiderung wagte, drohte Herr Berndt ihm Prügel an. Die „Arbeiter-Jugend“, fuhr er fort, schreibe Heftartikel. Wenn die nicht wären, dann wäre das Blatt ganz gut. Ob etwa gegen die arbeitende Jugend etwas geübt werde, fragte er. Einer Frage des Lehrers darf ein Schüler, sagte sich A., die Antwort nicht schuldig bleiben, wenn er zu antworten weiß. „Natürlich!“ warf er ein, und wies hin auf die Besetzung der Arbeiterjugendbewegung. Herr Berndt erkannte noch immer nicht, wie gefährlich es für einen Fortbildungsschullehrer ist, sich mit seinen Schülern auf eine Diskussion über

dieses Thema einzulassen. Jörnig rief er: „Soll das vielleicht heißen, daß der Staat gegen die arbeitende Jugend hegt? Ach, Sie haben ja gar keine Ahnung, wie der Staat eingerichtet ist! Als ich 15 Jahre alt war, hatte ich noch keine Ahnung davon.“ Hier wagte niemand zu widersprechen. Als er aber wortfüllend hinzugab: „Und Sie wollen nachher mit Liebe dem Vaterland dienen!“ vernahm man von irgendwoher die Zwischenbemerkung: „Spucknapf aussaufen!“ Auch Herr Berndt vernahm sie, und betrafen lenkte er ein: „Ja, es gibt in jeder Herde räudige Schafe. Gegen solche Dinge muß eben energisch eingeschritten werden.“ So endete die Ansprache des Lehrers, der seinen Schülern zu Gemüte führen wollte, daß man in der Fortbildungsschule nicht „agitieren“ darf.

Für A. nahm die Angelegenheit dann ihren weiteren Verlauf. Bei dem Direktor, der ihn zu einem außerhalb der Unterrichtszeit liegenden Zeitpunkt vorlud, konnte er, durch Arbeit verhindert, nicht antreten. Direktor Trost verhängte darauf über A. eine Arreststrafe und machte dem Vater schriftliche Mitteilung davon mit der Angabe, daß der Sohn „in der Schule für eine Zeitung agitiert“ habe. Doch gegen A. folgte das Höchstmaß von drei Stunden für nötig erachtet wurde, wird auffallen. War er vielleicht einer von den Schülern, die ein Lehrer als „schlechte Elemente“ zu bezeichnen pflegt? Nein, A. gehörte zu den besseren Schülern der Klasse, hatte noch auf der letzten Halbjahresprüfung in Führung das Urteil „gut“ erhalten, war auch aus der Gemeindefschule mit gutem Zeugnis abgegangen und besaß eine ihm bei der Schulentlassung überreichte Prämie. Aber seine angeblich „in der Schule“ betriebene „Agitation“ für die Arbeiterjugend“ gilt wohl als ein so schweres Verbrechen, daß es nur durch strengste Strafe gesühnt werden kann. Wie sind der Ansicht, daß eine Bestrafung des Schülers für den ihm zur Last gelegten Frevel, „in der Schule für eine Zeitung agitiert“ zu haben, überhaupt unzulässig war. Wie sie sachlich sich nicht rechtfertigen läßt, so kann sie auch formell nicht begründet werden mit Bestimmungen des Ortsstatuts für die Pflichtfortbildungsschule, auf das der Direktor in seiner Zuschrift an den Vater sich beruft. Von den Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schule könnten für den vorliegenden Fall höchstens in Frage kommen, daß die Schüler „während des Unterrichts und in den Erholungspausen sowie auf dem Wege von und nach der Schule sich jedes Unfugs und Värmens zu enthalten haben“ und „dem Leiter und den Lehrern der Schule stets mit der nötigen Achtung und Ehrerbietung entgegenkommen und ihnen Gehorsam leisten müssen“. War es Ungehorsam gegen ein Verbot, daß A. auf dem Schulwege ein Abonnement entgegennahm? Oder soll das am Ende gar zu einem „Unfug“ gestempelt werden?

Wenn Fortbildungsschüler sich erinnern, wie ihnen von Lehrern z. B. der „Feierabend“ angepriesen, wie für die „Jugenddeutschlandbündler“ geworden wird, dann müssen sie über das Vorgehen gegen die Arbeiterjugendbewegung sich ihre besondere Gedanken machen. Wie finden, daß die Fortbildungsschule, indem sie die „Agitation“ für die Arbeiterjugendbewegung zu unterdrücken sich bemüht, selber für sie die wirksamste Agitation treibt. Auch Diskussionen, wie die zwischen Lehrer Berndt und seinen Schülern, sind nur geeignet, aufklärend zu wirken. Fahren Sie nur so fort!

Die juristische Sprechstunde fällt morgen Sonntag, den 9. Mai, aus.

Familiendramatik in Wilmersdorf.

In dem Hause Sächsischer Straße 42 in Wilmersdorf hat der Ingenieur Großfortenhaus seine 19jährige Tochter Wilhelmine, seinen 13jährigen Sohn Willi und sich selbst mit Phosphor vergiftet. Der Grund zu der furchtbaren Tat ist in einer geistigen Störung des Ingenieurs zu suchen; G. ist infolge des vor kurzem erfolgten Todes seiner Frau schwerwütig geworden.

Ueber die Tragödie erfahren wir folgende Einzelheiten: Seit Ostern bewohnte der 42jährige Ingenieur Wilhelm Großfortenhaus mit seiner 19jährigen Tochter Wilhelmine und seinem 13jährigen Sohn Willi in dem Hause Sächsischer Straße 42 im linken Flügel des Gartenhauses eine aus drei Zimmern bestehende Wohnung. Vor wenigen Monaten war Frau Großfortenhaus gestorben und der Verlust der Lebensgefährtin ging dem Ingenieur so zu Herzen, daß er in Schwermut versiel, aus der er sich trotz der liebevollen Pflege der Kinder und des gütlichen Zuredens seiner Freunde und Bekannten nicht emporzuraffen vermochte. In der letzten Zeit verschlechterte sich das Befinden des Ingenieurs, so daß das unruhige Wesen des G. allen Bekannten auffiel. Großfortenhaus äußerte wiederholt Selbstmordgedanken und ließ sich auch durch seine Freunde nicht davon abbringen. In der letzten Woche erklärte G. seinen beiden Kindern, daß es wohl das Beste wäre, wenn sie alle der Mutter in den Tod nachfolgten, da er aus Gram über den Verlust seiner Frau wahnsinnig zu werden befürchte. Vergeblich war die Intervention des Hausarztes, der dem G. dringend zuredete, eine Reise zu machen, um Ablenkung von seinen trübenden Gedanken zu finden und ihm sichere Heilung in Aussicht stellte. Großfortenhaus wusch sich Phosphor zu verschaffen und führte bereits am Dienstag die Tat aus. Offenbar hat er zunächst die Tochter mit Chloroform betäubt und ihr dann das in Wasser aufgelöste Phosphor eingegibt. Nachdem der Tod des Mädchens eingetreten war, legte G. die Leiche auf das Bett in dem Zimmer seiner Tochter, verschloß die Stube und steckte den Schlüssel zu sich. Am Mittwoch blieb der Ingenieur dem Dienste fern und erwartete zu Hause seinen Sohn, der gegen 12 Uhr aus der Schule kam. Auf die Frage des Anvaters nach der Schwester antwortete der Vater, daß sie der Mutter bereits in den Tod gefolgt sei, und daß nun auch sie beide in den Tod gehen wollten. Ohne Widerstreben trank der Junge, der mit großer Liebe an seinem Vater hing, die ihm dargebotene Giftdosis und war bald eine Leiche. Das tote Kind bettete der Vater sorglich auf und begab sich dann in eine Blumenhandlung am Hohenzollerndamm und kaufte dort Flieder, Maiglöckchen und andere Frühlingsblumen, mit denen er die Totenlager seiner Kinder schmückte. Dann schrieb G. einen Brief an die Schöneberger Kriminalpolizei, worin er mitteilte, daß man am Donnerstag früh ihn und seine beiden Kinder tot aufgefunden werde und in dem er den Beweggrund seiner Tat darlegte. Kriminalkommissar Schmidt benachrichtigte sofort das zuständige Polizeirevier, das gestern früh zwei Beamte nach der Sächsischen Straße 42 entsandte. Nach Öffnung der verschlossenen Wohnung fand man die drei Leichen, die beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht wurden. Der ärztliche Befund ergab, daß der Tod des Mädchens bereits am Dienstag abend eingetreten sein muß.

Selbstmord in der Gefängniszelle.

Im Strafgefängnis in Tegel hat der dort inhaftierte Kaufmann J., der eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, sich Mittwochmorgens in seiner Zelle erhängt. Der Lebensmüde hatte sich notdürftig einen Strick angefertigt und sich am Fenstergitter erhängt.

Fliegerunfälle in Johannisthal. Der starke Westwind, der gestern vormittag herrschte, hat in Johannisthal zwei Maschinen bei der Landung von Rentern gebracht, wobei die Insassen leichter oder schwerer verletzt wurden. Der Flieger Jick von der Luftfahrzeuggesellschaft hatte mit dem Roland-Glinder einen Alleinflug gemacht und wollte landen, als der Apparat seitlich in den Wind geriet. Das Flugzeug schlug um und Jick wurde so heftig aus der Karosserie geschleudert, daß er starke Kopfverletzungen und eine Schirnerkälterung davontrug. — Von einem ähnlichen Unfall wurden der Flieger Schmidt und der Flugführer Blage auf Jeanvins-Glinder betroffen. Auch sie wurden vom Winde zum Kentern gebracht, wobei die Maschine schwer beschädigt wurde, während die Insassen mit leichten Verletzungen davon kamen.

In Johannisthal landete gestern vormittag der Flieger Eckert, der morgens auf einer Taube in Götze aufgestiegen war.

Dachstuhlbrand in Berlin O. Drei Böschüge der Berliner Feuerwehrr wurden gestern abend kurz nach 6 Uhr nach der Ristler Straße 20 im Osten Berlins gerufen. Bei ihrem Ankommen stand der Dachstuhl des Vorderhauses fast in ganzer Ausdehnung in Flammen. Brandmeister Berg ließ sofort eine Dampfmaschine in Tätigkeit treten und mit mehreren Hähnen Wasser geben. Die Hahnhöhler drangen zum Teil über eine mechanische Leiter, zum Teil über die Treppen gegen den Brandherd vor. Obgleich gewaltige Wassermengen in die Glut geschleudert wurden, konnte vom Dachstuhl fast gar nichts gerettet werden. Die Nachlösungs- und Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Die Ursache ist nicht ermittelt, doch vermutet man Brandstiftung.

Vermißt wird seit dem 4. Mai der 33jährige Stultateur Franz Uhlentau. Derselbe leidet an geistiger Linnachtung. Es wird angenommen, daß er planlos umherirrt. Der Kranke ist 1,70 Meter groß, blond und trägt dunkelgrauen Jacketanzug. Ueber Vermittel verfügt er nicht, dagegen hat er ein rotes Wädelchen bei sich, welches auf seinen Namen lautet. Personen, welche über den Verbleib des Unglücklichen Mitteilung machen können, werden herzlich gebeten, sich an das nächste Polizeibureau oder an W. Uhlentau, Charlottenburg, Cauerstr. 18, zu wenden.

Gefunden ist bei der Reise in der Neuen Welt ein kleines Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 3.

Kleine Nachrichten. In der Nacht zum Donnerstag hat sich am Reichstagsufer ein unbekannter Mann in die See gestürzt. Die Leiche ist noch nicht gefunden. — Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich Mittwoch abend in einem Anfall geistiger Verwirrung der 16 Jahre alte Schlosserlehrling Erich Röser aus der Gartenstr. 10 das Leben genommen. Röfers Mutter leidet schwer an epileptischen Krämpfen und ist schon seit mehreren Jahren in der Irrenanstalt. Auch bei ihm stellten sich seit geraumer Zeit Krampfanfälle ein. Am Mittwoch sprang der junge Mensch aus dem Fenster des fünften Stockwerks auf den Hof, wo er tot liegen blieb.

Gefunden wurden in der Verlammlung der Gewerkschaftsfunktionäre in der Neuen Welt am Mittwochabend ein Portemonnaie und ein Schirm. Die Eigentümer der verlorenen Gegenstände können diese auf dem Bureau der Gewerkschaftskommission in Empfang nehmen.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania findet am Sonnabend die Eröffnung des Vortrags „Zum Hochfest der Jungfrau“ statt, der Herr Walter Ficholle zum Verfasser hat und ausgestattet ist mit farbigen Lichtbildern, Panoramen und einer kinematographischen Einleitung. Der Vortrag wird in der kommenden Woche abendlich zur Darstellung gelangen.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zu einem kleinen Geplänkel zwischen Magistrat und Stadtverordneten kam es anlässlich der Vorlage betreffend die Entsendung von Vertretern zum vierten deutschen Städtekongress in Köln. Von den fünf Vertretern, auf die Charlottenburg nach den neuen Satzungen Anspruch hat, hat der Magistrat drei für sich in Anspruch genommen und seinen Beschluss bereits der Presse mitgeteilt. Im Namen aller Fraktionen kritisierte Stadtverordneter Dr. Meyer diesen Beschluss, er fügte aber hinzu, daß er daraus keinen Streitfall machen wolle. Früher sei bei einer ungeraden Zahl stets den Stadtverordneten eine stärkere Vertretung eingeräumt worden, als dem Magistrat. Das hätte man auch diesmal erwarten können. Oberbürgermeister Scholz entschuldigte das Verhalten des Magistrats damit, daß auf der Tagesordnung des Städtetages diesmal Fragen stehen, die die Verwaltung besonders interessieren. Hierauf delegierte die Versammlung außer den beiden Vorsitzern als stimmberechtigten Mitgliedern noch die Stadtverordneten Hirsch, Dr. Liepmann und Otto als Zuhörer nach Köln.

Zum Brandenburgischen Städtetag, der am 25. und 26. Mai in Guben tagt, wurden die Stadtverordneten Jollenberg, Dr. Gubaisch, Scharrnberg (Soz.) und Dr. Stadthagen entsandt.

Im übrigen erledigte die Versammlung schnell hintereinander meist debattelos eine Reihe von Vorlagen, darunter die betreffende Erweiterung der Volkshadeparkanlage in der Krümmenstraße, die einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen wurde. Gleichfalls an einen Ausschuss ging die Vorlage betreffend Änderungen im höheren Schulwesen. Es handelt sich darum, daß mit Rücksicht darauf, daß der Osten Charlottenburgs immer mehr zur Geschäftsgegend wird und an Einwohnern verliert, auch die Zahl der Schüler des dort gelegenen Konninggymnasiums zurückgeht. Infolgedessen sollen die drei Michaelisvorklassiklassen eingehen und später als Osterklassen an der Leibniz-Oberrealschule wieder eröffnet werden.

Angenommen wurde die Vorlage, die eine gärtnerische Ausgestaltung des Wittenbergplatzes unter Beibehaltung des Wochenmarktes vorsieht.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern auf der Charlottenburger Chaussee ereignet. Dort wurde der 17jährige Radfahrer Willi Heiden von einem Geschäftsauto angefahren. Beim Sturz von der Maschine erlitt er eine schwere Verletzung des Kniegelenkes und einen Unterschenkelbruch und mußte, nachdem ihm auf der nächsten Unfallstation Notverbande angelegt worden waren, nach dem Krankenhause Westend geschafft werden.

In dem Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins ist der Bildungs- und Jugendausschuss nicht vollständig angegeben. Außer den Genannten gehört ihm der Genosse Jempelburg an.

Sanftwig.

Ueber die Einsprüche gegen die Gültigkeit der bürgerlichen Mandate nachhand und Sted soll in der heutigen Gemeindevertreterversammlung entschieden werden. Der Gemeindevorsteher hat inzwischen alles Material zusammengetragen, um die Einsprüche abzuwehren. Er hat seinen Vertretern mitgeteilt, daß auch eine unzulässige Wahlbeeinflussung unerheblich ist, wenn sie bei den betreffenden Wählern mit Rücksicht auf deren Charaktereigenschaften nicht die beachtlichste Wirkung haben kann oder doch tatsächlich nicht gehabt hat. Der Einwohnerausschuss ist nämlich bekannt, daß der Gemeindevorsteher selbst der eigentliche Wahlmacher der Kandidaturen nachhand und Sted gewesen ist; sie weiß auch, daß der Gemeindevorsteher kein sich Papierstimmen mit dem Versprechen einer Gegenleistung verschafft hat. Die Gemeindevertreter werden also zu entscheiden haben, ob sie eine Wahl, die mit Hilfe der auf diese Weise erworbenen Stimmen zustande gekommen ist, für gültig erklären wollen.

Die Wahlen sind außerdem angefochten worden, weil die Wählerliste systematisch falsch angelegt worden ist, indem auch diesmal wieder den Wählern a l l e m e i n das Kinderprivileg in Anspruch gebracht worden ist. Der Gemeindevorsteher sucht sich mit dem Hinweis aus der Situation zu retten, daß die in der Wählerliste enthaltenen Unrichtigkeiten keinen Grund zur Wahlansetzung geben können, wenn sie nicht schon während der Auslegung der Wählerliste gerügt worden sind. Er hat recht, daß, wenn sich Irrtümer und Fehler in die Wählerliste einschleichen, diese nur während der Auslegung der Wählerliste gerügt werden können. Aber hier handelt es sich um mehr als um kleine Fehler und Irrtümer; diese müssen die Wähler in Kauf nehmen, wenn sie nicht rechtzeitig die Wählerliste eingesehen haben. Hier handelt es sich darum, daß die Wählerliste systematisch falsch angelegt worden ist und ein planmäßig angelegte Wählerliste muß Grund genug sein, die Wahl für ungültig zu erklären.

Treptow-Baumschulweg.

Von einem Straßenbahnwagen der Siemensbahn überfahren und getötet wurde gestern mittag in der Graefstraße die sechsjährige Erna Britze aus der Graefstr. 11. Die Kleine hatte im Eifer des Spiels den herannahenden Straßenbahnwagen nicht bemerkt, wurde von diesem erfasst und so schwer am Halse verletzt, daß der Tod augenblicklich eintrat. Erst die herbeigerufene Feuerwehre konnte durch Anheben des Wagens die Leiche hervorholen. Die Kleine besuchte erst seit Ostern die Schule und war das einzige Kind ihrer Eltern.

Neufölln.

Eine verhängnisvolle Revolvergeschichte, bei der der Gastwirt Hermann Pöhl verletzt wurde, hat sich gestern nacht in der Donaustraße abgepielt. Dort überfiel ein Arbeiter Lehmann aus Berlin gemeinsam mit seinem Schwager, einem Schuhmacher Joseph Uebau aus der Emdener Straße, aus Eiferlichkeit den Holländer Van der Voort auf die Treppe des Ueberfallenen eilte der Gastwirt Pöhl herbei. Darauf zog der Schuhmacher einen Revolver und feuerte vier Schüsse auf den Gastwirt ab, der blutend zu Boden sank. Der Täter flüchtete, doch konnte der Schütze später ergriffen werden.

Sonntag, den 10. Mai, findet ein Spieldausflug nach der Königsheide statt. Abmarsch 1 Uhr vom Richardplatz. Es wird gebeten, den Kindern 10 Pf. und etwas gemahlten Kaffee mitzugeben. Mittwoch, den 13. d. Mts.: Spielen in Treptow. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr Wildendruckplatz (Eisenweg). Um zahlreiche Beteiligung erucht. Der Spieldausflug.

Die fortgeschriebene Einwohnerzahl Neuföllns betrug nach vorläufiger Feststellung des Statistischen Amtes am 1. Mai 1914 275 930 (gegen 270 529 am 1. Mai 1913). Der Bevölkerungszuwachs im Monat April allein stellte sich auf 1833.

Röpenik.

Der Schatz im Sofa. Eine überraschende Entdeckung machte vorgestern der Wäschereibesitzer E. Bor etwa 30 Jahren hatte E. aus dem Nachlass eines alten Geizhalses für wenige Mark ein altes Sofa erstanden. Als dies gestern einer gründlichen Renovierung unterzogen wurde, entdeckte man, im Innern verborgen, eine Ledertasche, die in Pergamentpapier eingewickelt war. Die Tasche enthielt eine Anzahl von Tausendmarkscheinen, die sämtlich gut erhalten sind. Jedenfalls hatte der frühere Besitzer aus Furcht vor Dieben den Schatz im Sofa versteckt.

Neuenhagen (Stbahn).

Heute Gemeindevorstandswahl! Nachmittags von 4—7 Uhr findet die Erbaywahl bei Jagertieren im Dorf statt. Wollen wir das Mandat behaupten, so muß jeder Genosse seine Pflicht tun. Jeder organisierte Arbeiter muß es als selbstverständlich halten, sein Wahlrecht auszuüben und unseren Kandidaten, den Maurer Robert Schumann, wählen. Auch die nach auswärts verzogenen Wähler ersuchen wir, zur Wahl zu kommen. Die Gegner fordern in ihrem Flugblatt auf, 15 Minuten vor Wahlbeginn zu erscheinen, um das Bureau zu besetzen. Die Arbeiterchaft muß darum recht pünktlich erscheinen, um die Hoffnung der Gegner zunichte zu machen. Von der Besetzung des Bureaus hängt unter Umständen der Sieg ab. Auf zur Wahl! Jeder an seinen Posten und der Sieg ist unser.

Friedrichshagen.

Die Feier ihres 25jährigen Bestehens feiert am Sonnabend, den 9. Mai, die Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (V. a. G. Hamburg), Filiale Friedrichshagen, in Conrads Hofstraße, Friedrichstr. 137.

Notawed.

Die Einrichtung einer fliegenden Klasse in der vierten Gemeindefschule (für Mädchen), wo infolge der hohen Aufnahmeziffer zu Ostern in den zwei Aufnahmeklassen zusammen 136 Kinder überzählig sind, illustriert recht treffend die von bürgerlicher Seite so oft betonte, von dem Gemeindevorsteher Kothan noch in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung stark unterstrichene Mangelhaftigkeit der örtlichen Volksschulverhältnisse. Gleichzeitig wird damit aber weiter bewiesen, daß die finanzielle Lage der Gemeinde doch nicht so „fern-gegend“ ist, wie sie im Gegensatz zu der Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion im Gemeindeparlament dargestellt wurde, denn sonst hätte man sich wohl längst für einen Schulhausneubau entschieden, anstatt zu dem zweifelhaften Mittel der Einrichtung fliegender Klassen zu greifen. Bei der einen Klasse kann es ja nicht bleiben, denn auch die Klassen der Mädchenschule in der Auguststraße haben nach Mitteilung des Direktors die Höchstfrequenz bald erreicht. Da aber eine weitere Vermehrung der fliegenden Klassen weder im Interesse eines geordneten Unterrichts noch in dem der Steuerzahler liegt, so wird die Gemeinde vielleicht noch in diesem Jahre zum Bau eines neuen Schulgebäudes sich entschließen müssen.

Notawed, Treptow.

Zwecks Zusammenklauses sämtlicher Arbeiter-Sport- und Gesangsvereine zu einem Sportfest findet am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Volksgartenischen Lokal, Friedrich-, Ede Wilhelmstraße, eine Versammlung für sämtliche Mitglieder der fraglichen Vereine statt. Das Referat hierzu hat der Vorsitzende des Karteverbandes Groß-Berlin übernommen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Werkentee. Freitagmorgens 5 Uhr im Rathaus, Albertinenstraße 6. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer teilzunehmen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg. Filiale Baumschulweg. Dem Mitglieder, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, eine Mitgliederversammlung im Lokal vom Dorfstr. 101, Ede Holzstraße, stattfindet. Es wird dort auch gefastet.

Marktpreise von Berlin am 6. Mai 1914, nach Ermittlung des Amtl. Polizeipräsidiums. Weiz (müde), Ratal 0,00—0,00, Donau 0,00—0,00, Weiz (runder), gute Sorte 15,10—15,30, Maitroh 0,00, Feu 7,50—8,80.

Marktpreise: 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 31,00—32,00, Speldeböhen, weiße 35,00—40,00, Linen 40,00—50,00, Kartoffeln (kleinbl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 0,00—0,00, Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00, Schweinefleisch 0,00—0,00, Kalbfleisch 0,00—0,00, Hammelfleisch 0,00—0,00, Butter 2,40—3,00, 50 Stück Eier 3,00—4,80, 1 Kilogramm Karphen 1,20—2,20, Salz 1,50—3,20, Jander 1,00—3,40, Weizt 1,40—2,80, Waizke 1,00—2,20, Weizke 1,40—3,20, Weiz 0,80—1,60, 60 Stück Weizke 3,50—21,00.

Reichstag.

261. Sitzung. Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Kühn, Kracht.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des von Abgeordneten aller Parteien unterzeichneten Antrages Sped (3), wonach die Aufwandserschädigungen unpfändbar gemacht werden sollen, die an Familien gewährt werden sollen, die zwei oder mehr Söhne im Heere, der Marine oder den Schutztruppen haben.

Abg. Sped (3):

Begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß diese Aufwandserschädigungen tatsächlich in mehreren Fällen gepfändet worden seien, was förmlich nicht der Absicht bei Schaffung dieser Entschädigungen entsprache.

Die Diskussion schließt.

Der Entwurf wird sofort in zweiter Lesung bedachtlos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der

Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Reichschatzsekretär Kühn:

Ich habe namens der Verbündeten Regierungen die schon in Kommission abgegebene Erklärung zu wiederholen, daß wenn der Reichstag dem Entwurf in der Form zustimmen sollte, wie er die Kommission verlassen hat, die Regierungen dem Entwurf die Genehmigung verweigern

müssen. In der Kommission sagte man, das würde ein Scheitern des Entwurfes bedeuten und eine weitgehende Mißstimmung unter den Beamten hervorrufen, für die die Verantwortung die Regierungen treffen würde. (Sehr richtig!) Da dieses sehr richtig! draußen im Lande einen Wiederhall finden wird, ist mir sehr zweifelhaft. Trotz der schwereren Bedenken gegen schnell aufeinander folgende Veränderungen des Besoldungsgesetzes hat die Regierung der im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossenen Veränderung ihre Zustimmung gegeben und in weiterer Konsequenz der vorjährigen Beschlüsse eine neue Vorlage eingebracht, in der gleichzeitig auch die Verhältnisse der Deskoffiziere nach einem Wunsche des Reichstages neu geregelt werden sollen. Eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und dem Reichstag besteht nur darüber, daß der Reichstag nach weiterer Beamtengruppen zu bedenken wünscht. Eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit ist auch das nicht, denn die Regierung hat nie erklärt, daß sie der Beförderung weiterer Beamtengruppen im Prinzip entgegensteht, nur zuzusetzen könne sie nicht auf die Anregungen des Reichstages eingehen. Jede Veränderung des Besoldungsgesetzes zieht ja weitestgehende Konsequenzen nicht nur für das Reich, sondern auch für die einzelnen Bundesstaaten und Kommunen nach sich. Ich kann vollkommen verstehen, daß der Reichstag noch weitere Beamtengruppen zu bedenken wünscht. Auch die Regierung wünscht sie, sie läßt sich in der Fürsorge für die Beamten von niemand überstreifen und wird mit einem Vorschlag an Sie herantreten, sobald die Vorarbeiten erledigt sind, und die Möglichkeit der Durchführung besteht. Ich kann aber nicht verstehen, daß weil die in der Vorlage nicht genannten Beamtengruppen unberücksichtigt bleiben sollen, nun auch die anderen in der Vorlage genannten nicht aufgeführt werden sollen. Warum sollen, weil die gehobenen Unterbeamten nicht aufgeführt werden, deshalb auch die Landbriefträger nicht bekommen, warum sollen, wenn man sich über die Eisenbahngehälter in Unklarheiten nicht einigen kann, auch die Bezugsverhältnisse der Deskoffiziere bis ins Angewisse hinaus nicht geregelt werden. Deshalb richte ich die dringende Bitte an Sie, Ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben und dem Entwurf, wie er Ihnen von der Regierung unterbreitet worden ist, zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.):

Nach der Erklärung des Staatssekretärs scheint das Schicksal der Besoldungsnovelle besiegelt zu sein. Ich halte es aber trotzdem gerade deshalb für notwendig, die Stellung meiner Freunde wenigstens zu den entscheidenden Punkten der Vorlage noch einmal kurz zu präzisieren. Der Staatssekretär hat ausgeführt, daß es ungewöhnlich sei, wenn der Reichstag sich in so schneller Folge wie bisher mit Besoldungsänderungen zu befassen habe. Es ist richtig, daß der vorliegende Entwurf die dritte Novelle zur Besoldungsordnung ist. Für diesen Vorgang ist aber vor allem

die Reichsregierung selbst verantwortlich

zu machen. (Sehr richtig!) Der Vorgang ist verwickelt durch die durchaus unzulängliche Regelung der Besoldungsreform von 1900. (Sehr richtig!) Wenn damals den berechtigten Wünschen der Beamten, insbesondere der Unterbeamten, nur einigermaßen Rechnung getragen worden wäre, dann wäre die vorjährige und auch die diesjährige Besoldungsnovelle überflüssig gewesen. (Sehr richtig!) Die 1900 vom Reichstag in Aussicht genommene Gehaltsaufbesserungen waren kaum hoch genug, um das Risiko auszugleichen, das sich infolge der Zoll- und Steuerpolitik des Reichs in den Etats der Beamten ergab. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Trotzdem hat die Regierung nicht gerührt, und es ist ihr im letzten Augenblick auch gelungen, die Mehrheit des Reichstages umzustimmen und die Beamten wieder zu enttäuschen. Seitdem sind die Ausgaben für den Lebensunterhalt noch erheblich mehr gestiegen, alles spricht sogar dafür, daß man mit einer dauernden Teuerung in den Lebensverhältnissen rechnen muß. Jedenfalls ist kein Anlaß vorhanden, für die nächste Zeit mit einem Sinken der Preise zu rechnen. Wenn nun der Reichstag verlangt, daß den Beamten das gegeben werden soll, was ihnen 1900 vorgehalten wurde, so ist das eben nur ein Akt dringender Notwendigkeit. Für die Beamten der Postkassen- und Posthilfsstellenklasse ist es im vorigen Jahre durch entschiedenes Verschweigen erreicht worden, mit der jetzigen Vorlage soll gehen die notwendige Folgerung für die übrigen dabei in Betracht kommenden Beamten gezogen werden. Meine politischen Freunde waren von vornherein bereit, sich mit Ihren Forderungen in diesem Rahmen zu halten. Wir haben und dazu entschlossen, trotzdem eine große Anzahl weitergehender, wohlbedachter und durchaus berechtigter Wünsche der Beamten vorgelegen haben. Aber selbst diesen engbegrenzten Maßnahmen, diesen bescheidenen Forderungen genügt die jetzige Vorlage in keiner Weise. Sie ist zwar ein umfangreiches Aktienstück, aber was sie an Verbesserungen für die Beamten bringt, ist so ärmlich und dürftig und gering, daß sie überall und besonders in den Kreisen der Unterbeamten

bittere Enttäuschung

herbarmen mußte. Nach der Vorlage sollen die untersten Klassen bis zum Höchstgehalt von 1700 M. um 100 M. aufgebessert werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Beamte der Reichseisenbahnen und um die Beamten der Landbriefträgerklasse, die ein Jahresgehalt von jährlich 1100 M. beziehen. Aber die in der Vorlage vorgesehene angebliche Besserstellung der Beamten der Reichseisenbahnen ist eigentlich nur eine Fiktion. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit sollen sie nach der Vorlage auch nicht einen roten Heller Einkommen mehr erhalten als bisher. Diese Beamten der Reichseisenbahnen haben nämlich seit Jahren einen nichtpensionsfähigen Zuschuß bezogen. Dieser Zuschuß ist 1900 bei der Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse ganz ausdrücklich als Ausgleich in Rechnung gestellt worden und zwar auf ausdrückliche Verantwortung der Regierung hin. Der

Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung hat das in der Kommission bestätigt und hat hinzugefügt, daß der Zuschuß damals notwendig gewesen sei, um Einkommensverminderungen zu vermeiden, was mit der Gehaltsaufbesserung allein nicht hätte erreicht werden können. Nach der jetzigen Vorlage soll dieser Zuschuß künftig in Höhe der vorgesehenen Gehaltsaufbesserung wegfallen. Die Folge würde sein, daß die Unterbeamten, bei denen der Zuschuß 130 M. beträgt, die Gehaltsaufbesserung aber nur 100 M., keinerlei Einkommensverbesserung erfahren würden. In der Kommission ist es uns gelungen, durch Streichung des § 5 der Vorlage die Aufrechnung des Zuschusses auf die Gehaltsaufbesserung zu beseitigen, so daß den Unterbeamten der Reichseisenbahnen nun tatsächlich die in Aussicht gestellte Gehaltsaufbesserung auch zuteil werden soll. Die Fassung der Regierungsvorlage war in diesem Punkte um so unglücklicher, als nach ihr die höheren Beamten ihre sehr viel höheren Zuschüsse auch künftig unverändert weiter beziehen sollten, nur den wirtschaftlich Schwachen, den unteren und mittleren Beamten, sollte er gegen die Gehaltsaufbesserung aufgerechnet werden. (Hört! hört!) Die Kommission hat schließlich einstimmig unserem Antrag auf Streichung dieses § 5 zugestimmt, und ich hoffe, daß das Haus diesem Beschluß folgen wird.

Ein weiterer großer Mangel der Vorlage

war die Tatsache, daß die gehobenen Unterbeamten der Reichspostverwaltung überhaupt nicht berücksichtigt werden sollten, trotzdem 1911 und 1912 der Reichstag einstimmig ihre Besserstellung verlangt hat. Die Oberschaffner der Reichspostverwaltung verrichten fast durchweg Dienstleistungen, die früher von den Beamten der Affizientenklasse ausgeführt wurden. Ein Unterschied in der Dienstleistung besteht in der Hauptsache nur darin, daß die gehobenen Unterbeamten wöchentlich eine Dienstleistung von zehn Stunden mehr zu verrichten haben, als die mittleren Beamten. Diese gehobenen Dienststellen sind die einzige Beförderungsmöglichkeit für die Beamten der Reichspostverwaltung; eine wesentliche wirtschaftliche Besserstellung ist aber heute mit dieser Beförderung nicht mehr verbunden, trotzdem die Beförderung in der Regel erst nach einer Dienstzeit von 20 bis 25 Jahren stattfindet. War früher schon die Beförderung außerordentlich beschwerlich, so ist sie bei der im vergangenen Jahre erfolgten Erhöhung der Schaffnergehälter heute fast ohne jede wirtschaftliche Bedeutung. In der Praxis vollzieht sich die Beförderung in der Regel so, daß es sich dabei um Einkommensverbesserungen von 20, 40, 60, und in ganz seltenen Fällen von 80 M. jährlich handelt. Das Höchstgehalt von 2100 M. ist eigentlich nur ein Scheinwerk; es wird erst nach einer 18jährigen Aufzuchtungszeit gewährt, so daß nur selten Beamte in die Lage kommen, das Höchstgehalt zu erreichen. Also die gehobenen Dienststellen können heute weniger als eine Beförderungsmöglichkeit, sondern vielmehr als

eine Ausbeutungsmöglichkeit der Unterbeamten

bezeichnet werden. Eine Besserstellung dieser Beamten ist daher dringend geboten und steht auch in unabwiesbarem Zusammenhang mit der im Vorjahre erfolgten Veränderung des Besoldungsgesetzes. Nach den Beschlüssen der Kommission soll das Gehalt der Gehobenen auf 1500 bis 2000 M. erhöht werden, und die Anwartschaftszeit auf 15 Jahre herabgesetzt werden. Diese überaus beschwerlichen Beschlüsse der Kommission, die weit hinter dem zurückbleiben, was die Beamten gefordert haben, haben nun die Regierung veranlaßt, sie zum springenden Punkt der Vorlage zu machen. Der Staatssekretär hat nicht zu beschreiben vermocht, daß die Verhältnisse in der Oberschaffnerklasse unhalbar geworden sind. Er hat nur abgelehnt, daß jetzt eine Besserstellung erfolgen soll. Ja, meine Herren, sollen wir uns denn jedes Jahr mit einer Besoldungsnovelle beschäftigen. Wenn der Reichstag beschließen will, diese Besoldungsänderungen vorzunehmen und die Regierung selbst nicht beschreiben kann, daß eine Besserstellung der Gehobenen notwendig ist, dann ist es unbegreiflich, warum Sie den Kommissionsbeschlüssen Ihre Unannehmbarkeit gegenüberstellen. Wir bleiben auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse. Wenn wir unsere weitergehenden Forderungen zurückgestellt haben, so nur, weil wir eine möglichst einmütige Stellungnahme des Reichstages herbeiführen wollten. Ich muß namens meiner Parteifreunde erklären, daß die vorliegenden Kommissionsbeschlüsse das allermindeste und allerdringendste sind, was den Unterbeamten gewährt werden muß. Ein Nachgeben, ein Zurückweichen von diesen Beschlüssen ist für uns völlig ausgeschlossen und unmöglich. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun der Bundesrat trotz dieser Selbstbeschränkung des Reichstages sich ablehnend verhält, so ist dabei wohl mehr seine allgemeine Stellung gegen diesen Reichstag entscheidend gewesen, die wir in letzter Zeit bei einer ganzen Anzahl von Vorlagen erleben mußten. (Sehr richtig!) Da ist es sehr charakteristisch, daß der Reichschatzsekretär in der ersten Lesung der Kommission erklären konnte: die Regierung werde jede Veränderung der Vorlage, die von materieller Bedeutung sei, ablehnen. Es ist ganz unverständlich der Standpunkt:

Bogel, früh oder spät!

(Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Wo bleibt da noch die verfassungsmäßige Stellung des deutschen Reichstages? Die lange will sich der Reichstag eine solche Behandlung von der Regierung noch gefallen lassen! (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten.) Die Taktik des Bundesrats wächst sich geradezu zu einem System aus, das darauf hinausläuft, den Reichstag völlig auszuschalten. Es ist Pflicht des Reichstages, dafür zu sorgen, daß dieser unwürdige Zustand endlich ein Ende hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Finanzielle Bedenken können für die Haltung des Bundesrats nicht entscheidend gewesen sein, denn dazu ist das Objekt angefaßt der 500 Millionen Ueberschüsse der Reichspostverwaltung denn doch zu gering. Weitere Konsequenzen für andere Reichsbeamte können aus den Beschlüssen der Kommission auch nicht gefolgt werden, und soll schließlich die Rücksicht auf Preußen soweit gehen, daß die preussische Regierung dem Reichstag seine Beschlüsse diktiert? Wenn es Preußen an dem nötigen sozialen Verständnis, an dem nötigen Pflichtgefühl gegenüber seinen Beamten fehlen läßt, dann kann doch nicht der Reichstag gezwungen sein, in denselben Fehler zu verfallen. In der Kommission hat übrigens ein Vertreter der preussischen Regierung selbst zugeben müssen, daß es in Preußen eine ähnliche Beamtengruppe wie die gehobenen Unterbeamten des Reichs überhaupt nicht gibt, daß alle gehobenen Unterbeamten in Preußen die Möglichkeit haben, in höhere Stellen anzurücken. Bei der Reichspostverwaltung ist bekanntlich die gehobene Dienststelle der Aufsicht der Landbahn der Unterbeamten. Also eine Schlussfolgerung auf Preußen kann gar nicht gezogen werden. (Präsident Kaempf rief nachträglich die Bemerkung, daß es Preußen an Pflichtgefühl gegenüber seinen Beamten fehle. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Kommissionsbeschlüsse sind nach jeder Richtung sorgfältig geprüft und durchaus gerecht. Läßt die Regierung trotzdem die Besoldungsvorlage an diesen Beschlüssen scheitern, dann legt sie ihre Beamtenverhältnisse selbst in das richtige Licht. Der Schatzsekretär sagte, die Regierung lasse sich in ihrer Fürsorge für ihre Beamten von niemand übertreffen. An

schönen und billigen Redensarten

für die Beamten hat es die Regierung allerdings nie fehlen lassen. Jetzt aber, wo es sich darum handelt, den wirtschaftlich hart bedrängten Unterbeamten tatsächlich Hilfe zu leisten, die Worte in die Tat umzusetzen, da verläßt die Regierung. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich um Forderungen für den Militarismus handelt, kommt es auf einige Duzend

Millionen Mark mehr oder weniger nicht an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier aber, wo es sich um eine verhältnismäßig geringfügige Aufwendung für einen durchaus gerechtfertigten sozialen Zweck handelt, läßt die Regierung ihre Fäustchen zu und weist den Unterbeamten die Tür. Dies durchaus ungerechtfertigte Verhalten der Regierung, das förmlich ohne jede Unterlage ist, kann uns nur bekräftigen, auf unserem Standpunkt zu beharren. Wir stimmen daher den Kommissionsbeschlüssen zu. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kaden (3):

Trotz der schönen Worte des Schatzsekretärs sind wir nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen ohne die Forderungen, die die Kommission angebracht hat. Wir sind nicht gewillt, die Novelle zu verabschieden, ohne daß den beschriebenen Wünschen der gehobenen Unterbeamten und Postbeamten Rechnung getragen wird. Wir haben in möglichst weite alle weitgehenden Wünsche zurückgestellt. Um so liberaler ist es, daß der Bundesrat dem einmütigen Wunsch des Reichstages ablehnend gegenübersteht. Wir bedauern das Vorgehen des Bundesrats auch wegen seiner Konsequenzen. Das Verhalten des Bundesrats muß eine tiefgehende Mißstimmung in den weitesten Kreisen der Beamten auslösen. (Sehr richtig!) Auch im Reichstag muß das Verhalten des Bundesrats eine Folge haben. Es ist diesmal gelungen, alle bürgerlichen Parteien zu maßvollem Vorgehen zu einigen. Es erscheint fraglich, ob eine solche Einigung auch in Zukunft noch möglich sein wird. Deshalb hoffe ich, daß im nächsten Jahre die Regierung den Wünschen, die sie heute ablehnt, nachkommen wird, denn die heute geschaffene Lage ist unhalbar. Dem Schatzsekretär, der uns zur Nachsichtigkeit aufruft, entgegne ich: Arg, heile dich selbst. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Baffermann (natl.):

Auch ich muß belennen, daß die Beschlüsse der Budgetkommission sehr maßvoll sind. Heber einen unabweisbaren Reichstag kann die Regierung gewiß nicht lagen, erst kürzlich wieder, beim Spionagegesetz und bei der Konfurrenzkommission, hat er gezeigt, daß er weiß, daß das politische Leben aus Kompromissen besteht. Im vorigen Jahre hat die Regierung ihre Bedingungslosigkeit weitgehend ungestaltet lassen. Hier aber, bei einer viel weniger wichtigen Vorlage nimmt sie einen intransigenten Standpunkt ein. Es ist doch ein hochpolitischer Vorgang, daß der gesamte Reichstag den Wünschen der Regierung in etwas erweiterter Form entgegenkommt und, daß dem ein stimmiges „Nein“ entgegengezeigt wird, verleihe ich nicht. Ein solches „Nein“ gegen einen derartigen einmütigen Wunsch des Reichstages dürfte auch noch niemals vorgekommen sein. Die Regierung sollte es sich doch noch einmal überlegen, ehe sie die Verbilligung und Verbilligung unter den Beamten eintrifft, für die die volle Verantwortung auf sie fällt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Dertel (l.):

Die Zustimmung zu den Beschlüssen der Budgetkommission wurde uns erleichtert durch die sehr Lieberzeugung, daß wir nur sehr Maßvolles forderten, und daß unsere Forderungen in unmittelbarem Zusammenhang stehen mit der vorjährigen Vorlage. Damals wünschte ich die Besserstellung der Landbriefträger, der gehobenen Unterbeamten bei der Post- und Telegraphenverwaltung und der höheren Postbeamten. Die Vorlage erfüllt nur den ersten Wunsch; da war es nur logisch, daß wir die anderen Wünsche wieder vortrugen, und ich danke den übrigen bürgerlichen Parteien, daß sie sich wohl mit Rücksicht auf uns, auf diese Wünsche beschränkten. Das Scheitern der Vorlage muß die Beamten, die unter Antrag bedenkten wollte, auf die tiefste Verstimmen. Ist es nun wirklich das kleinere Übel, nun auch den Beamten nichts zu geben, die die Vorlage der Regierung bedenken will? Werden sie das nicht als eine Schädigung empfinden? Also auch wir tragen einen Teil der Schuld an der unter den Beamten entstehenden Mißstimmung. Ich bin zum Umfallen nicht geneigt und wohl auch nicht gereizt. (Heiterkeit.) Ich hoffe aber, daß es zwischen der zweiten und dritten Lesung noch zu einer Verständigung kommen wird. Den guten Willen dazu stelle ich in Aussicht. (Bravo! rechts.)

Reichschatzsekretär Kühn:

Herr Baffermann wies darauf hin, daß die Regierung 1913 die Bedingungslosigkeit weitgehend ummodelliert ließ. Die Regierung mußte damals nachgeben, weil sonst die ganze große Vorlage gescheitert wäre; heute dagegen scheitert die Vorlage, wenn der Reichstag es nicht über sich gewinnt, sich auf den Standpunkt der Regierung zu stellen. (Große Heiterkeit.)

Ich wiederhole noch einmal: Im Prinzip hat die Regierung niemals Einwendungen gegen eine Besserstellung der gehobenen Unterbeamten erhoben. Aber die förmlichen Erwägungen, wie weit auch andere Beamtengruppen aufgebessert werden müssen, erfordern eine längere Zeit. Durch diese Erklärung ist wohl eine Grundlage für eine Verständigung gegeben.

Abg. Kopisch (Sp.):

Der Widerspruch zwischen der Haltung der Regierung bei der Bedingungslosigkeit und heute ist verständlich. Die Regierung gibt nach, wenn es sich um Einkommen handelt. Sie nimmt eben das Geld, von wo sie es bekommen kann, namentlich wenn es für das Heer bestimmt ist. Dagegen bleibt die Regierung fest, wenn es sich um Ausgaben handelt. (Sehr richtig! links.) Daß wir bei unseren maßvollen Forderungen nicht nachgeben werden, ist selbstverständlich. Besteht die Regierung auf ihrem „Unannehmbar“, so trägt sie die Schuld an der unter den Beamten entstehenden Mißstimmung. (Bravo! bei der Sozialpartei.)

Abg. Schulz (Rp.):

Die Entscheidung der Frage, wer an dem Scheitern der Vorlage schuld hat, mag den Beamten gar nicht. Herr Dertel hat aber im zweiten Teil seiner Rede gewisse Eventualitäten für eine Verständigung mit einer Bescheidenheit angedeutet, was man so sonst nur beim Zentrum hört. (Heiterkeit.) Ich hoffe bestimmt, daß sich bei der dritten Lesung eine Verständigung finden lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Haegh (Uf.) und Abg. Werner-Hersfeld (deutsch-völk.) treten für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Der § 5, der den Reichseisenbahnbeamten die Zulage nimmt, ist von der Kommission einstimmig gestrichen worden. Ich hoffe, daß das auch im Plenum geschieht. Freilich lassen die Ausführungen der Herren Dertel und Schulz befürchten, daß der § 5 einer Verständigung zuliebe geopfert werden soll. Für meine Fraktion kann ich das unerlässlich festhalten an den Kommissionsbeschlüssen um so mehr in Aussicht stellen, als der Reichstag eine außerordentliche Beschleunigung und Befreiung bewiesen hat. Wenn die Regierung einen festen und nachhaltigen Willen des Reichstages erlebt, so wird sie nachgeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission einstimmig angenommen.

Hierauf wird fortgefahren in der Beratung des

Militäretats.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Am Schluß der gestrigen Sitzung hat der Abg. Dieckhoff sich gegen meine Ausführungen über das Stuttgarter Provinzialgewand. Ich stelle fest, daß ich ihn mit keinem Worte erwähnt habe,

weil ich gar nicht dachte, daß er in Stuttgart zugegen gewesen ist und dort sogar eine Hauptrolle gespielt hat. Mittlerweile habe ich heute früh mit einiger Mühe den offiziellen Bericht über die 1. Internationale Konferenz der Jugendorganisationen, der sonst aus dem Buchhandel zurückgezogen ist, verschaffen können. In diesem Bericht sind folgende Punkte dessen, was ich gestern gesagt habe, enthalten: Das wesentliche Ziel der antimilitaristischen Propaganda ist Verminderung und Beseitigung des militaristischen Geistes. Der denkbar größte taktische Fehler ist es, die für den Militarismus unzuverlässigen Elemente, die zur Desorganisation beitragen, von der Armee fernzuhalten, wodurch deren Gefährlichkeit vermehrt wird. (Hört! hört! rechts.) Sorgen Sie dafür, daß die internationale Jugendbewegung in dem antimilitaristischen Kampfe eine ehrenvolle Rolle spielt. Dann ist auch in dem Protokoll noch erwähnt, daß die Gründung der Jugendorganisationen für den antimilitaristischen Kampf ganz besonders geeignet sei. Nur einen Punkt habe ich in dem Protokoll nicht bestätigt gefunden, die Worte, daß die jungen Leute gegen jeden Dienst mit der Waffe mit Ekel und Abscheu erfüllt werden sollen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich kann Ihnen auch ruhig mitteilen, woher ich mein Material habe. Es ist kein Spiegelmateriale, mit derartigen Dingen befaßt sich die Herrensverwaltung nicht (Gelächter bei den Sozialdemokraten), sondern es sind die verschiedensten Publikationen in großen Berliner Zeitungen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Welche Reichsverbandspresse? Im übrigen sind die betreffenden Worte zur Charakterisierung dessen, was ich charakterisieren wollte, auch ganz unnötig, dazu genügt das, was im offiziellen Protokoll steht. Herr Liebknecht wird nicht bestreiten wollen, daß er die Bestandenheiten Worte ganz ähnlich bei anderen Gelegenheiten verwendet hat. Die ganze Sache ist also ein Streit um Worte. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir kommt es auf die Sache an, und das, was im offiziellen Protokoll steht, legt mir die Pflicht auf, gegen diese Art der Tätigkeit mit allen meinen Kräften zu kämpfen. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stücklen (soz.):

Nach dem Diskursus, den der Kriegsminister gestern gegen meine Partei unternehmen hat, wird er in der ganzen reaktionären Presse als der kommende Mann bezeichnet, der die Sozialdemokratie zu Boden werfen wird. Nun, wir sind überzeugt, wenn der Kriegsminister und seine Mitarbeiter nicht mehr da sein werden, dann werden wir noch immer da sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie es mit seinem Beweismaterial steht, hat er eben bewiesen. Mit all der stillen Enttäuschung, die ihm zur Verfügung steht, darf er uns gestern vor, wir erfüllten die Jugend mit Ekel und Abscheu vor dem Militärdienst, und heute muß er zugeben, daß diese Worte nicht im Protokoll stehen. Er sollte sein Pressebureau beauftragen, ihn besser zu informieren. Er wollte aus der unangenehmen Situation damit hinausbleiben, daß er sagte, es kommt nicht auf die Worte, sondern auf den Sinn an. Sowohl auf den Sinn, den er in die Worte hineinlegt, den aber Liebknecht keineswegs im Auge gehabt hat. Die Zeitungen, auf die er sich bezieht, sind natürlich die fassiam bekannte Reichsverbandspresse, die täglich neue Schwindeleien über die Sozialdemokratie verbreitet.

Im übrigen haben wir es ganz gern, wenn mit offenem Visier gegen uns gekämpft wird. Der Kriegsminister brachte wenigstens einen anderen Ton in die Militärdébatte. Im übrigen konnte man bei den Reden glauben, sich in einem

Kriegsvereine

zu befinden, der eine neue Fahne weicht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Diese Lobhudeleien müssen den Kriegsminister geradezu anregen, mit neuen Forderungen zu kommen. Stürmische Heiterkeit erregte es, als der Kriegsminister sagte, er sei auf dem besten Wege zur Sparsamkeit. Jawohl!

Der Weg zur Sparsamkeit führt durch die Viktoriastraße.

(Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister vermisse, daß wir keine Anerkennung für die glatte Durchführung der Militärvorlage gehabt hätten. Dazu hatten wir keinen Anlaß. Die Vermutung war dabei keineswegs vor eine unerwartete Aufgabe gestellt. Die Vorbereitungen liegen Jahr und Tag zurück. Außerordentliches ist also nicht geleistet, wenn ich auch zugebe, daß die übliche Arbeitszeit von 10-3 nicht in allen Fällen eingehalten werden konnte. (Heiterkeit bei den Soz.) Es wäre noch schöner, wenn eine Verwaltung, die uns so viel Millionen kostet, bei solchen Aufgaben versagen würde. Wenn die große Zahl der Aushebungen das Wirtschaftsleben nicht geführt haben, so lag das an der gegenwärtigen Krise. In der Konjunktur werden uns die mehr als 100 000 Arbeitskräfte sehr fehlen, die jetzt in Kasernen untergebracht sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch daß die Vermehrung der Unteroffiziere keine Schwierigkeit gemacht hat, hängt mit der Krise zusammen, die die Leute eher veranlaßt, noch einige Zeit zu kapitalisieren. Die 38 000 Ueberzähligen, von denen der Minister sprach, werden zweifellos die Rüstungstreiber veranlassen, eine neue Militärvorlage zu verlangen. Interessant war, daß in der Kommission ein Brief einer Festungsbauverwaltung an einen Unternehmer vorgelegt werden konnte, er möge sich auf umfassende Arbeiten vorbereiten, sie aber zunächst kreditieren, denn sie sollen bezahlt werden von dem Wehrbeitrag. (Hört! hört! bei den Soz.) Ich habe ja nicht geglaubt, daß die Regierung etwas wieder hergeben wird, was sie schon bekommen hat, und nun hören wir, daß die Ueberzähligen in Zement und Beton angelegt werden sollen. (Heiterkeit.) Wenn auch der Kriegsminister sagte, momentan werde an seiner neuen Vorlage gearbeitet, so kann er doch nicht wissen, was das Militärkabinett mit der Zeit für Wünsche hat. Unsere Resolutionen bei der Militärvorlage nannte Herr Erzberger Hypotheken, mit denen die Vorlage belastet sei. Das sind aber

sehr oberflächliche Hypotheken,

die nicht verjinst werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß ist in den letzten Jahren manches für die Soldaten erzielt worden, aber erst nach langen Kämpfen hat die Verwaltung das der Not gehörende bewilligt. Alles, was uns geboten worden ist, ist doch nur ein Tropfen auf einem heißen Stein und am System wird dabei gar nichts geändert. Mit der ärztlichen Verlorenung der Armee steht es sehr schlecht, es fehlen 57 Proz. der Assistenzärzte. Die dem Mangel wäre leicht abzuhelfen, wenn man konfessionelle Rücksichten bei der Besetzung dieser Stelle zur Seite lassen und den Ärzten die Studienjahre anerkennen würde. Wie die Militärverwaltung sich über Wünsche des Reichstags hinwegsetzt, beweist folgendes: Wir haben eine Verminderung der Adjutanten beabsichtigt. Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der in der Armee gar keine Rolle spielt, hatte fünf Adjutanten. Wir wollten ihm im Höchstfall einen zubilligen. Was hat man getan? Er hat drei Söhne, zwei sind Offiziere, der jüngste erst 18 Jahre. Die beiden Offiziere sind in Danzig bei den Leibhusaren, sind aber meist wo anders. (Heiterkeit.) Bisher haben wir von ihren Leistungen nichts gehört, als daß sie mit ihren Automobilen Menschen überfahren haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt erhalten sie jeder einen Adjutanten und der jüngste Sohn auch einen. So ist nur ein Adjutant gepart. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch bei der Baubewertung wird gar nicht gespart. Im kleinsten Kest, wo eine Kaserne gebaut wird, baut man auch gleich ein Offizierkasino. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn jedes Jahr rund 1200 Millionen für das Militär ausgegeben werden müssen.

Gegen die

Militärmishandlungen

will der Kriegsminister mit aller Entschiedenheit eintreten. Einen Gefolg wird er aber erst dann haben, wenn jeder Soldatenhändler, und vor allem jeder Offizier, in dessen Kompanie oder Eskadron Soldatenmishandlungen mehrfach vorkommen, sofort davon gejagt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein

Offizier, der sich an einem Soldaten vergreift, beweist Bodenlosigkeit, denn der Soldat kann sich nicht wehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie verhält sich das mit dem angeblich höher gespannten Gefühl der Offiziere? Zu unserer Kenntnis kommen ja nur die Fälle von Mishandlungen, die den Gegenstand gerichtlicher Verhandlung bilden. Wir erleben es aber vielfach, daß entlassene Soldaten hinterher Anzeige erhalten, und dann kommt heraus, daß bei dem Truppenteil jahrelang systematisch mishandelt worden ist. Wenn wir diese Fälle vorbringen, so wollen wir damit nicht die Armee herabsetzen, sondern auf die schwachen Stellen des Militarismus hinweisen, und vor allem für die Söhne des Volkes eintreten, die nicht in die Kaserne kommen, um da mishandelt zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sogar Unteroffiziere und Einjährige werden drangsalirt. Ein Unteroffizier hat sich das Leben genommen, weil er die Qualereien seines Hauptmanns nicht mehr aushalten konnte. Der Hauptmann schrieb dann an die Eltern im trockenen Geschäftston, ihr Sohn habe sich erschossen, er bedaure das, könne es aber nicht ändern; er hoffe, daß die Eltern mehr Freude an ihren anderen Kindern erleben würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von einem Kameraden des Verstorbenen erhielten die Eltern dann einen Brief, worin es hieß, sie würden anders über die Tat ihres Sohnes denken, wenn sie wüßten, was ihn dazu getrieben hat, er sei sehr beliebt gewesen, er würde sich deutlicher ausdrücken, aber es sei ihm verboten worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber die Unteroffiziere als Zeugen angegeben würden, würden sie ihm treu zur Seite stehen. Sie seien froh, wenn sie den Hauptmann loswürden. Ein Unteroffizier wollte zur Verteidigung fahren, das hat der Hauptmann verboten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wie werden die Reservisten behandelt? Offiziere, die doch gebildete Leute sein wollen, scheuen sich nicht, mit rohesten Schimpfworten, die kein Siechtreiber gebrauchen würde, die Leute zu belegen. Ein Leutnant, der schon vorbestraft war, wurde vom Erfurter Kriegsgericht mit fünf Tagen Stubenarrest belegt, weil er Reservisten betitelt hatte mit "Sauberer" usw., sie gefragt hatte, ob er ihnen die Freisei zuherde solle". In einem Regiment in Okerode wurden verheiratete Leute bezeichnet als "Schweinepriester", "Schuße", "miserable Bekien", "Hundsstötter", "Wade" — das war ja damals üblich. Der Kriegsminister sagt, wir verhegen die Soldaten, wir tragen Unzufriedenheit in ihre Reihen. Rein, das tun nicht wir, das tun solche Unteroffiziere und Offiziere. Die neueste Methode für Soldatenmishandlungen, die keine körperlichen Schmerzen, aber Ekel verursacht, scheint jetzt das

Austrinken von Spundäpfeln

zu sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Selbstmorde in der deutschen Armee ist ziemlich groß. Selbstmorde sind von 1870 bis 1910 2353 vorgekommen. Selbstmorde, die mit dem Tode geendet haben, 10 439. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den meisten Fällen aus Furcht vor Strafe.

Rund 3000 Mann werden jährlich wegen militärischer Vergehen gegen Vorgesetzte bestraft. Herr v. Einem meinte, ebenso wie gestern der Kriegsminister, eigentlich sei unsere Agitation daran schuld, die die Leute dazu aufreißt, die Unteroffiziere zu reizen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister regte sich darüber auf, daß der "Vorwärts" seine Kritik davon genommen habe, daß 9 Offiziere mit der Rettungsmedaille deforziert wurden. Das hängt mit der Zeitungstechnik zusammen. Geht es etwas dazwischen in Berlin, so bringt es der "Vorwärts", aber natürlich nicht, wenn es in irgend einem Winkel passiert. Dann hört er nichts davon. Kann übrigens das Verdienst dieser Offiziere die anderen entschuldigen, die sich Mishandlungen zuschulden kommen lassen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und weiß der Kriegsminister nicht, wie bei großen Grubenkatastrophen die Bergarbeiter ihr Leben in die Schanze schlagen zur Rettung ihrer Kameraden? Wieviel haben dabei opfermütig ihr Leben eingebüßt! Diese Arbeiter aber bekommen keine Medaille, sie wollen auch nicht mit einem Stück Metall an der Brust herumlaufen, ihre Belohnung finden sie in dem Gefühl erfüllter Menschenpflicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann sprach der Kriegsminister

von der neuen Verordnung über den Waffengebrauch des Militärs, in der Dr. Müller-Reinigen einen großen Fortschritt erblickte. Ich glaube, er wäre durch die Erfahrungen mit dem "liberalen" Reichsvereinsgesetz kuriert worden. Tatsächlich bringen die neuen Vorschriften eine entschiedene Verschlechterung statt einer Verbesserung. Für den Offizier gibt es die Putativnotwehr wie im bürgerlichen Leben für den reichen Mann die Reptomantie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach der neuen Verordnung kann das Militär eingreifen, wenn der Offizier annimmt, die Zivilbehörde sei nicht mehr in der Lage, Militär zu requirieren. Verordnungen von derartig weitgehender Bedeutung müßten vor allem durch die Gesetzgebung geregelt werden. Bei uns aber soll alles Ausfluß der Kommandogewalt sein. Da könnte man schließlich den ganzen Militäretat als Ausfluß der Kommandogewalt hinstellen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister wollte gestern seinen Kommentar zu den neuen Vorschriften geben. Es war vorzüglich, daß er sich nicht binden wollte. In der Tat proklamiert man mit der Verordnung die Allmacht des Militärs. Ich will hoffen, daß man in anderen Gebieten des Reiches die Verordnung nicht annimmt.

Wegen der Verweigerung des Ausbaues des Pressebureaus ist die Budgetkommission von der Presse angegriffen worden. In der Kommission wird der Minister für seine Forderung auf die "Marine-Rundschau" hin. Gerade das muß uns stutzig machen, denn die "Marine-Rundschau" hat in sehr geschickter Weise jede Marinevorlage vorzubereiten verstanden. Auch der Kriegsminister scheint ein Organ zur politischen Stimmungsmache haben zu wollen. Die Beschäftigung inaktiver Offiziere im Pressebureau lehnt der Kriegsminister ab; er will eben überall aktive Offiziere beschäftigen, auch da, wo inaktive sehr gut an Plaz wären. Dem Abgeordneten Schulz warf er vor, mir Spott und Hohn dafür zu haben, daß das Ministerium den verabschiedeten Offizieren helfen will. Dabei hat Schulz nur und mit Recht die Zumutung ironisiert, solche Offiziere in bezorgten kaufmännischen Stellungen zu verwenden. Diese Zumutung zeigt ja

die ganze Ahnungslosigkeit des Kriegsministers

von den witzlichen Zuständen des kaufmännischen Lebens. Ein verabschiedeter Offizier mag sich allenfalls zum Verkäufer in einem Zigarrengeschäft eignen, sonst könnte ihn höchstens die Firma Krupp verwenden. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) aber auch nur, wenn er ihr Nachrichten zu liefern imstande ist, die sie sich sonst durch Kornwälder beschaffen müßte. Wie weit die Zumutungen in dieser Richtung gehen, zeigt ein Schreiben, das die freie Gewerkschaft der Lithographen erhalten hat, sie möge doch im Auftragsdienst verabschiedete Offiziere verwenden. Etwa als Streikposten oder zum Einfließen der Beiträge und zur Verbreitung von Flugblättern? (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Gewiß ist monder pensionierte Offizier in einer sehr traurigen Lage. Aber man soll die Offiziere länger im Dienst lassen; warum muß denn ein Hauptmann deshalb verabschiedet werden, weil sein hintermann Major wird? Wir haben jetzt bereits in Pension 35 kommandierende Generale: a 19 000 M., 250 Generalleutnants a 13 000 M., 640 Generalmajore a 9 000 M., im ganzen 905 pensionierte Generale, die allein schon einen Kriegervein bilden können. (Heiterkeit.) Dazu kommen 870 Regimentskommandeure, 2700 Stabsoffiziere, die zum größten Teil sicherlich zu früh pensioniert sind. Wären die Pensionierungsgrundsätze von heute früher in Gebrauch gewesen, so hätte Wolke schon vor 1866 aus der Armee ausgeschieden müssen. Den pensionierten Herren wird bei ihrer robusten Gesundheit die Zeit lang, und daher machen sie sich unangenehm bemerkbar. Die Namen Liebert, Reim, Wrochem bedeuten ja allein schon ein Programm. Keine Woche vergeht, ohne daß Herr Reim beweist, wir hätten zu wenig

Soldaten. Ein anderer General, v. Krafft, macht sich anders bemerkbar durch seinen Angriff auf die bayerische Armee, den er freilich nachher nicht gemacht haben wollte. General Reim hat den Reichstag eine gemischte Gesellschaft genannt. Dabei wollte er selbst hinein; er kandidierte bei den letzten Wahlen in Hannover und sogte in einer Wahlrede, er fühle sich eng verbunden mit Hannover, denn er habe früher ein hannoversches Pferd geritten. (Schallende Heiterkeit.) Bei ihren Zeitungsaufsätzen sehen die Herren ihren Generalstiel bei. Der unangenehme Leser glaubt dann an eine große Persönlichkeit, wie Molke, Raan, Blumenthal. Aber es gibt Generale, die lediglich im Felddienst groß geworden sind. Nach Petersburg haben wir jetzt einen geschickt, der nur als Musiker bekannt geworden ist, und einen haben wir, der es als aktiver Offizier nur bis zum Leutnant gebracht hat, das ist der

General v. Reimann-Gollweg.

(Große Heiterkeit.) Wer in Preußen etwas ist, muß eben Uniform haben, denn diesen General im Ernstfall zu verwenden, daran denkt ja niemand.

Der Kriegsminister bestritt die Bevorzugung des Adels in der Armee, und in der Kommission wies General Wild v. Hohenborn darauf hin, daß auch Söhne von Unteroffizieren und kleinen Beamten Offiziere seien. Lieber hat er uns nicht gesagt, in welchen Garnisonen sie stehen. In der "Post" wird ein Notbehalt veröffentlicht, von dem Sohn eines Subalternbeamten, der jede Qualifikation zum Offizier und dessen Vater auch das genügende Vermögen hat, der aber von seinem Regiment angenommen wurde, weil ihm eben die notwendigen Konnexionen und verwandtschaftlichen Verbindungen fehlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Offiziere an der Grenze sollten sich doch größere Zurückhaltung auferlegen wie der temperamentvolle General v. Deimling in Stralsburg. Herr Rogalla v. Bieberstein wollte ja nationale Politik in der Armee haben; der Kriegsminister sollte sich darauf nicht einlassen; die Politik würde bei den Offizieren nicht halt machen, und wir könnten dann in einem Regiment eine konservative Kompanie haben, eine nationalliberale, vielleicht auch eine Zentrumskompanie. (Heiterkeit.) Die Behauptung des Kriegsministers, die Sozialdemokratie nähre den Haß gegen die Armee, ist von Abgeordneten Liebknecht schon richtiggestellt. Geradezu unerhörte aber ist es, wenn der Kriegsminister in diesem Zusammenhang das Eintreten für unsere Partei, die stärkste im Volke, die zahlreichste hier im Hause, unmoralisch nennt. Eine solche Beschimpfung verbiten wir uns. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Jugend ist mindestens so moralisch wie die Studenten, die Schulsleute verprügeln, die den Unteroffizier Peit überfallen haben; sie ist mindestens so moralisch wie die Jugend der besitzenden Klassen, die dem lieben Herrgott den Tag abstiehlt. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister wollte sein Wort damit begründen, daß wir Republikaner seien. Galt er die französischen, hält er die schweizerischen Offiziere für unmoralisch? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Hamburg!) Einer dieser unmoralischen Offiziere hat seinen obersten Kriegsherrn während der schweizerischen Manöver bewacht; dieser Offizier war dazu noch ein Parteigenosse von uns. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich hat der Kriegsminister dem Abgeordneten Schulz zum Vorwurf gemacht, er hätte gesagt, in Zukunft würde man nicht mehr mit denselben Heeren in den Krieg ziehen wie früher. Aber Schulz hat vollkommenes Recht. Das Deutsche Reich allein stellt mehr als 6 Millionen Soldaten. Glaubt denn der Kriegsminister, daß man solche Massenheere annähernd bewegen kann? Das Generalstabswort über den Krieg von 70/71 gibt in ganz ungeschämter Weise die Schwierigkeiten der Ernennung und Verpflegung zu. Der Kriegsminister entrißte sich auch über die Gliederung von Gneisenau, Bohn und Scharnhorst. Gegenüber dem damaligen vertriebenen, durch jungerliche Offiziere bezwungener Heere waren die Scharnhorst usw. geradezu antimilitaristisch; sie waren Heeresreformer wie wir heute. Wenn Sie (noch rechts) übrigens alle waffenfähigen Mannschaften ausbilden wollen, so müssen Sie unbedingt zur Wehrdienst kommen. Ein Wehrdienst ist auch vollkommen geeignet zur Verteidigung des Vaterlandes. Machen Sie dem Arbeiter das Vaterland lieb und wert, dann wird er mit seiner ganzen Begeisterung dafür kämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen, daß menschenwürdige Zustände für die Soldaten

geschaffen werden und wir verlangen vor allem die Einführung der Wehr. Das hat auch Bebel dem Genossen Branding geschrieben. — Für die Rüstungstreiber ist es ausgemacht, daß es bald zu einem blutigen Kriege kommen wird. Die Arbeiterstadt aber will den Frieden. Sie weiß, daß sie nur einen Feind hat, das Großkapital. Die Leute, die zum Kriege gehen, haben in der Regel selbst nichts zu verlieren. Es ist sehr einfach, wenn man in warmen Zimmern sitzt und für sein Vaterland. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir lieben auch unser Vaterland, obwohl wir von ihm nicht die materiellen Vorteile haben wie andere Kreise, deren Vaterlandsliebe einen starken metallischen Beigeschmack hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie sind auch gegen den Militarismus, weil er zugleich verbannt werden soll gegen den inneren Feind. Sollen wir etwa die Gewehre bewilligen, mit denen eventuell auf uns geschossen werden soll? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister hat die Sozialdemokratie als unmoralisch bezeichnet. Was der Kriegsminister da gegen uns hinaufgeworfen hat, berührt uns nicht. Die Sozialdemokratie steht zu hoch, als daß sie solche Anwürfe erreichen könnten. (Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.) Wir werden den Kampf gegen die Militarismus mit aller Schärfe weiterführen und wir sind überzeugt, daß wir in diesem Kampfe Sieger bleiben werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Ich habe nicht die Sozialdemokratie unmoralisch genannt, sondern die Bestrebungen, das Heer, den Schutz unseres Vaterlandes, zu desorganisieren. Der Vordredner hat gesagt, es hänge vom Chef des Militärkabinetts ab, wann die nächste Militärvorlage kommt. Ich stelle fest, daß der Chef des Militärkabinetts in seinem Arbeitsgebiet damit nichts zu tun hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zuruf: Hinien herum! Der Vordredner hat weiter gesagt, daß seit 1870 über 50 000 Jahre Zuchtans und Gefängnis im Heere verhängt seien. Schade, daß er nicht auf das Jahr 1763 zurückgegangen ist, dann wäre die Zahl noch größer geworden. (Heiterkeit rechts.) Im übrigen entbehrt diese Zahl jeder Unterlage. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die Kriminalstatistik über militärische und bürgerliche Delikte enthält keinerlei Angaben über die Höhe der einzelnen Strafarten verhängten Strafen. — Die Selbstmordziffer beträgt 0,43 pro Tausend beim Militär, bei der Zivilbevölkerung von 20-25 Jahren 0,36 pro Tausend.

Abg. Axtor (3.):

Die Rede des Vordredners hat auf die große Reichheit des Reichstags keinen Eindruck gemacht und wird sicher auch auf die große Wehrheit des deutschen Volkes keinen Eindruck machen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Unser Volk ist stolz auf unsere musterhafte Armee und wird sich die Freude daran nicht nehmen lassen. (Auf: Hurra! hurra! bei den Sozialdemokraten.) — Der Redner fordert weiter den Kriegsminister auf, seinen Einfluß geltend zu machen gegen die konfessionelle Spaltung in den Kriegervereinen.

Abg. Götting (noll.):

Das Ausland wird sich über die Reden der Sozialdemokraten zum Militäretat mehr freuen als die Mehrzahl des deutschen Volkes. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Die Redewirkungen

Im Passage-Kaufhaus Friedrichstr. 110-112

Konkursmassen-Ausverkauf der W. Wertheim G. m. b. H.

20 bis 50 Proz. Ermäßigung

Verkauf 9-1 Uhr und 3 1/2-8 Uhr.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 8. Mai 1914.
 Anfang 5 Uhr.
Passage-Theater. Rino-Varieté.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
Cinec Hollendorfer-Theater.
 Histoire d'un Pierrot.
 Anfang 7 Uhr.
Rgl. Schauspielhaus. Beer Gant.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
 Teufisches. Was ihr mocht.
 Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem Imperator nach New York.
 Festung. Mitternacht. Kammerstücke. Frühlings Erwachen.
Teufliches Künstler-Theater.
 Der Raub der Sabinerinnen.
 Berliner. Wie einst im Mai.
 Königsgräber Straße. Mr. Wu.
 Theater des Westens. Polenblut.
 Theater am Nollendorfplatz. Der Juxbaron.
 Deutsches Künstlertheater. Theater-Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Freitag, 8 Uhr.
Der Raub der Sabinerinnen.
 Sonnabend, 8 Uhr.
 Schneider Wibbel.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Morgen 4. 100. Male.
Die Förster-Christl.
Walhalla-Theater.
 Weinbergweg 19/20.
Die Dollarprinzessin.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Die Dollarprinzessin.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 104.
Die Tochter des Heimkehrten.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonnabend u. Sonntag, nachm. 3 Uhr:
 Die Tochter des Heimkehrten.
 Sonntag, ab. 8 Uhr: Die Kino-Königin.
Passage-Panoptikum.
 Lebend!
Die letzten weiblichen Azteken!
 Der unfesselbare Rappo,
 der König der Ausbrecher.
 Aga, die schwebende Jungfrau.
 Buddhas Geistertafel.
 Alles ohne Extra-Entree!
 Entr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.
Schiller-Theater O. Theater.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Gesechäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Heiligewald.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heiligewald.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Rosenmontag.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).

Theater in der Königsgräber Straße
 Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
 8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
 Theater an der Weidendammbrücke.
 Täglich 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2: **Der müde Theodor**
 mit Henry Bender als Gast.
 Stürmischer Vaherfolg laut einflussreichem Bericht der Presse.
Residenz-Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
 Schwan in 3 Akten von Henri Kéroul und Albert Géré.
 Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Theater am Nollendorfplatz 5.
 8 Uhr:
Der Juxbaron.
Deutsches Künstlertheater
Theater-Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Freitag, 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
 Sonnabend, 8 Uhr:
 Schneider Wibbel.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Morgen 4. 100. Male.
Die Förster-Christl.
Walhalla-Theater.
 Weinbergweg 19/20.
Die Dollarprinzessin.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Die Dollarprinzessin.

Donnerstag, den 21. Mai 1914 (Himmelfahrtstag), in sämtlichen Räumen und im großen Garten der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23:

Großes Maifest der „Gottlosen“

Chor- u. Sologesang. Humoristische Vorführungen.
Klein Elfishens Maientraum
 Märchenszene mit Kissenreigen, dargestellt v. Kindern d. Gemeinde, arrangiert v. B. Schröder.
Der Gottlosen Höllenfahrt. — Frei nach Dantes „Göttlicher Komödie“. — Worte vom Stadtverordneten Waldek Manasse.
 Auftreten der Opern- und Konzertsängerin Elsa Himmel-Maneke. — Rezitationen: Schauspielerin Fri. Maneke, (Prometheus von Goethe, Glaubensbekenntnis von Vischer usw.)
Festvortrag des Landtagsabgeordneten **„Warum sind wir gottlos?“**
 Adolf Hoffmann: Festzeltung. × Masengesänge. × An der Orgel: Herr Organist Ernst Himmel.
 Von 2 Uhr ab ist die Kaffeeküche geöffnet zum **BRÄUEN** des schwärzesten Hexentranks. **GROSSER BALL.** Eintrittspreis 30 Pf.
 Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. — Billetts a 30 Pf. sind zu haben bei R. Nitzke, Neukölln, Erlanger Str. 12 IV; A. Hoffmann, Blumenstr. 22 I; A. Röder, Dänenstr. 9; Geschäftsstelle Pappel-Allee 15-17; O. Kohlhart, Alexandrinenstr. 21 IV; Barothia, Stralauer Platz 10-11; F. Ewald, Schönleinstr. 6.
Die Freireligiöse Gemeinde. I. A.: A. Hoffmann.

Metropol-Theater.
 abends 7 Uhr 55 präzis:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
Mit dem „Imperator“ nach New York.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**

ZOOLOG
ischer Garten
 Tägl. ab 4 Uhr: **Militär-Konzert.**
 Vom 15. Mai 1914 ab:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintrittspreise:
 Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Aquar. 1 M. v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo
 Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! Neu! AQUARIUM
 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends

Zirkus Busch
 Gastspiel des Deutschen Theaters
 Direktion: Max Reinhardt.
Das Mirakel
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1-10 M.

WINTERGARTEN
 Neues Programm!
Rajah
 in ihren Tänzen
 Johnson u. Dean Jeanette Denarber
 mit ihrem Ragtime- Sextett Ballon und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
 Entreeplatz wochentags M. 0.60.
 — Rauchen gestattet! —

Folies Caprice.
 8 1/4 { **Tobwabohn Das Mirakel Das Erdbeben.**

Heute:
 Sonderwettbewerbe für Hummer, Langusten- und Krebschüsseln.
 :: Gemüsegerichte ohne Fleisch. ::
Clou
 vom 6. bis 17. Mai.
 Täglich 10-8 Uhr. :. Eintritt 1 Mark. :. Konzert 4-8 Uhr.

Apollo-Theater.
 8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Otto Reutter
 u. das übrige Mai-Variétéprogramm.
 Rauchen gestattet!

Casino-Theater
 Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Litko Carlsen in „Der Glückspilz“, Juana, 3 Taubertis, Mlle. Lolita.
 Hierzu der große Lustspiel-Schlager
Wo die Liebe hinfällt.
 Stürmischer Vaherfolg.

Brauerei Friedrichshain.
 Nur Freitag, den 8. Mai 1914: Nur
Gastspiel von Johann Strauß
 aus Wien
 Dirigent u. D. der k. k. österr. Hofballmusik mit seiner vollständigen Kapelle.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Herr Direktor Kuhlische
 Burleske von Weyfel.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 1/2 Uhr.

Voigt-Theater
 Badstraße 58.
 Freitag, den 8. Mai 1914:
Prinz und Bettlerin
 Entfaltungskomödie in 6 Bildern von E. B. Lup.
 Raffenerden. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Voraussage. Freitag, den 15. Mai:
 Benedt D. Wein „Der Liebe Erwachen“
Admiralspalast.
 Eis-Arena.
 Die Novität „Im Tangoklub“
 und zum 24. Male das effektvolle Eiskabarett **„Die lustige Fuppe“.** Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
 Wein- und Bier-Abteilung.

H. Detken & Co.
 Tel.: Morichplatz 13 268 **Oranienstraße 166** Nähe dem Oranienplatz
 Katalog gratis Katalog gratis
Mod. Spezialhaus f. Herren- u. Knaben-Garderobe
 Für pa. Verarbeitung u. tadellof. Sich übernehmen wir jede Garantie
 Katalog gratis
 In größter Auswahl **Leichte Sommer-Kleidung** in den neuesten Dessins und Formen
Lüster-Sakkos in schwarz, blau und farbig M. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 usw.
Leinen-Anzüge 1- u. 2-reih., aparteformen M. 12, 13, 14, 15, 16 usw.
Wash-Sakkos dauerhafte halb. Qualität M. 1.25, 2, 2.50, 3, 4, 5 usw.
Tennis-Hosen in waschb. Körper u. flanel M. 5.50, 6, 8, 10, 12, 14 usw.
 Wash- und Phantastie-Westen, Gürtelwesten, sowie Ledergürtel in großer Auswahl
 Knaben-Wash-Anzüge, Blusen und Hosen in waschachten Qual. in jeder Art, gr. Auswahl
 Herren- und Jünglings-Jackett-Anzüge, Sport-Paletots, Uster, Marengo-Paletots in nur neuen Formen und Dessins, in großer Auswahl am Lager.

Aus der Frauenbewegung.

Unsere Kinderferienspiele.

1.

Seit Jahren werden in vielen Wahlvereinen Groß-Berlins von den Genossinnen die Ferienspiele für die Kinder des Proletariats eifrig gepflegt. Immer um diese Jahreszeit beginnen die Genossinnen mit ihren Vorbereitungen. Aus der Mitte der Genossinnen heraus ist die Bewegung fast überall entstanden. Die Beobachtung des Lebens der Proletarierkinder, wozu besonders die Arbeit auf dem Gebiete des Kinderunterrichts unseren Frauen reichliche Gelegenheit gibt, ruft den Gedanken an die Ferienspiele ja auch leicht wach. Sie läßt die Genossinnen tief in das namenlose Elend der vom Kapitalismus zerstörten Proletarierfamilie blicken, unter dem grobe Massen von Arbeiterkindern schmerzhaft leiden. Tausende von Proletarierkindern wissen nichts von der vielgepriesenen Sorglosigkeit der Jugend. Frühzeitig müssen sie Hand anlegen, indem sie entweder die Mutter bei der Versorgung der Wirtschaft unterstützen und jüngere Geschwister warten oder gar selbst durch allerlei Arbeit Geld verdienen.

Auch die Schulferien bringen ihnen keine Abwechslung und Erholung. Blutenden Herzen sehen viele Proletariermütter, wie ihre Kleinen auch in den Ferien die freien Stunden in engen, lichtlosen Höfen oder auf staubigen, gefahrenen Straßen verbringen müssen. Sie können nicht von der Nähmaschine oder aus der Arbeit fort, um ihre Lieblinge ins Freie zu führen. Sie mühen denn aufs Best verzichten, um für sich und ihre Kinder Ferienfreizeit zu schaffen. Eine bittere Freiheit wäre es zwar, Brot und Licht, Luft und Sonne gewährt ihnen die gottgewollte Weltordnung nicht.

Aber was der schwache einzelne nicht vermag, vollbringt auch hier die Gesamtheit. Auch hier führt die gemeinsame Arbeit, die Arbeit der Organisationen zum Ziele. Die Organisation kann die Kinder versammeln und unter dem Schutz erfahrener Freunde der Jugend zu gemeinsamen Spielen ins Freie führen. Tausend Proletariermütter werden ihr dafür danken, viele kleine Kinderstümpfen werden dadurch das Leben erleben.

Wie die Dinge liegen, wird diese Arbeit in der Hauptsache unseren Frauen zufallen. Sie ist denn auch überall von ihnen mit großem Fleiß und regem Interesse geleistet worden. Dort aber, wo die Ferienspiele noch nicht gepflegt wurden, müssen wir unverzüglich an die Arbeit gehen.

Diese Arbeit bietet zahlreichen Genossinnen eine willkommene Gelegenheit zur Betätigung. Das Betätigungsfeld unserer Frauen ist ohnehin relativ eng, da ihnen politische Rechte noch völlig fehlen. Ihre Hauptarbeit ist auf die Agitation für die Partei unter den proletarischen Frauen und für die Erlangung staatsbürgerlicher Rechte gerichtet. So groß und dankbar diese Arbeit ist, so liegt sie doch vielen Frauen auch leicht verständlichen Gründen nicht. Sie können in der Sorge für die Kinder in der Kinderbeschäftigung und bei den Ferienspielen eine schöne Gelegenheit zu sozialer und menschlicher Betätigung finden. Die proletarische Organisation gewinnt dadurch für sie an Wert, ihr Interesse wird reger und wird schließlich über die Gründe der Arbeit in der proletarischen Kinderwelt den allgemeinen großen politischen Dingen zugeführt.

Die Leiterinnen der Ferienspiele müssen mit großem Verantwortungsgedanke erfüllt sein. Bei jedem Schritt, den wir zur Erfüllung unserer Aufgabe tun, müssen wir bedenken, daß wir für Kinder zu sorgen haben, für fremde Kinder, für das unersetzliche Gut vieler Eltern. Das zwingt uns zu besonderer Strengehaftigkeit und Sorgfalt. Das muß der ganzen Arbeit den Stempel aufdrücken. Allen Dingen, auch den scheinbar unbedeutenden, müssen wir größte Beachtung schenken. Darum ist sehr zeitig mit den Vorbereitungen zu beginnen, damit die Kommissionen Zeit zur ruhigen und gewissenhaften Beratung aller Fragen haben.

Schon die Bekanntmachung des Treffpunktes muß den Geist größter Sorgfalt und Genauigkeit aimen. Die Angaben über Treffpunkt und Treffzeit, über das Mitbringen von Runderbrot und Geld müssen vollkommen klar gefaßt sein. Gut wäre es auch, wenn diese Ankündigung Angaben über die Rückkehr der Kinder enthält, damit die Eltern ihre Kinder an einer bestimmten Stelle, die ebenfalls genannt werden müßte, abholen können. Treffpunkt und -zeit, sowie Zeit der Rückkehr und Ort der Trennung müssen dann für jeden Spieltag dieselben sein. Häufiger Wechsel bringt leicht Verwirrung und Irrtümer hervor.

Die Frage des Spielplatzes wird nur in der inneren Stadt Schwierigkeiten machen. Ihre Beantwortung ist auch ganz von den lokalen Verhältnissen abhängig. Die Außenbezirke der Stadt und die Vororte möchten wir nur empfehlen, wenn irgend möglich nahe gelegenen Waldungen bei der Wahl des Platzes den Vorzug zu geben. Auch wenn ein kleiner Park oder eine Fahrt mit der Straßenbahn zur Erreichung des Platzes nötig ist, sollen wir nicht davor zurückschrecken. Die damit verbundene Mühe der Leiterinnen wird reichlich entschädigt durch die größere Freude, die sie den Kindern damit machen. Kein noch so schöner Spielplatz in einem öffentlichen Park vermag den Kindern die Freiheit des Waldes zu bieten, die erst das Gefühl der ungeschundenen Sorglosigkeit, der Freiheit von allem hemmenden Druck und engen Zwang völlig zur Entfaltung bringt. Das aber sind ja eben die Empfindungen, die wir vor allem in den Kindern wachrufen wollen. Sie sollen innerlich wachsen, sollen ganz froh werden in der Ferienzeit. Darum müssen sie völlig heraus aus den beengenden kleinen und drückenden Altagsgedanken. In diesem Moment liegt auch ein Teil des Wertes dieser Arbeit für unsere Sache selbst: von dieser freieren Lebensbetätigung und dem sich dadurch entwickelnden stärkeren Selbstbewußtsein bleibt sicher etwas für das ganze spätere Leben der jungen Proletarier übrig. Wir tragen also durch diese Arbeit dazu bei, Menschen zu entwickeln, wie wir sie brauchen.

Die höhere Tochter.

Die höhere Tochter ist eine Pflanze, zuweilen auch eine Gumpfpflanze, die ihre Wurzeln in dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft hat. Von ihr erzählt sie ihre Nährkraft. Von ihr wird sie verherrlicht als das holde Mädchenwunder, das Auge und Herz durch sein Erblühen erregt; trotzdem man meinen sollte, daß für ein solches Mädchenwunder in unserem industriellen und materiellen Zeitalter kaum noch Raum ist. So lange aber dies Wunder der höheren Tochter nicht verschwindet, so lange wird die bürgerliche Frauenbewegung niemals so um sich greifen wie es notwendig wäre, wenn sie ihr Ziel erreichen will: die Stellung der Frau zu beheben. Es ist richtig, daß es von Seiten der bürgerlichen Frauenbewegung nicht an Bemühungen fehlt, durch eine andere Erziehung die höhere Tochter aus der Welt zu schaffen. Es sind Mädchen- oder doch immer nur eine Kinderheit, die von diesen Bildungsmöglichkeiten Gebrauch macht. Auch der Unterricht in den höheren Mädchenschulen hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert und ist weniger oberflächlich geworden. Was sich aber nicht geändert hat, das ist der Boden, in dem die höhere Tochter wurzelt. Sie fühlt sich von vornherein zu Höherem berufen, weil sie eine höhere Schule besucht. Den Vorzug erweist sie aber nicht darin, daß ihr viele Bildungsmöglichkeiten gegeben sind, die den Kindern der Armen fehlen,

sondern lediglich darin, daß sie kraft des gefüllten Geldbeutels ihres Vaters bessere Schulen besuchen kann. Es fällt ihr auch gar nicht ein, von den gebotenen Bildungsmöglichkeiten den richtigen Gebrauch zu machen. Sie besucht die Schule ja nicht als Vorbereitung für einen später zu erwerbenden Beruf, sondern lediglich, weil es nun mal Sitte ist, in die Schule zu gehen. Sie strengt sich daher auch nicht allzu sehr an. Die richtige höhere Tochter hat ein Fräulein, die ihr bei den Schularbeiten hilft. Vieciel von dem Resultat auf Rechnung des Fräuleins zu sehen ist, wird schwer festzustellen sein. Die Mama findet auch die viele Mathematik und anderes höchst überflüssig und tut wenig, um den Bildungsseifer der höheren Tochter zu fördern. Mutter wie Tochter legen mehr Wert auf die Päder, durch welche die Tochter einmal in der Gesellschaft glänzen soll. Daher kommt in den Freistunden noch eine Mademoiselle oder eine Nisi, von der die höhere Tochter mühselig lernt, sich in den fremden Sprachen auszudrücken. Sehr wichtig sind auch die Klavierstunden, eierlei, ob die höhere Tochter besonders musikalisch veranlagt ist oder nicht. Sonaten und Lieder sind ihr gewöhnlich höchst langweilig, und sie verwendet ihre musikalischen Fähigkeiten, um die neuesten Schlager aus der „Anfängerin“ oder der „Tangoprinzessin“ einzustudieren. Auch Malunterricht erhält die höhere Tochter, und man findet noch häufig genug allerhand überflüssige, von ihr bemalte Gegenstände in der Verwandtschaft der höheren Tochter. Sehr wichtig sind auch die Geographiestunden, Unterricht in der Kosmologie. Die höhere Tochter nennt das sehr gebildet und bemüht sich, gleich einer griechischen Göttin einherzuwandeln. Kartellisch spielt sie sehr gewandt Tennis. Sie läßt Schiffschau, sie redelt und redelt. Ein Wunder ist es ja nicht, wenn ihr nicht allzu viel Zeit für die ersten Wissenschaften bleibt. Die höheren Töchter sind häufig der Sorenden der Lehrer. Ihr Interesse für die Klassiker, für Geschichte und andere Lehrgegenstände ist im allgemeinen gering. Dafür haben sie aber einen ausgeprägten Sinn für alle Neuheiten. Eine nicht normal geratene Nase, ein buntes Taschentuch, eine nicht vorchriftsmäßige Arawotte können schuld sein, daß sich ein unglücklicher Lehrer für immer ihres Spottstichs verfallt. Lieber hundert ungezogene Jungen unterrichten als zwanzig hübsche Mädchen, wie häufig hört man diesen Stolzseufzer von den Lehrern. Dieser Sinn für das Neueste macht sich früh geltend bei den höheren Töchtern. Untereinander larnieren sie sich schon sehr früh nach ihren Kleidern und Hüten. Nicht die fleißige gutgezogene Schulgefährtin hat Wert, sondern die am elegantesten angezogene. Achtlich ist es mit den Lehrerinnen. Man glaubt nicht, welche Autorität eine elegante Dame bei den höheren Töchtern bewirkt. Der Höhepunkt im Leben der höheren Tochter ist die Tangosunde. Reich ist sie frühreich. Natürlich ist sie da erfüllt von allerhand Liebesgeschichten. Sie hat ihren „Hirt“. Sie kokettiert nach allen Regeln der Kunst, und die Schule ist noch mehr Nebensache als vorher. Auch die Ansprüche wachsen mit dem Alter. Von einer zwölfjährigen höheren Tochter hörte ich, wie sie mißbilligend von der Kameradschaft einer Freundin erzählte: „Es gab nicht mal Kaviarbrötchen.“ Schon bei diesen Kameradschaften erscheinen die höheren Töchter in Spitzenkleidern und weißen Glacehandschuhen. In der Tangosunde erscheinen sie möglichst in Seide und machen sich lustig über die Wäscheleider Kinderbewerber. Von den Kaviarbrötchen geht man über zu warmem Abendbrot mit Sekt. Die höhere Tochter ist nun schon ein „gnädiges Fräulein“ und beginnt von ihrer Zukunft zu träumen. Während ihre Brüder, ihre Bekannten Pläne machen, welchen Beruf sie ergreifen wollen, kennt die höhere Tochter nur den Wunsch, die Schule möglichst bald zu verlassen und sich dann gründlich zu amüsieren. Daß sie während ihrer ganzen Schulzeit nicht viel anderes getan hat, kommt ihr gar nicht zum Bewußtsein. Die Frage, was für einen Beruf sie ergreifen wird, empfindet die höhere Tochter als Schande. „Klagt Helene Lange, die so viel gewirkt hat bei der Reform des Mädchenschulwesens. Aber auch die Eltern denken nicht viel anders. „Unsere Tochter hat es nicht nötig, einen Beruf zu ergreifen,“ erklären sie mit Genugtuung. Was sie für ihre Tochter erstreben, ist eine möglichst glänzende Heirat. Ist es ein Wunder, wenn auch die höhere Tochter sich eifrig mit diesem Zukunftsstraum abgibt. Auch das ist alles nur am Neugierlichem haften. „Mädchen darf er nie tragen,“ fordert die eine von dem Habelkannnen, den sie mit ihrer Hand beglücken will. „Einen solchen Schurkbarnt muß er haben,“ wünscht die zweite. „Normalweise darf er niemals haben,“ verlangt die dritte.

Es gibt aber eine Menge höherer Töchter, die nicht ganz vorfichtig in der Wahl ihres Vaters gewesen sind. Sie sehen ihre Hoffnung auf die glänzende Partie. Was sie eigentlich dem Wanne bieten können, von dem sie so viel erwarten, an der sie so viel Ansprüche stellen, darüber denken die höheren Töchter nicht nach. Erfüllen sich ihre Hoffnungen nicht, dann schrauben sie ihre Ansprüche zurück, oder sie werden resigniert und verbittert. Daß Frauen zu etwas anderem auf der Welt sind als sich zu amüsieren, darüber hat sie niemand belehrt, oder das Beispiel verdorbener Frauenkinder hat auf sie eingewirkt, daß sie solche Lehren nicht hören wollten. Polit. Frauenansichten und -rechte, Frauenarbeit haben in der Erziehung der höheren Tochter nie eine Rolle gespielt. So ist sie das Haupthindernis für die Ausbreitung der bürgerlichen Frauenbewegung. Aber die Bemühungen dieser bürgerlichen Frauenbewegung, die hier- oder Sumpfpflanze der höheren Tochter auszurollen, werden nicht von Erfolg gekrönt sein. Es müßte ihr dank der Boden entzogen werden, in dem sie wurzelt: die kapitalistische Gesellschaft müßte vernichtet werden. Anna Bloß.

Nationalliberale und Frauenwahlrecht.

In keiner anderen Partei Deutschlands wird augenblicklich so lebhaft über die Frauenstimmrechtsfrage diskutiert als in der nationalliberalen Partei. In der Sozialdemokratie ist man sich längst darüber einig, daß die Frauen das politische Wahlrecht brauchen; bei den Konfessionellen lehnt man zunächst noch die Behandlung dieses Gebietes der Frauenfrage ab, im Zentrum vollzieht sich der Umschwung von der Verneinung politischer Frauenrechte zur Vollmähnung der Frau allmählich und ohne heftige äußere Kämpfe. Im Freisinn schläft man; die Frauen scheinen fast vergessen geworden zu sein. Wegen die das Frauenwahlrecht stark ablehnenden Parteiführer kommen sie nicht an; selbst eine Parteitagmehrheit würde ihnen nicht zur Aufnahme ihrer Forderung ins Programm helfen, da die „Alten“ mit dem Austritt drohen, wenn die Partei auf das Frauenwahlrecht verzichtet werden sollte.

Bei den Nationalliberalen aber geht es lebhaft her. Sicher sind die meisten Mitglieder der Partei Gegner des Frauenstimmrechts, und ebenso sicher werden die Führer nicht allzuviel davon wissen wollen, aber man spricht sich doch aus. Seit einigen Wochen gehen die Artikel für und wider das Frauenwahlrecht und die politische Betätigung der Frau in einem Berliner nationalliberalen Blatt, dem „Deutschen Kurier“, hin und her. Männer und Frauen beteiligen sich an der Debatte, und die Anhänger des Bundes gegen die Frauenbewegung, Oberlehrer Philipp und Dr. de Jonge, wurden — wenn auch sehr zart und schonend — von Professor Rolshouser und Frau Kraußberg-Gonze bekämpft. Zu ihnen gesellte sich noch Dr. Müller de la Facette, der die unholdbaren, mit einer provokierenden Unverschämtheit dotierten Schimpfungen Dr. de Jonges wissenschaftlich widerlegte.

Aber die Auseinandersetzungen im „Deutschen Kurier“ scheinen die Gegner nicht Werkzeug zu haben, Trost der großen Rücksicht-

nahme auf die Gefühle der nationalliberalen Herren — vielleidit auch gerade weil die Frauen ihre Ungezogenheiten nicht scharfer zurückweisen — sieht Herr Oberlehrer Philipp eine Verständigungsmöglichkeit nur dann, wenn die organisierten, bis jetzt für das Stimmrecht eintretenden Frauen die Kernfrage (ob das Stimmrecht der einzige Weg zur Ausübung eines Einflusses auf die Gesetzgebung ist) gründlich revidieren“. Und er schlägt mit den Worten: „Köge der Westdeutsche Frauenstimmrechtsrat das Stimmrechtsproblem als einen Irrtum erkennen und über Bord werfen.“

Das könnte den Herren so passen; aber dazu werden sich nicht einmal die bescheidenen nationalliberalen Damen verstehen. Und wenn auch — was würde es schließlich helfen? Das Frauenwahlrecht wird durchgesetzt, auch ohne die Hilfe der bürgerlichen Frauen, denn die organisierten Arbeiter werden es erzwingen. Und wie vermuten sogar, daß dann nicht einmal Herr Dr. de Jonge seine Drohung ausführen wird: „An dem Tage, an dem die erste Frau in den Deutschen Reichstag gewählt wird, wandere ich aus.“ Er und seine Parteifreunde werden dann tun, was bisher noch alle Gegner des Frauenwahlrechts getan haben, wenn die Forderung von den Parlamenten bewilligt wurde: sie werden versuchen, möglichst viele Wählerinnen für ihre Partei zu gewinnen.

Mutterschutz.

Zum Verbot der Abtreibung. Die sozialdemokratischen Frauen der Schweiz sammeln für eine Massenpetition an die Strafrechtskommission Unterchriften und verlangen Aufhebung des Verbots der freiwilligen Abtreibung. Bereits hat sich der Widerstand der Strafbareit von Manipulationen der Frauen am eigenen Körper bei völliger Straflosigkeit der Verführer auch im Volksbewußtsein geltend gemacht. So haben die Geschworenen im Kanton Zürich in vielen Fällen von Abtreibung freigesprochen, obwohl das Gesetz Gefängnis, ja sogar Zuchthaus vorseht. Selbstverständnis verlangt die Petition der sozialdemokratischen Frauen nur die Straffreiheit der Frauen, die an sich die Abtreibung vornehmen lassen, nicht aber die Straflosigkeit der „weißen“ Helfer, die die Abtreibung und Unwissenheit der Frauen ausbeuten. — Trophend dieses Begehrens allseitig als gerecht anerkannt wird und die Unterschriftenbogen sich füllen, haben es die katholischen Arbeitervereine für notwendig gefunden, gegen diese „unethische“ Petition zu protestieren. Die geistlichen Führer dieser Frauen wollen also, daß an Stelle offener ärztlicher Behandlung die heimliche, meist gesundheitschädliche Behandlung weiter blüht — denn die Abtreibung selbst können die Geseke doch nicht verbieten.

Ausstellungen für Frauen und Kinder.

Aus London wird uns geschrieben: Hier fanden dieser Tage zwei nachahmenswerte Ausstellungen statt. In der Olympia wurde die Kinderwohlfahrtsausstellung abgehalten, wo man alles, was die Kleinen und die Erzieher der Kinder interessiert, sehen konnte: Spielzeug, Kinderkleider, Schulbücher, Erziehungssysteme und was dergleichen Dinge mehr sind. Im oberen Stockwerk der mächtigen Halle befand sich eine Ausstellungsabteilung für Frauen, die an den Placaten die Aufschrift trug: „Das Königreich der Frauen“. Der Philister, der sie mit dem Gedanken betraut, Ausstellungen zu veranstalten, fand sich bitter enttäuscht. Denn in diesem Königreich der Frauen herrschten die Frauenstimmrechtsvereine, die eine lange Reihe Läden aufgemacht hatten, in denen sie mit Karten und Schriften die Tätigkeit und den Einfluß der Frau im öffentlichen Leben veranschaulichten. Daneben gab es Läden, in denen Malerinnen und Photographinnen, Bildhauerinnen und Töpferinnen, Schneiderinnen und Gärtnerinnen und viele andere Frauen die Produkte ihres Fleißes ausstellten. Auch eine Schmiede war zu sehen, in der eine Arbeiterin Heuboden wähte und eine Schweißlerin Schmelze behobte. Jemand hatte eine Wohnungseinrichtung für ein alleinstehendes Mädchen ausgestellt. Die Einrichtung, die nur 5 Pfund (100 M.) kosten soll, bestand aus Tisch, Stuhl, Bett, Ofen und einigen mit Stoffen behängten und aus Eisenblech gefertigten Möbelstücken. Die Londoner Arbeiterin kann sich nämlich die wunderbarsten Wohnungsbauwerke aus alten Eisenblechen, die 4 Pence das Stück kosten, zusammenbauen. Die Ausstellung sollte einem Mädchen zeigen, wie es sich sein Zimmer auf billige Art einrichten kann. Nebenbei hatte ein Fräulein, das einer in dem ärmlichen Londoner Stadtviertel Canning Town befindlichen Niederlassung vorsteht, zwei Zimmer mit Einrichtungen ausgefüllt, die die Unglückseligen, die das Schicksal den allerleichten Platz in der untersten Schicht der gesellschaftlichen Hierarchie angewiesen hat, lehren sollten, eine Wohnung billig und zweckmäßig einzurichten. Die Betten bestanden aus Gestellen und Segelstuh und sonstige Möbelstücke waren aus Eisenblech geformt. Auf die Frage, ob denn diese Gefängniszellen ein Arbeiterheim darstellen sollten, erwiderte die überwachende Schwester, daß diese Zimmer noch wahre Paläste gegen die Höhlen seien, die man in Canning Town antreffen könne. Eine kurze Unterredung mit der Schwester gab einem ein lebhafteres Bild von dem Inferno in Canning Town als alle diese Bände der Romanzeitschriften. Wie kann jemand das nackte Leben fristen, das war die Frage, deren Lösung mit dem Ausstellungsgesamt angelegt werden sollte. Und doch gibt es selbst in Canning Town noch andere Sorgen, als die des nackten Lebens. Davon zeugen die Zeichnungen, die von Kinderkinder auf leinwandige Papierstücken gezeichnet sind. Es sind Kinder hoch zu Rok und all die schönen Dinge, von denen die Kleinen träumen, wenn sie des Nachts, in Lumpen eingebüllt, in den Spalten des Stadtviertels schlafen. Die Kunst hat ein jüdes Leben. — Eine Frauenausstellung anderer Art war die der Arbeiterinnenliga, die am 29. April in der St. Pauls Church in London stattfand und den Arbeiterfrauen die Teuerung veranschaulichen sollte. Ein Teil der Ausstellung bestand aus den Gegenständen, die von einem Arbeiterausbauhüt wöchentlich eingekauft werden müssen. An den einzelnen Waren fanden die Preise, die vor 15 Jahren dafür bezahlt werden mußten und die heute bezahlt werden. Was die Arbeiterfrau vor 15 Jahren für 15 Schilling und 8½ Pence kaufen konnte, dafür muß sie heute 20 Schilling bezahlen. Karten zeigen die Aufwandsbewegung der Preise und das gleichzeitige Answellen der Nahrungsausgaben, ferner die Bewegung der Preise, verglichen mit der Goldproduktion. Während des Ausstellungstages hielten Fachleute Vorträge über die Teuerung und nach den Vorträgen wurden Fragen gestellt und beantwortet.

Neue Bücher.

Offenes Recht für die Frauen. Eine Verbeschriftung mit Beiträgen von E. Freundlich, E. Rehrigke, A. Popp, herausgegeben von Adolf Braun, Nürnberg 1914. 31 Seiten, Preis 20 Pf. Die kleine Schrift enthält eine Reihe von Aufsätzen, die sich in leicht verständlicher Sprache an die Unausgebildeten und Unorganisierten wenden. Von den einzelnen Beiträgen nennen wir: Frauenbewegung und Klassenkampf, Alles Frauenunrecht — fünfziges Frauenrecht, Die Frau im Erwerbsleben, Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften, Die Frauen und die Genossenschaften, Die Frau als Gattin und Mutter. Wir wünschen der Schrift, die sich zur Agitation vortrefflich eignet, weite Verbreitung.

